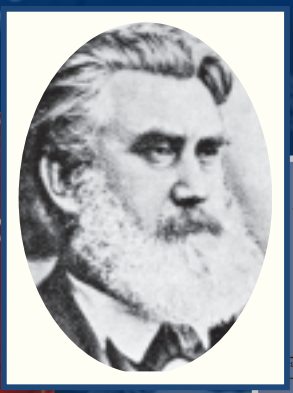
Willy Buschak

# Friedrich Wilhelm Fritzsche 1825–1905

## Eine Biografie mit ausgewählten Reden und Schriften



№ 9. 1867.

Der Botschafter.

Organ der deutschen Cigarrenarbeiter.

Leipzig, den 2. März.

Bekanntmachung.

Heinrich-Kaufmann-Stiftung

**Willy Buschak**

# Friedrich Wilhelm Fritzsche

## 1825 – 1905

**Eine Biografie**
Mit ausgewählten Reden und Schriften

*„Helft! Wenn Ihr Euch noch als Menschen fühlt."*

NGG
GEWERKSCHAFT

HEINRICH-KAUFMANN-STIFTUNG

Herausgegeben von der Heinrich-Kaufmann-Stiftung
des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V.
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg, www.kaufmann-stiftung.de
und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
Haubachstraße 76, 22765 Hamburg, www.ngg.net

Abbildungsnachweis:
Archiv der Heinrich-Kaufmann-Stiftung,
Hamburg (HKS),
Stadtarchiv Leipzig (StAL)

Satz und Layout:
Silke Wolf, Hamburg

Herstellung und Verlag:
Books on Demand GmbH,
Norderstedt 2015

ISBN: 978-3-738-64125-7

# Inhalt

**Vorwort** ..... Seite 5

**Willy Buschak:**

Friedrich Wilhelm Fritzsche, 1825 – 1905,
Eine Biografie ..... Seite 6

„Colosseum“ - Das Haus, in dem die SPD
und die Gewerkschaft NGG gegründet wurden ..... Seite 47

**Anhang:**

**F.W. Fritzsche, Ausgewählte Reden und Schriften**

Aus den Reden im Deutschen Reichstag ..... Seite 52

Beiträge aus „Der Botschafter“ ..... Seite 74

**Die Schlacht im „Universum“ („Disputation“)** ..... Seite 106

# Vorwort

2013 jährte sich die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, des Vorläufers der SPD, zum 150. Mal. Die Initiative kam aus Leipzig. Maßgeblich daran beteiligt war neben dem Schuhmacher Julius Vahlteich der Zigarrenmacher Friedrich Wilhelm Fritzsche, beide heute so gut wie vergessen. Bis zu seiner Auswanderung in die USA 1881 war Fritzsche tätig für die deutsche Sozialdemokratie, als Vizepräsident der Partei, als Mitglied des Reichstages, als Mitinitiator der Vereinigung der zerstrittenen, konkurrierenden sozialdemokratischen Organisationen auf dem Parteitag in Gotha 1875 und nicht zuletzt als sozialistischer Gewerkschaftspräsident der Zigarrenarbeiter. Die Gründung des Allgemeinen deutschen Cigarrenarbeiter-Verbandes als Vorläuferorganisation der ältesten deutschen Gewerkschaft, der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, an Weihnachten 1865 war maßgeblich sein Werk. Mit eiserner Disziplin machte er sie zur größten und kampfkräftigsten Gewerkschaft seiner Zeit. Er redigierte den „Botschafter", die wöchentlich erscheinende Verbandszeitschrift und machte sie zu einem praktisch und theoretisch einflussreichen Organ. Er, der nur ein halbes Jahr Schulbildung genossen hatte, war einer der herausragenden Köpfe in der Gewerkschaftsdiskussion vor dem Sozialistengesetz und er schuf mit seinen Aufsätzen Grundlagen für die Gewerkschaftsarbeit, die bis heute tragen. Er sammelte wichtige Erfahrungen mit Produktivgenossenschaften der Zigarrenarbeiter, die aus der Not der oft aufgezwungenen Arbeitskämpfe heraus gegründet wurden.

Willy Buschak, der die vorliegende Biografie Fritzsches geschrieben hat, hat dies mit Wärme und Zuneigung für diesen großen Mann der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaftsbewegung getan. Dazu hat er schon vor Jahren den *„Botschafter"* als Reprint herausgegeben, der als eine der ergiebigsten Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung vor dem Sozialistengesetz gelten kann.

Hamburg, Oktober 2015

Michaela Rosenberger
Burchard Bösche

**Willy Buschak**

# Friedrich Wilhelm Fritzsche, 1825 - 1905

Friedrich Wilhelm Fritzsche war mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht einer der bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 19.Jahrhunderts, ist aber heutzutage kaum noch bekannt und in viel größerem Maße vergessen, als Bebel und Liebknecht. Dabei gehörte Fritzsche zu den Mitbegründern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, 1863, und war einer der fähigsten Politiker der jungen Sozialdemokratie. Die Gründung der ersten deutschen Gewerkschaft, des Allgemeinen Deutschen Cigarrenarbeitervereins, 1865, ist vor allem Fritzsche zuzuschreiben. Als Parlamentarier setzte er sich im Deutschen Reichstag hartnäckig für Arbeiterschutzgesetze ein.

## Jugend in Leipzig

Friedrich Wilhelm Fritzsche wurde am 25. März 1825 in Leipzig geboren. Leipzig war schon damals eine der bedeutendsten deutschen Städte, mit seinen 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, als Handelsstadt, Messeort und Universitätsstadt. Seinen mittelalterlichen Charakter hatte Leipzig im Unterschied zu anderen deutschen Städten schon längst abgestreift. Der sächsische Chronist August Schumann, Vater des berühmten Komponisten, schrieb wenige Jahre vor Fritzsches Geburtsjahr über Leipzig: „Die alten Festungswerke, welche der Stadt immer mehr schadeten, als nützten (…) sind seit 1770 in herrliche Promenaden und Gartenanlagen nach und nach verwandelt, und die Räume zwischen den alten doppelten Wallmauern (Zwingern) mit ganzen Reihen von schönen Gebäuden besetzt worden.“[1] Ob Fritzsche in jungen Jahren viel von der Schönheit seiner Heimatstadt mitbekam, kann man mit Fug und Recht bezweifeln, denn Fritzsche kam, wie der sozialdemokratische Historiker Franz Mehring das etwas pathe-

1 *August Schumann: Vollständiges Staats-, Post- und Zeitungslexikon von Sachsen. Fünfter Band. Zwickau 1818, S. 421f.*

tisch ausdrückte, aus „den tiefsten Tiefen des Proletariats“.[2] Fritzsche war der uneheliche Sohn der Leipzigerin Johanna Dorothea Sperhake und des Berliner Schuhmachergesellen Wilhelm Fritzsche. Seinen leiblichen Vater hat Fritzsche nie kennengelernt. Seine Mutter heiratete später den Schneidergesellen Michael Dornbusch. Ob ihr zweites Kind, eine Tochter, aus dieser oder einer anderen Verbindung stammte, wissen wir nicht. Nicht einmal der Name von Fritzsches Schwester ist überliefert. Bei der Vernehmung vor dem Leipziger Amtsgericht am 15. Juni 1849 nach seinen Familienverhältnissen befragt, bemerkte Fritzsche über seine Schwester nur sehr einsilbig: „Ich habe noch eine Schwester, die sich bei dem Nachtwächter Lotte aufhält.“[3]

Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass sich Mutter und Stiefvater nicht viel um den jungen Fritzsche gekümmert haben. Er wuchs bei seiner Großmutter auf und musste, nachdem die Großmutter im Armenspital gestorben war, zeitweise in ein Waisenheim gebracht werden. Offensichtlich war seine Familie zu arm und daher nicht in der Lage, oder sie war nicht willens, sich um den Jungen zu kümmern, der wegen eines hartnäckigen Augenleidens immer wieder längere Zeit in einem Krankenhaus, dem Leipziger St. Jacobs-Hospital, zubringen musste.

In einer autobiographischen Skizze bezeichnet sich Fritzsche als „arme, verlassene, schutzlose Waise, seit Großmütterchen ihr sorgenreiches Haupt im Armenspittel zur letzten Ruhe gelegt hatte (…) Voll Liebe und Wohlwollen gegen alle war ich dennoch von allen zurückgestoßen, wegen einer äußerlichen Krankheit [gemeint ist seine Augenkrankheit, w.b.]. Herausgestoßen in die Welt, die den armen Knaben verhöhnte, ward mir kein einziger teilnehmender Freund.“[4]

## Fritzsche als Zigarrenarbeiter

Ein halbes Jahr Armenschule vom September 1839 bis Ostern 1840 war nach eigenem Bekunden die einzige Schulbildung, die Fritzsche zuteilwurde.[5]

---

*2 Franz Mehring: Friedrich Wilhelm Fritzsche. In: Die Neue Zeit, 23. Jg., 1. Bd., Nr. 20, 1904/1905, S. 634.*

*3 Stadtarchiv Leipzig. Vereinigtes Kriminalamt, Rep. I, N12.819, Bl. 8*

*4 Zitiert nach Mehring: Fritzsche, S. 634.*

*5 Deutscher Parlamentsalmanach. Leipzig 1878, S.150; Hirth's Parlamentsalmanach Berlin 1869, S. 151.*

*Zigarrenarbeiter (HKS)*

Ostern 1840 wurde er konfirmiert und musste sich einen Beruf suchen. Er wäre gerne Buchdrucker geworden, in der Buch- und Zeitungsstadt Leipzig ein naheliegender Beruf, der dennoch unerreichbar für ihn war. Für einen jungen Menschen mit schwacher körperlicher Verfassung, schlechter Bildung, von der Gesellschaft als uneheliches Kind gebrandmarkt, ohne jegliche finanzielle Mittel gab es nur einen halbwegs ordentlichen Beruf, um sein Geld zu verdienen: Zigarrenmacher.

Die Zigarrenproduktion siedelte sich in Leipzig nach den Befreiungskriegen der Jahre 1813 bis 1815 an. Sie war ein „unzünftiges Gewerbe". Die Zigarrenherstellung konnte man aufnehmen, ohne in einer Handwerkszunft organisiert zu sein, wie das bei anderen Handwerksberufen zwingend vorgeschrieben war. Die meisten Arbeitsverrichtungen waren einfach und schnell zu erlernen, eine Lehrzeit wie in den Handwerkszünften gab es nicht. In den 1830er Jahren erlebte die Zigarrenherstellung in Deutschland einen ersten Aufschwung, viele neue Arbeitskräfte wurden gebraucht. Zigarren waren als erschwinglicher Luxus begehrt, Zigarrenarbeiter hatten ein erträgliches Auskommen. In den 1830er Jahren verwandte man bei der Zigarrenherstellung meist noch teure ausländische Rohtabake, das erforderte beträchtliche Kapitalien, die sich am besten in Großbetrieben verwerten ließen, was wiederum den Kontakt der Zigarrenarbeiter untereinander erleichterte. Wir

wissen leider nicht, bei welchem Leipziger Betrieb der junge Fritzsche seine Laufbahn als Zigarrenmacher begann, ob bei C.G. Gaudig, der gleichzeitig eine Weinhandlung und eine Schokoladenfabrikation betrieb, ob beim Tabakfabrikanten Groß, oder bei Schwabe, die beide auch noch als Kolonialwarenhändler tätig waren. Jedenfalls wird Fritzsche auf der untersten Stufe der betrieblichen Hierarchie begonnen haben, als Rippenjunge, der die Aufgabe hatte, die Tabakblätter von Stängeln und Rippen zu befreien. Langsam wird er sich hochgearbeitet haben, zum Wickelmacher, der die Tabakblätter zurechtschnitt und zu einem „Wickel" rollte, vielleicht auch noch zum Zigarrenroller, der ein Deckblatt aus besonders gutem Tabak um den Wickel rollte. Die letzte und am besten bezahlte Stufe der Zigarrenherstellung, das Sortieren der fertigen Zigarren nach den natürlichen Farbschattierungen des Tabaks, war Fritzsche wegen seines Augenleidens verschlossen.

Zeitgenössische Autoren schreiben den Leipziger Zigarrenarbeitern, „meist jungen Burschen (…) einen wilden Hang zu Tumulten und eine oft verbrecherische Verwegenheit" zu.[6] „Trotziges Selbstbewusstsein" und „spontanes anti-bürgerliches Aufbegehren" sind für den sächsischen Historiker Hartmut Zwahr das Kennzeichen dieser „auffallend bunt gekleideten proletarischen Gruppe".[7] Die Zigarrenarbeiter waren so etwas wie die Punks der 1840er Jahre, von der bürgerlichen Gesellschaft scheel angesehen, voller Lust an schriller Kleidung und schrillen Auftritten. Ob das alles auch auf Friedrich Wilhelm Fritzsche zutraf, können wir allerdings nicht wissen.

## Auf Wanderschaft

Erst Mitte der 1840er Jahre wird Fritzsches Leben für uns wieder greifbar. Ende 1845 oder Anfang 1846 starb seine Mutter. Dezember 1845 stand Fritzsche vor der Leipziger Rekrutierungskommission, die ihn „wegen Untüchtigkeit zum Militärdienste von seiner Militärpflicht" freisprach.[8] Kurz danach, wahrscheinlich Anfang 1846 machte er sich auf die Wanderschaft, zunächst in die Schweiz, dann durch Frankreich und Italien. Die Schweiz war in den 1840er Jahren für deutsche „Handwerksburschen und Studenten

6 *Hermann Seumig: Das wilde Viertel in Leipzig. In: Der Leuchtturm, H. 1/1847.*

7 *Hartmut Zwahr: Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchungen über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution. München 1981, S. 98.*

8 *Stadtarchiv Leipzig. Aufnahmeakte 17526.*

*Wilhelm Weitling 1808–1871 (HKS*

verbotenes Land".[9] In der Schweiz gab es viele Handwerker- und Gesellenvereine, oft mit sozialistischer oder kommunistischer Ausrichtung. Der Deutsche Wilhelm Weitling, Mitglied des frühsozialistischen „Bundes der Gerechten" und Autor der im deutschsprachigen Europa viel beachteten und von den Handwerksgesellen geradezu verschlungenen Bücher „Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte" (1838) und „Garantien der Harmonie und der Freiheit" (1842) lebte seit dem Mai 1841 in der Schweiz. Den „Bildungstrieb und Wissensdurst" der deutschen Handwerker in der Schweiz, schreibt Mehring in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie", könne man kaum hoch genug einschätzen: „Sie hielt besoldete Lehrer von denen sie sich in verschiedenen Wissenszweigen unterrichten ließen."[10]

Zu einem nicht näher bekannten Zeitpunkt im Winter des Jahres 1845/1846 überschritt Fritzsche die deutsch-schweizerische Grenze. Nur mit Mühe und Not konnte er einem plötzlich einbrechenden Schneesturm entkommen. Deutsche Handwerksgesellen fanden den halb erfrorenen, ärmlich bekleideten Fritzsche und nahmen ihn mit nach Basel. Einer der Handwerksgesellen, berichtet Mehring, war Anhänger Weitlings. Von ihm soll Fritzsche

---

*9 Mehring: Fritzsche. S. 633; vgl. auch die autobiografische Skizze Fritzsches in: Der Wahre Jacob, 7.3.1905.*

*10 Franz Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Erster Teil. Von der Julirevolution bis zum Preußischen Verfassungsgesetz. 1830 bis 1863. Berlin 1960, S. 207; über Weitlings Tätigkeit in der Schweiz vgl. Ernst Schraepler: Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830 – 1853. Die politische Tätigkeit deutscher Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx. Berlin – New York 1972, S. 65ff; Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling. Leben und politisches Wirken. Leipzig 1993, S. 10ff. über Weitlings Tätigkeit in der Schweiz vgl. Ernst Schraepler: Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830 – 1853. Die politische Tätigkeit deutscher Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx. Berlin – New York 1972, S. 65ff; Waltraud Seidel-Höppner: Wilhelm Weitling. Leben und politisches Wirken. Leipzig 1993, S. 10ff.*

viel über Weitling und die frühsozialistischen Arbeiterorganisationen in der Schweiz erfahren haben. Mehring zufolge ist Fritzsche dann auch nach Zürich gereist, um Weitling kennen zu lernen.[11] Eine etwas andere Version gibt Fritzsche selbst in einer 1879 im „Armen Conrad" veröffentlichten autobiografischen Skizze. Einer der Handwerksgesellen habe ihm einen Brief an Weitling mitgegeben. Über seine Wanderjahre in der Schweiz, in Frankreich und Italien, äußert Fritzsche sich auch in dieser Quelle nur sehr zurückhaltend: „Meine Kreuz- und Querzüge auf dem klassischen Freiheitsboden der Schweiz, mein Zusammentreffen mit Weitling und anderen Kommunisten hier zu erzählen, würde viel zu weit führen." [12] Dabei lebte Weitling gar nicht mehr in der Schweiz, als Fritzsche dort eintraf. Weitling wurde bereits am 8.6.1843 in Zürich verhaftet, am 21.5.1844 an die preußischen Behörden ausgeliefert und lebte 1845, als Fritzsche die Grenze zur Schweiz überschritt, in London. Januar 1846 wurde Weitling auch dort ausgewiesen und wandte sich nach Brüssel.[13] Eine Begegnung mit Weitling kann also gar nicht stattgefunden haben. Fritzsche wird seine Biografie ausgeschmückt und das Treffen mit Weitling in seine Lebensbeschreibung eingeflochten haben. Es war zu schön, um nicht wahr gewesen zu sein.

Die Handwerkerorganisationen waren 1845 schon verboten. Nur im Geheimen kann Fritzsche noch etwas von der früheren Tätigkeit der Handwerkerbünde und ihren Diskussionen gehört haben. Auch in dieser Periode seines Lebens wird Fritzsche für uns nicht viel deutlicher. Er wanderte in der Schweiz, arbeitete bei Johann Philip Becker in Biel, der dort eine kleine Zigarrenfabrik betrieb, und wanderte weiter nach Savoyen und Nizza sowie Oberitalien. Es ist sehr wahrscheinlich, dass er von Becker mehr über Weitling erfuhr, jedenfalls würde das den späteren Lebenslauf Fritzsches erklären, der wie kein zweiter Wert auf die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterschaft legen sollte. „Keiner der damaligen politischen Köpfe im Bund der Gerechten verweist die Arbeiter jener Zeit mit solchem Nachdruck auf den Machtfaktor Organisation", wie Weitling.[14]

---

*11 Mehring: Fritzsche, S. 634.*

*12 Friedrich Wilhelm Fritzsche: Weihnachtsbilder aus einem Proletarierleben. In: Der arme Conrad 1879, S.100; laut Fritzsches Biografie in Hirth's Parlamentsalmanach aus dem Jahre 1869 bereiste er „als Arbeiter die Schweiz und Italien" (S. 151), dem Parlamentsalmanach des Jahre 1877 zufolge reiste er als Zigarrenarbeiter durch „Deutschland, die Schweiz, einen Teil Frankreichs und Italiens". (S. 153).*

*13 Vgl. Jürg Haefelin: Wilhelm Weitling. Biografie und Theorie. Der Zürcher Kommunistenprozess von 1843. Bern u.a. 1986, S. 69, 83, 141, 143.*

*14 Seidel-Höppner: Weitling, S. 17.*

## Freischärler und Barrikadenkämpfer

Festen, gesicherten Boden betreten wir erst wieder mit dem Jahr 1848. Fritzsche kehrte nach Leipzig zurück. Es hielt ihn aber nicht lange in seiner Geburtsstadt. In Schleswig-Holstein, damals noch unter dänischer Herrschaft, hatte sich eine provisorische Regierung gebildet, die für den Anschluss Schleswig-Holsteins an den Deutschen Bund und die Reform der Verfassung des Deutschen Bundes im demokratischen Sinne eintrat. Schleswig-Holstein wurde mit einem Male zum Vorposten im Kampf um ein demokratisches und einheitliches Deutschland.[15] Aus allen Teilen Deutschlands strömten Freiwillige nach Norden. Friedrich Wilhelm Fritzsche traf am 21.4.1848 mit einer Gruppe aus 22 Leipziger Freischärlern in Rendsburg ein. Die buntgemischte Leipziger Schar – Kellner, Fleischer, Lehrer, Schriftsetzer, Studenten, Kaufleute und ein Zigarrenarbeiter) wurde in die 2. Kompanie des vom bayerischen Major von der Tann geführten Freikorps eingereiht. Am 7.6.1848 nahm Fritzsche am Gefecht bei Hadersleben teil. Die ca. 450 Mann starken Truppen von der Tanns überfielen handstreichartig ein 5.000 Mann starkes dänisches Korps, nutzen die Überraschung aus und schlugen ihre Gegner in die Flucht. Am 20.7.1848 wurde das Freikorps von der Tann in Rendsburg aufgelöst. Ein Waffenstillstand zwischen den am Konflikt beteiligten Großmächten zeichnete sich ab. Die Freiwilligen wurden nicht mehr gebraucht und waren auch nicht mehr erwünscht. Fritzsche kehrte nach Leipzig zurück.[16]

In der Ulrichsgasse 29 mietete Fritzsche bei einer Witwe eine Schlafstelle. Das ist ganz wörtlich zu verstehen. Eine Schlafstelle war ein Platz zum Schlafen. Tagsüber musste Fritzsche sich woanders aufhalten: auf der Arbeitsstelle, auf der Straße, in Gaststätten und Lokalen der politischen Vereine. Die Ulrichsgasse galt mit ihren benachbarten Straßen, der Holzgasse, der Friedrichstraße und der Webergasse, als ein „Gewirr unerquicklicher Straßen", in das ein guter Leipziger Bürger keinen Fremden führen mochte und das er selbst auch nicht gerne betrat.[17] Arbeit fand Fritzsche in der Zi-

---

*15 Zur Revolution 1848 in Europa vgl. Wolfgang J. Mommsen: 1848. Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830 – 1849. Frankfurt a.M. 1998.*

*16 Landesarchiv Schleswig-Holstein. Schloss Gottorf: LAS Abt, 55, ung. Best. Nr. 164.*

*17 Carl Weidinger: Leipzig. Ein Führer durch die Stadt und ihre Umgebungen. Leipzig 1860, S. 100.*

*Ulrichsgasse in Leipzig (StAL)*

garrenfabrik Cichorius, die seit 1845 in Leipzig ansässig war und neben der Herstellung von Zigarren auch Handel mit echten Havannas betrieb.

In Leipzig und in ganz Deutschland waren mittlerweile die ersten Gewerkschaften entstanden. Buchdrucker und Zigarrenarbeiter, Schneider, Schumacher, Maurer, Zimmerer, fast alle wichtigen Berufe bildeten örtliche Vereine. Der Zusammenschluss der Zigarrenarbeitervereine zur Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands stand unmittelbar bevor und wurde im September 1848 in Berlin vollzogen. In Leipzig existierten neben den Gewerkschaften auch eine Gemeinde des Bundes der Kommunisten und eine Gemeinde der Arbeiterverbrüderung. Die teilweise bewaffneten Zigarrenarbeiter waren gleichzeitig Kerntrupp und radikalste Strömung der Leipziger Arbeiterschaft in der 48er Revolution. Sie waren das Rückgrat des Leipziger Demokratischen Vereins.

Mai 1849 war die Stadt voller Gerüchte. Am 4.Mai, einem Freitag, wurde bekannt, dass preußische Truppen auf Dresden vorrückten, um den dortigen Aufstand der Bürger niederzuschlagen. Eine Schar Leipziger Freiwilliger, 200 an der Zahl, darunter Fritzsche mit einigen seiner Arbeitskollegen,

machte sich sofort auf den Weg nach Dresden. Ein Teil der Schar war mit Gewehren bewaffnet. Sie stürmte den Leipziger Bahnhof und enterte den Spätzug nach Dresden. Fahrkarten wurden selbstverständlich nicht gelöst. 10 Uhr abends trafen die Leipziger in der sächsischen Landeshauptstadt ein. Die Nacht verbrachte Fritzsche mit einem Gewehr in der Hand an der Barrikade auf dem Dresdner Altmarkt, zeitweilig hielt er sich auch am nahegelegenen Dresdner Rathaus auf. Sonnabend früh war er an einer Barrikade in der Schlossgasse, in Höhe des Hauses Nr. 27. Dort harrte Fritzsche 5 Tage aus, bis zum 9.5. 1849. An diesem Tag rückte preußisches Militär von der Neustadt kommend in die Dresdner Altstadt ein, Fritzsche wurde festgenommen. Seine Beteiligung an den Dresdner Barrikadenkämpfen hat Fritzsche später, wie so mancher andere `48er, romanhaft ausgeschmückt. So hat Fritzsche dem bekannten sozialdemokratischen Publizisten Wilhelm Blos 1877 erzählt, als die Barrikade von einem preußischen Gardebataillon gestürmt wurde, seien die Verteidiger fast alle niedergemacht worden. Ein preußischer Soldat habe sich angeschickt, den jungen Fritzsche, den man gerade entwaffnet hatte, mit dem Bajonett niederzustoßen. In der furchtbaren Erregung des Moments habe Fritzsche sich das Hemd von der Brust gerissen und gerufen: „Stoß nur zu!“ Der preußische Soldat habe gestutzt und den Gefangenen verschont.[18]

In seinen späteren autobiografischen Notizen teilte Fritzsche mit, er sei nach seiner Verhaftung in Ketten zur Dresdner Frauenkirche geführt und dort gefoltert worden. In den Gerichtsakten findet sich kein Hinweis darauf. Nach kurzer Vernehmung vor dem Stadtgericht Dresden über seine Beteiligung am Aufstand wurde Fritzsche nach Leipzig überstellt. Erst über einen Monat später, am 15.6.1849, wurde Fritzsche zum ersten Mal vor dem Vereinigten Kriminalamt Leipzig verhört. Bei den Vernehmungen brachte Fritzsche immer wieder vor, er sei nur deswegen nach Dresden gefahren, um die Verwundeten zu pflegen. Während des langen Krankenaufenthaltes in seiner Kinder- und Jugendzeit habe er sich medizinische Kenntnisse angeeignet. An die Barrikade in der Schlossgasse sei er gegangen, um zu verhindern, dass aus dem Haus Nr. 27, wo sich ein Lazarett befand, geschossen werde. Auch habe er den Bewohnern des Hauses geholfen, Möbel und sonstiges Eigentum in Sicherheit zu bringen. Die Erklärungen Fritzsches waren als

*18 Der Tabakarbeiter, 26.2.1905; zu den Barrikadenkämpfen in Dresden vgl. Carl Krause: Der Aufruhr in Dresden am 3., 4., 5., 6., 7., 8. und 9. Mai 1849. Nach amtlichen Quellen geschildert. Dresden 1849.*

*Friedrich Wilhelm Fritzsche in jungen Jahren (HKS)*

Ausreden allzu offensichtlich und wurden vom Gericht auch nicht geglaubt. Schließlich war Fritzsche 1848 nicht als Sanitäter, sondern als Freischärler in Schleswig-Holstein gewesen und in Dresden hatte man ihn mit der Waffe in der Hand gesehen. Die Bewohner des Hauses Schlossgasse 27 konnten sich mitnichten daran erinnern, dass Fritzsche ihnen geholfen habe, Möbel aus dem Haus herauszubringen.[19]

Nach seiner Überführung nach Leipzig blieb Fritzsche dort bis zum Januar 1850 in Untersuchungshaft. Das Verfahren gegen ihn wurde nach einem königlichen Gnadenakt niedergeschlagen und Anfang 1850 war Fritzsche wieder in Freiheit. In der Stadt Leipzig war ihm der Boden offensichtlich zu heiß. Am 26.Mai ließ er sich einen Heimatschein ausstellen, ging aber nicht auf große Wanderschaft, sondern blieb im Kreis Leipzig. Im Juli 1850 ging Fritzsche nach Wermsdorf, damals mit ungefähr 1.200 Einwohnerinnen und Einwohnern das größte Dorf im Königlich Sächsischen Amt Mutz-

19 *Stadtarchiv Leipzig. Verein. Kriminalamt, Rep. 1, Nr. 12819; Staatarchiv Dresden. Justizministerium, Nr. 544 K.*

schen.[20] Dort bzw. in Döbeln war er während der gesamten 1850er Jahre als Zigarrenarbeiter tätig. Für die vom sozialdemokratischen Schriftsteller Wilhelm Blos verbreitete Version, Fritzsche sei noch einmal zu Johann Philipp Becker nach Biel in der Schweiz gegangen, lässt sich kein Beleg finden. Wahrscheinlich ist das nicht. Fritzsche hat nämlich bereits am 7.2.1853 in Wermsdorf geheiratet: Friederike Wilhelmine Kobolt. Am 4.6.1854 wurde in Döbeln Fritzsches erster Sohn Oskar Hugo geboren. Drei Jahre später, am 13.4.1857, wurde in Wermsdorf der zweite Sohn Hermann Otto geboren.[21] Warum Fritzsche zwischen Wermsdorf und dem wesentlich größeren Döbeln, ebenfalls im Kreis Leipzig gelegen, aber mit ungefähr 5.000 Einwohnern schon eine Stadt, hin- und herpendelte, ist nicht offensichtlich.

## Gründung des Leipziger Arbeiterbildungsvereins

Erst 1857 kehrte Fritzsche mit seiner Familie nach Leipzig zurück. Er wohnte wieder in der nicht sonderlich gut angesehenen Ulrichsgasse, diesmal im Haus Nummer 47, was dafür spricht, dass er mit seinem Lohn gerade so über die Runden kam und nicht gerade viel verdiente. Er arbeitete wieder bei dem Leipziger Zigarrenfabrikanten Cichorius. Einige Monate hielt Fritzsche sich bedeckt. Aber schon 1858 benutzte er die Versammlungen der immer noch bestehenden Zigarrenarbeiterkrankenkasse in Leipzig, um mit seinen Berufskollegen vorsichtig über die Möglichkeit zu reden, eine neue gewerkschaftliche Organisation zu gründen. Halb geheime Zusammenkünfte mit Vertrauten fanden in der Leipziger Gastwirtschaft „Stadt Malmedy" statt. Zunächst wollte man eine Zigarrenarbeitervereinigung in Leipzig gründen, um dann eine neue Organisation der Zigarrenarbeiter für ganz Deutschland ins Leben zu rufen.[22]

Den Zigarrenarbeitern ging es nicht sonderlich gut. Heimarbeit nahm einen immer größeren Umfang an, jedenfalls was die Anfertigung von Zigarren aus billigem deutschem Tabak für den Massenbedarf anging. Immer mehr Betriebe wurden in Gebiete Deutschlands mit niedrigeren Löhnen

---

20 *August Schumann: Vollständiges Staats-, Post- und Zeitungslexikon von Sachsen. Sechster Band. Zwickau 1819, S. 667ff; Zwölfter Band, Zwickau 1825, S. 701 ff.*

21 *Stadtarchiv Leipzig, Aufnahmeakte 17526.*

22 *Walther Frisch: Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter in der deutschen Tabakindustrie. Leipzig 1905, S.33, unter Berufung auf einen Artikel im „Botschafter", Nr. 1/1873.*

*Julius Vahlteich 1839–1915 (HKS)*

verlegt. Technisch war das ohne größere Probleme möglich. Die wenigen Gerätschaften, die man zur Herstellung von Zigarren brauchte (Tische, Messer, hölzerne Wickelformen) ließen sich ohne Aufwand transportieren, das Zigarrenmachen war recht schnell zu lernen. Um die Lohnkosten noch weiter nach unten zu drücken, wurden auch in den Fabriken Kinder eingestellt, die meist das Entrippen der Tabakblätter zu erledigen hatten. Obendrein verfielen immer mehr Strafanstalten auf die Herstellung von Zigarren, Gefangene wurde als sehr billige Arbeitskräfte eingesetzt. Mit großem Missvergnügen sahen die männlichen Zigarrenarbeiter auch, dass der Anteil weiblicher Arbeitskräfte in ihrer Branche immer mehr anstieg. Auch das wollten sie mit Hilfe einer Organisation unterbinden.

1861 wurde das Koalitionsverbot in Sachsen aufgehoben. Friedrich Wilhelm Fritzsche nahm an der Gründungsversammlung des „Gewerblichen Bildungsvereins" für Arbeiter in Leipzig teil.[23] Mit dem Schuhmacher Julius Vahlteich, mit dem er sich rasch anfreunden sollte, gehörte Fritzsche zur Opposition, die den Bildungsverein in eine politische Organisation umwandeln wollte. Es sei nicht Aufgabe eines Arbeitervereins, argumentierten beide, die Lücken in der Volksschulbildung zu schließen, sondern die Arbeiter in die Politik einzuführen. Beide wollten den Arbeiterverein aus der zu engen Verbindung mit der bürgerlich-liberalen Fortschrittspartei lösen, beide meinten, die Arbeiter sollten selbst Politik machen und sich dafür ihre eigenen Organisationen schaffen. Mehr als einmal kreuzte Fritzsche in öf-

*23 Zur Geschichte des Vereins vgl. Wolfgang Schröder: Leipzig – die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung. Wurzeln und Werden des Arbeiterbildungsvereins 1848/49 – 1878/81. Mit einer Dokumentation der Tätigkeitsberichte. Berlin 2010.*

fentlichen Versammlungen die Klingen mit liberalen Politikern und beeindruckte seine Zuhörer, unter denen sich am 19.2.1861 auch der junge August Bebel befand, dem es sehr imponierte, „dass Arbeiter den gelehrten Herren so kräftig zu Leibe rückten", und der sich im Stillen wünschte, „auch so reden zu können", wie Fritzsche.[24] Als Vahlteich und Fritzsche merkten, dass sie den „Gewerblichen Bildungsverein" nicht mehr in eine politische Organisation umwandeln konnten, traten sie im August 1862 aus und gründeten mit einigen Gleichgesinnten den „Bildungsverein Vorwärts". 1863 errichtete Fritzsche auch noch einen Zigarrenarbeiter-Bildungsverein in Leipzig.

## Fritzsche als Mitbegründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV)

Die Leipziger Arbeiter beriefen Vahlteich und seinen Freund Fritzsche in das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses. Fritzsche und Vahlteich fuhren im Oktober 1862 nach Berlin und nahmen Kontakt mit den dortigen Arbeitern auf, die ganz wie die Leipziger ebenfalls an der Einberufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses arbeiteten, auf dem Mittel und Wege diskutiert werden sollten, wie man das Los der Arbeiterschaft verbessern konnte. Von ihren Berliner Kollegen wurden Fritzsche und Vahlteich auf Ferdinand Lassalle aufmerksam gemacht, der sich in verschiedenen Vorträgen in Berlin mit der Frage auseinander gesetzt hatte, mit welcher Politik und welchem Programm die Arbeiterschaft eine Hebung ihrer sozialen Lage erreichen könne. Das Leipziger Zentralkomitee wandte sich auf Vorschlag Fritzsches und Vahlteichs an Ferdinand Lassalle und bat um eine Meinungsäußerung, was der Arbeiterschaft am besten helfen könne. Sollten sich die Arbeiter zu Produktivgenossenschaften zusammenschließen, wie damals viele politische Kräfte meinten? Das Leipziger Komitee war skeptisch, wollte aber doch von Lassalle hören, wie eine Verbesserung der Lage der Arbeiter in politischer, geistiger und materieller Hinsicht zu erreichen war und erhielt das berühmt gewordene „Offene Antwortschreiben" Lassalles vom 1. März 1863 auf die Fragen der Leipziger Arbeiter - die Arbeiter sollten sich als selbständige politische Partei mit einem eigenem Programm formieren.

---

*24 August Bebel: Aus meinem Leben. Berlin 1988, S. 45.*

*Die Gründer des ADAV (StAL)*

Fritzsche nahm an der Gründungsversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins teil, die am 23.5.1863 nachmittags von 4 – 8 Uhr, im geschmückten Saale des Leipziger Colosseums, in der Dresdner Straße 20, tagte. Ob Fritzsche schon auf der Gründungsversammlung in den Vorstand des ADAV gewählt wurde, ist unklar. Der Bericht über die Gründungsversammlung erwähnt das nicht. Auf der 1. Generalversammlung des ADAV, 27.-30.12.1864 in Düsseldorf, wo Fritzsche Leipzig und eine ganze Reihe von Ortschaften rund um Leipzig vertrat (Stötteritz, Neurednitz, Connewitz), dazu Naumburg und Magdeburg, findet sich Fritzsches Name dann aber unter den Namen der neu- bzw. wieder gewählten Vorstandsmitglieder.[25]

Fritzsche war ein glühender Anhänger Lassalles. Noch Jahre später sollte er die Auffassungen Lassalles vehement verteidigen. Das galt auch für den Lassalleschen Vorschlag, die Arbeiter sollten mit Staatshilfe „Produktivassoziationen" (Genossenschaften) gründen, um ihre Lage zu bessern. Fritzsche war aber auch praktischer Gewerkschafter. In einem Punkt unterschied

25 *Sozialdemokrat, 30.12.1864. Protokolle und Materialien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (inkl. Splittergruppen). Nachdrucke hrsg., von Dieter Dowe. Berlin-Bonn 1980, S.5. Möglicherweise ist die Protokollnotiz in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 27.5.1863 nicht korrekt.*

*Ferdinand Lassalle 1825–1864 (HKS)*

er sich ganz deutlich von Lassalle und der Mehrheitsströmung im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Von der Gleichberechtigung der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation der Arbeiterschaft war Fritzsche zutiefst überzeugt. Das führte immer wieder zu schwierigen Auseinandersetzungen mit seinen Kollegen in der Führung des ADAV, die vom Primat der politischen Organisation ausgingen, in der Gründung von Gewerkschaften wenig Nutzen sahen, da man die Löhne der Arbeiter sowieso nicht viel erhöhen könne und die Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft ohnehin keinen gerechten Ertrag für ihre Arbeit bekommen würden (das sogenannte „eherne Lohngesetz" war einer der Grundsätze Lassalles). Seine Kollegen im ADAV wollten Fritzsche sogar davon abhalten, eine Zigarrenarbeitergewerkschaft zu gründen.

Die Auseinandersetzung verschärfte sich nach Lassalles frühzeitigem Tod, 1864. Fritzsche war in der Zwischenzeit Stellvertretender Vorsitzender des ADAV geworden und eröffnete die Generalversammlung in Frankfurt a.M. vom 30.11.-1.12.1865. Für Fritzsche stand diese Generalversammlung zunächst unter keinem guten Stern, obwohl er eigens für die Versammlung

*Bilderbogen zum Gründungs-Jubiläum 1913 (StAL)*

ein Lassalle-Lied gedichtet hatte, „in dem er Lassalles Bund besingt, der das Reich der wahren Bruderliebe, der Wahrheit und Gerechtigkeit herbeiführen soll".[26] Der Präsident des ADAV, Bernard Becker, beschuldigte den Vizepräsidenten Fritzsche und eine Reihe weiterer Vorstandsmitglieder, sie seien ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen und hätten die Vorstandsarbeit behindert. Fritzsche wurde vorgeworfen, ohne weitere Gründe einer von ihm selbst einberufenen Arbeiterversammlung in Chemnitz ferngeblieben zu sein und sich noch nicht einmal entschuldigt zu haben. Gleich zu Beginn der Generalversammlung wurde der Antrag eingebracht, Fritzsche das Vertrauen zu entziehen. Der war so empört, dass er die Versammlung verließ. Kurz darauf kehrte er allerdings wieder zu den Delegierten zurück, die ihm zwar die Verwaltung des „Bücherdepots", des Literaturvertriebs des ADAV, entzogen (angeblich hatte er die Bestellungen nur nachlässig bearbeitet) ihn aber trotz aller Angriffe wieder in den Vorstand

*26 Arno Herzig: Der Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein in der deutschen Sozialdemokratie. Dargestellt an der Biographie des Funktionärs Carl Wilhelm Tölcke (1817–1893). Berlin 1979, S. 119.*

des ADAV wählten.[27] Die Auseinandersetzung um Fritzsche zeigt vor allem, dass die führenden Persönlichkeiten der jungen deutschen Arbeiterbewegung gerade erst begannen, Erfahrungen zu machen und zu lernen, wie man eine Organisation aufbaute und führte. Die an Fritzsches Adresse gerichteten Vorwürfe waren zum größten Teil berechtigt, aber wie hätte Fritzsche es besser wissen sollen, mit seinem knappen Jahr Schulbildung? Außerdem war Fritzsche just zu dieser Zeit mit der Organisierung des ersten deutschen Zigarrenarbeiterkongresses beschäftigt, der 1865 für Leipzig geplant war. Dass er da manche Dinge im ADAV schleifen ließ, hier und da eine Versammlung nicht besuchte, dieses oder jenes Zirkular nicht pünktlich beantwortete, ist mehr als wahrscheinlich. Der entscheidende Grund für die Angriffe gegen Fritzsche wird aber in den politischen Auseinandersetzungen innerhalb des ADAV um die Bedeutung der Gewerkschaften gelegen haben. Fritzsche war der Exponent des gewerkschaftsfreundlichen Flügels im ADAV, der den gesammelten Zorn der hartgesottenen Lassalleaner auf sich zog.

Auf der sechsten Generalversammlung des ADAV vom 23.-25. November 1867 in Berlin ging es eher friedlich zu. Fritzsche referierte über die Zuchthausarbeit und sprach sich entschieden dagegen aus. Zuchthausarbeit drücke die Löhne der Männer-, Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken: „Diejenigen Einrichtungen im Staate, welche das materielle Wohl des Arbeiterstandes beeinträchtigen, beeinträchtigen auch sein sittliches Wohl".[28] Die Auseinandersetzungen eskalierten auf der Generalversammlung des ADAV vom 22.-26. August 1868 in Hamburg. Unter dem Tagesordnungspunkt „Streik" kam es zu einer längeren, hitzigen Diskussion. August Perl aus Hamburg plädierte dafür, den ganzen Tagesordnungspunkt abzusetzen. Streiks hätten mit der Tätigkeit des ADAV nichts zu tun und seien unnütz. Der ADAV werde ohnehin nie genug Geld haben, um Streiks zu unterstützen. Fritzsche dagegen hatte eine ganz andere Auffassung: „Die Strikes sind kein Mittel, die Grundlagen der heutigen Produktion zu ändern und somit die Lage der Arbeiterschaft durchgreifend zu verbessern; allein sie sind ein Mittel, das Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft zu fördern, die Polizeibevormundung zu durchbrechen und unter Voraussetzung richtiger Organisation einzelne soziale Missstände drückender Art, wie z.B. übermä-

---

*27 Protokoll der am 30. November und 1. Dezember 1865 zu Frankfurt a. Main stattgefundenen Generalversammlung des ADAV. Frankfurt am Main 1865. In: Protokolle und Materialien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, S.14, 27, 29, 46.*

*28 Protokolle und Materialien des ADAV, S. 75, 84*

ßig lange Arbeitszeit, Kindearbeit u. dgl. aus der heutigen Gesellschaft zu entfernen." Mit 3.147 gegen 2.583 Stimmen wurde dieser Teil eines entsprechenden Antrags von Friedrich Wilhelm Fritzsche auf der ADAV-Generalversammlung angenommen, und zwar ohne große Diskussion. Widerspruch forderte erst der zweite Teil von Fritzsches Antrag heraus, in dem es hieß: „Die Generalversammlung beauftragt den Vereinspräsidenten, einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongress zur Begründung von allgemeinen Gewerkschaften zu berufen, die in diesem Sinne wirken." Hierüber wurde lange und ausführlich debattiert, der Antrag wurde aber schließlich mit 3.255 gegen 3.044 Stimmen abgelehnt.[29] Zwischen der allgemeinen Befürwortung von Streiks und der Unterstützung bei der Gründung von Gewerkschaften war für die meisten Delegierten des ADAV-Kongresses dann doch noch ein großer Unterschied. Mit Streiks konnte man sich vielleicht noch anfreunden, aber Gewerkschaften zu gründen, nein, das ging dann doch zu weit.

Der neue ADAV-Präsident, Johann Baptist von Schweitzer, teilte dem Kongress nach der verlorenen Abstimmung mit, er werde einen Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongress dann eben mit Fritzsche gemeinsam einberufen. Beide würden das in ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete und nicht als ADAV-Mitglieder tun, um die soeben durchgeführte Abstimmung zu respektieren. Nur einen Tag nach Ende der Generalversammlung des ADAV, am 27.8.1868, erfolgte der Aufruf für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongress: Es sei dringend nötig, „eine umfassende, festbegründete Organisation der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands" ins Leben zu rufen. Die Arbeiter müssten sich in „allgemeinen Gewerkschaften" zusammenschließen. „Schon haben wir einen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsverein der Buchdruckergehilfen, der Zigarrenarbeiter, der Schneider, ganz neuestens der Bäcker. Auf diesem Wege muss fortgeschritten werden."[30]

Schon am 26.9.1868 trat der Allgemeine Deutsche Arbeiterkongress in Berlin zusammen. Damit wurde „der entscheidende Schritt zur Ausdehnung der Gewerkschaftsbewegung auf das gesamte handwerkliche und industriel-

*29 Ebd., S. 122; vgl. auch Werner Ettelt/Hans-Dieter Krause: Der Kampf um eine marxistische Gewerkschaftspolitik in der deutschen Arbeiterbewegung 1868 bis 1878. Berlin 1975, S.65, die darauf aufmerksam machen, dass der erste Teil von Fritzsches Antrag fast wörtlich mit einem Brief von Karl Marx an Johann Baptist von Schweitzer über die Aufgaben der Gewerkschaften in Deutschland übereinstimmte. Daraus lässt sich aber nur schlussfolgern, dass Fritzsche den Brief von Marx kannte, nicht aber, dass Schweitzer den von Fritzsche eingereichten Antrag schrieb. Fritzsche konnte schon in Kleinigkeiten recht empfindlich sein, von Schweitzer hätte er sich mit Sicherheit keinen Antrag schreiben lassen.*

*30 Protokolle und Materialien des ADAV, S. 122.*

le Berufsfeld sowie zur Schaffung einer zentralen Institution für alle Fachorganisationen" getan.[31] Auf dem Kongress wurde beschlossen, einen Arbeiterschaftsverband als zentralen Dachverband aller bereits existierenden und noch zu gründenden Gewerkschaften zu schaffen. Zum Präsidenten wurde Schweitzer, zu seinem Stellvertreter Friedrich Wilhelm Fritzsche bestimmt.

*Johann Baptist von Schweizer (wikipedia)*

Innerhalb des ADAV zählte Fritzsche zu den entschiedensten Befürwortern gewerkschaftlicher Selbständigkeit. Auf der Hannoveraner Generalversammlung vom 26.5.-5.6.1874 mahnte er seinen Kollegen, die Gewerkschaften werde man nicht beseitigen können, andernfalls werde man sich die Arbeiter entfremden.[32] Mit dem Arbeiterschaftsverband hatte Fritzsche trotzdem bald seine Schwierigkeiten. Interessanterweise trat der Allgemeine Deutsche Cigarrenarbeiterverein zunächst nicht dem Arbeiterschaftsverband, also der Dachorganisation der lassalleanischen Gewerkschaften, bei. Ein entsprechender Beschluss wurde erst 1869 gefasst, blieb aber auf dem Papier. Ausgeführt wurde er nicht. Fritzsche ließ keine Beiträge an den Arbeiterschaftsverband überweisen. Er mochte die autoritäre Führung des Verbandes durch Schweitzer nicht, er wollte so den Präsidenten Schweitzer zu einer Änderung seines Führungsstils zwingen. Außerdem gefiel Fritzsche die Vorstellung überhaupt nicht, den gerade erst gegründeten Cigarrenarbeiterverein in einem großen Arbeiterschaftsverband aufgehen zu lassen. Als Dachorganisation und Gewerkschaftsbund konnte er sich den Arbei-

*31 Willy Albrecht: Fachverein-Berufsgewerkschaft-Zentralverband. Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870 – 1890. Bonn 1982, S. 54.*

*32 Protokolle und Materialien des ADAV, S. 495, 547.*

terschaftsverband vorstellen, als eine Art große, alle Berufe in sich zusammenfassen Gewerkschaft, an die Schweitzer dachte, hingegen nicht.[33]

Trotz der Konflikte im ADAV über die Haltung zu den Gewerkschaften wurde Fritzsche auf der Elberfelder Generalversammlung, 27.-28.3.1869, zum Stellvertretenden Vorsitzenden des ADAV gewählt. Er hielt eine viel beachtete Rede über Bildung in den Schulen und plädierte für den vollen, freien und unentgeltlichen Unterricht. Geistige Fähigkeiten seien nicht nur bei den besitzenden Klassen zu finden, sondern auch beim Proletariat. „Um wenigstens einigermaßen den Menschen geschickt für seine künftige Berufstätigkeit zu machen, exerziere man ihn in der heutigen Schule schablonenmäßig ein, daher komme es auch, dass man jetzt so wenig tüchtige, selbständige Charaktere in der Gesellschaft finde".[34]

## Gründung der ersten deutschen Gewerkschaft

Seit 1858 forderten Fritzsche und Vahlteich in vielen öffentlichen Versammlungen in Sachsen immer wieder die Gründung einer deutschen Zigarrenarbeitergewerkschaft. Auch bei den Unterstützungskassen der Zigarrenarbeiter gärte es. In Stuttgart und in Frankfurt a.M. entstanden unabhängig voneinander zwei Komitees, die sich beide die Aufgabe setzten, alle Zigarrenarbeiterunterstützungskassen zu einer großen Organisation zusammenzufassen. Im Sommer 1865 zeigten die Bemühungen Fritzsches und Vahlteichs einen ersten Erfolg. In Sachsen bildete sich ein Verein der Zigarrenarbeiter des Königreichs Sachsen mit einem provisorischen Zentralkomitee an der Spitze, das einen Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeiterkongress vorbereiten sollte. Noch waren Schwierigkeiten mit den süddeutschen Kollegen zu überwinden, die sich auf einem Kongress in Stuttgart vom 21.-22.8.1865 zwar ebenfalls für einen engeren Zusammenschluss ausgesprochen hatten, dabei aber mehr an eine große, über ganz Deutschland reichende Kranken-, Reiseunterstützungs- und Sterbekasse der Zigarrenarbeiter dachten und weniger an eine Gewerkschaft. Die Probleme wurden auf ganz einfache Art und Weise aus dem Weg geräumt. Fritzsche versprach, der Sitz der neuen Organisation werde in Frankfurt a.M. sein.

---

*33 Vgl. Ettelt/Krause: Kampf um eine marxistische Gewerkschaftspolitik, S: 146.*

*34 Protokolle und Materialien des ADAV, S. 142.*

*„Colosseum", Gründungsort des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins (HKS)*

Nach einem vorbereitenden norddeutschen Zigarrenarbeitertag war es im Dezember 1865 endlich so weit. Vom 24.-27.12 1865 trat in Leipzig endlich der langersehnte allgemeine deutsche Zigarrenarbeiterkongress zusammen. Der Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverein mit Sitz in Frankfurt a.M. wurde gegründet und Friedrich Wilhelm Fritzsche wurde zum Präsidenten gewählt. Nach den Statuten des Zigarrenarbeitervereins war der Präsident lediglich der Vorsitzende eines vierköpfigen Direktoriums, wichtige Entscheidungen durfte er nicht allein treffen, sondern er hatte die übrigen Mitglieder des Direktoriums hinzuzuziehen. De facto traf Fritzsche Entscheidungen oft allein, trat er, ähnlich wie der von ihm kritisierte Vorsitzende des Arbeiterschaftsverbandes, Johann Baptist von Schweitzer, sehr autoritär auf und spielte die übrigen Mitglieder des Direktoriums an die Wand. Mit seinem autoritären Führungsstil provozierte er Opposition im Verein. Auch die kollegiale Führung einer Organisation musste erst gelernt werden.

Noch auf dem Leipziger Gründungskongress wurde beschlossen, der Verein solle eine eigene Zigarrenarbeiterzeitung herausgeben. Die Zeitung sollte eine „kurze politische Wochenschau" enthalten - mit allem, was für Arbeiter wichtig war, sie sollte sozialpolitische Aufsätze bringen und natürlich in einem Vereinsteil über alle wichtigen Angelegenheiten des Allgemeinen Deutschen Cigarrenarbeitervereins informieren. Nicht zuletzt wegen seiner gut gemachten und informativen Zeitung hatte der ADCAV bis zum

№ 9. 1867.

# Der Botschafter.

## Organ der deutschen Cigarrenarbeiter.

Motto: Die Arbeiter sind der Fels, auf den die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll.
F. Lassalle.

Preis vierteljährlich 5 Sgr. oder 17½ Kr. rh. in Vorausbezahlung. **Leipzig**, den 2. März. Erscheint jeden Sonnabend und ist nur zu beziehen durch alle Postanstalten.

### Bekanntmachung.

Laut Beschluß des Ausschusses gelten vom 15. März d. J. an die Berliner Ortscassenbücher als Legitimation zur Erhebung des Reisegeschenkes bei unsern Ortscassen **nicht** mehr. Sonach haben die Herren Bevollmächtigten und Cassirer die Verpflichtung, von da an **alle** Bücher zurückzuweisen, die nicht von unsern Vereins-Bevollmächtigten ausgestellt sind.

Um Kosten zu ersparen, werden von jetzt an die Namen der bestätigten Bevollmächtigten durch den „Botschafter" bekannt gemacht werden. In außerordentlichen Fällen, wo es sich um Vertretung vor Gericht handelt, bekommen dieselben außerordentliche Vollmachten.

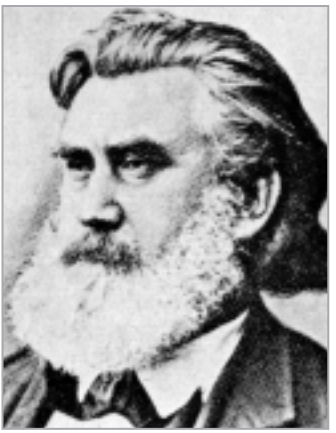
Leipzig, den 28. Februar 1867.

F. W. Fritzsche,
d. Z. Präsident.

*„Der Botschafter", Zeitschrift des Zigarrenarbeitervereins (HKS)*

Jahresende 1866 bereits 7.600 Mitglieder in 170 Orten. Mehr als drei Viertel der Mitglieder kamen aus Nord- und Mitteldeutschland. Hamburg, Harburg, Leipzig, Breslau und als einzige süddeutsche Stadt Mannheim waren die stärksten Stützpunkte des Vereins. Der Verein wuchs auch deswegen so schnell, weil der allgegenwärtige Fritzsche auf seinen Versammlungstouren immer wieder vor der für 1867 angekündigten Tabaksteuererhöhung warnte und die Tabakarbeiter zur Gegenwehr aufrief. Allein in der ersten Jahreshälfte 1867 besuchte Fritzsche nacheinander die folgenden Städte: Hanau, Mannheim, Mainz, Biberach, Schierstein, Koblenz, Köln, Duisburg, Rheda, Bielefeld und Herford. 1868 war er u.a. in Bad Oeynhausen, Vlotho, Werther, Düsseldorf und Mannheim. Bis Ende 1868 stieg die Mitgliederzahl des Zigarrenarbeitervereins auf runde 10.000, für die damalige Zeit war das ungeheuer viel. Der Zigarrenarbeiterverein war die bei weitem größte deutsche Gewerkschaft und hatte deutlich mehr Mitglieder, als der ADAV.[35]

35 *Botschafter, 2.3., 9.3., 16.3., 8.6., 22.6.1867, 21.11.1868.*



*Friedrich Wilhelm Fritzsche (HKS)*

## Fritzsche und die Genossenschaften

Fritzsche schlug dem Zigarrenarbeiterverein vor, aus eigenen Mitteln eine Genossenschaftsfabrik zu gründen. Auf staatliche Kredite könnten die Zigarrenarbeiter dabei gut und gerne verzichten. Zur Errichtung einer Zigarrenfabrik wurde weit weniger Kapital benötigt, als zur Errichtung eines Industriebetriebes, Fritzsche schätze, dass man mit 5 – 10% des für einen Betrieb üblichen Anlagekapitals auskam, um eine Zigarrenfabrik zu gründen. Man brauchte keine besonderen Anstrengungen, um das Kapital zusammen zu bekommen. Allein in Leipzig, so schätze Fritzsche, hatten die Arbeiter an die 300.000 bis 400.000 Taler in den verschiedensten von ihnen selbst errichteten Kranken-, Alters- und sonstigen Unterstützungskassen gesammelt, ihr Kapital aber in Staatspapieren und Hypotheken angelegt. „Welch unberechenbaren Segen hätten diese Gelder bringen können, wenn sie zu genossenschaftlichem Geschäftsbetrieb verwendet worden wären!“[36] Fritzsche schlug vor, die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins sollten wöchentlich einen bestimmten Betrag (1 Silbergroschen) in eine Invalidenkasse einzahlen. Nach mindestens zehn Jahren Beitragsleistung und Erreichen des 50. Lebensjahres (die Lebenserwartung war Mitte

*36 Friedrich Wilhelm Fritzsche: Genossenschaftsfabrik als Invaliden-Institut. In: Botschafter, 16.3.1867. Staatliche Altersrenten oder Krankenunterstützung gab es damals nicht. Die Arbeiterinnen und Arbeiter waren auf Selbsthilfe angewiesen. Eine der ersten derartigen Kassen war die von den Zigarrenarbeitern 1848 gegründete Witwen-, Waisen- und Invalidenkasse.*

des 19.Jh. bedeutend geringer als heute) hätte man Anrecht auf eine Unterstützung von 2 Talern gehabt. Das Gründungskapital der Invalidenkasse sollte nach einer Übergangszeit von zwei Jahren als Grundkapital zu einer genossenschaftlichen Zigarrenarbeitermanufaktur benutzt werden, und zwar als Darlehen mir einer festen jährlichen Verzinsung von 5%. Der darüber hinaus erzielte Gewinn sollte teils an die Arbeiterschaft als „Dividende" ausgezahlt werden, teils in eine Rücklage gehen. Die Verwaltung der Invalidenkasse und der genossenschaftlichen Zigarrenarbeitermanufaktur würden strikt voneinander getrennt werden. Fritzsche glaubte, auf diese Weise könnten beide profitieren: die Invalidenkasse hätte ihr Geld gewinnbringend angelegt und die Zigarrenarbeitergenossenschaft wäre auf günstige Weise an Kapital gekommen. Schließlich würde auch die Gewerkschaft, der Allgemeine Deutsche Cigarrenarbeiterverein, und die Zigarrenarbeiterschaft insgesamt (die „Korporation") aus dem Geschäft seinen Nutzen ziehen: „Einen kaum hoch genug anzuschlagenden Nutzen würde aber die Cigarrenmanufaktur selbst für die Corporation bilden. Wir würden den Markt in Deutschland beherrschen; indem Niemand im Stande wäre, mit uns zu concurriren; natürlich müßten wir ebenso niedrige Arbeitslöhne zahlen, als die andern Fabrikanten, um sie aus dem Felde zu schlagen und wir könnten dies, weil unsern Arbeitern die Dividende zu gute kommt, die immerhin einen beträchtlichen Lohnzuschlag geben würde. Wir würden die besten Arbeiter beschäftigen, denn es wäre ja in ihrem eigenen Interesse, ihre Kräfte nur der Corporation zu widmen, indem dadurch der Werth ihrer Arbeit immer höher steigt. Wir könnten das Anlernen neuer Kräfte regeln, so daß der Arbeitsmarkt durch massenhaftes Angebot nicht überschwemmt und dadurch die Löhne herabgedrückt würden." Die Gründung einer Genossenschaft würde die Zigarrenarbeiter, die bis dahin nur Handarbeit leisteten, auch davor bewahren, durch Mechanisierung der Produktion zu verarmen. „Wer bürgt uns dafür", fragte Fritzsche seine Berufsgenossen, „dass mit der Zeit das Problem der Erfindung einer Cigarrendeckmaschine nicht gelöst wird? Würde dieser Fall eintreten, und wären wir nicht soweit gerüstet, uns solche Maschinen selbst anschaffen und ausnutzen zu können, würden wir nicht mit den Parias der modernen Gesellschaft, unsern armen Brüdern, die sich durch Weben das elende Dasein fristen müssen, in gleiche Linie gedrängt werden?"[37] Obwohl „Der Botschafter" in seinen Spalten

*37 Friedrich Wilhelm Fritzsche: Genossenschaftsfabrik als Invaliden-Institut. In: Botschafter, 16.3.1867.*

immer wieder für die Gründung von Produktiv-Genossenschaften warb,[38] wurde Fritzsches Vorschlag nie aufgegriffen. Zur Gründung von Zigarrenarbeitergenossenschaften kam es immer nur in Notsituationen, im Rahmen von Streiks, wenn die Zigarrenfabrikanten eine größere Anzahl von Arbeitern aussperrten und der ADCAV nicht über genug Geld verfügte, um alle streikenden Arbeiter über Wasser zu halten. So zum Beispiel während des Zigarrenarbeiterstreiks im Februar 1868 in Berlin. Eine Mehrheit der Berliner Zigarrenfabrikanten hatte ohne jegliche vorherige Diskussion mit den Arbeitern eine neue Fabrikordnung erlassen, was diese schon als Affront an sich betrachteten. Erst recht aber waren die Zigarrenarbeiter über einen Passus in der neuen Fabrikordnung empört, der den Fabrikanten das Recht gab, die Arbeiter zu jedem beliebigen Zeitpunkt einer Leibesvisitation zu unterziehen. Die Arbeiter fühlten sich zu Recht entwürdigt und lehnten die Fabrikordnung ab. Es kam zum Streik. 200 unverheiratete Arbeiter gingen sofort auf Wanderschaft und fanden anderweitig Arbeit. Bald 300 Arbeiter waren arbeitslos und mussten irgendwie finanziert werden. Fritzsche kam die rettende Idee: er gründete eine „Deutsche Cigarrenarbeiter-Kompanie". Die Leitung der Kompanie bestand aus Fritzsche, dem Kassierer der Berliner Zigarrenarbeitergewerkschaft, Nägele, sowie einem eigens eingestellten Kaufmann namens Scherpke. Die Kompanie beschäftigte an die 100 – 130 Arbeiter und verkaufte noch im Februar 1868 an die 40.000 „Streik-Zigarren" in Berlin und Deutschland. Arbeiterorganisationen und Konsumvereine aus ganz Deutschland unterstützten mit ihren Bestellungen die Zigarrenarbeiter-Kompanie. Der bekannte Braunschweiger Sozialdemokrat Wilhelm Bracke leistete eine Bürgschaft von rund 2.200 Reichsthalern, damit die Zigarrenarbeiterkompanie über das nötige Startkapital verfügte. Die ominöse Fabrikordnung wurde schließlich Anfang Mai von den Fabrikanten zurückgezogen. Die folgende Geschichte der Kompanie ist weniger eindrucksvoll. Wie immer in der Frühzeit der Arbeiterbewegung machten alsbald Gerüchte die Runde, vielleicht auch von Fritzschs politischen Gegnern im ADAV bewusst gestreut, das Geld in der Kasse der Kompanie sei veruntreut worden, was durch eine öffentliche Rechnungslegung und Buchprüfung widerlegt wurde. Trotz eines Sonderbeitrages der Mitglieder

*38 Karl Hirsch: Der Staat und das Genossenschaftswesen. In: Botschafter, 26.3., 2.4., 16.4., 23.4.1870.*

des ADCAV konnte die Zigarrenarbeiter-Kompanie finanziell nicht mehr gehalten werden. Sie schloss Ende 1868.[39]

## Auseinandersetzung im Zigarrenarbeiterverein

Die politischen Auseinandersetzungen im ADAV und im Arbeiterschaftsverband zogen auch den Zigarrenarbeiterverein in Mitleidenschaft. Für einen Teil der Mitglieder des ADCAV war Fritzsche schon zu politisch. Jedenfalls protestierten die Bielefelder Zigarrenarbeiter im März 1867, durch seine „lassalleanischen Leitartikel" habe der Vorsitzende aus dem „Botschafter" ein „Parteiblatt" gemacht. Er wurde aufgefordert, „doch im Interesse unseres Vereins Parteilichkeit aus dem Spiel zu lassen, die nur Verderben bringen kann".[40] Fritzsche antwortete: „Nach unserer Ansicht hat ein Arbeiterblatt wie das unserige die Verpflichtung, Aufklärung zu verbreiten über die Fragen, welche den Arbeiterstand am meisten interessieren und welche Frage bedürfte wohl einer gründlicheren Besprechung als die, durch welche Mittel ist eine geistige und materielle Hebung des Arbeiterstandes anzuführen?"[41]

Im Juli 1869 beschloss der Ausschuss des Allgemeinen Tabak- und Cigarrenarbeitervereins, wie sich der ADCAV seit dem Mai 1869 nannte, definitiv, keine Beiträge an den Arbeiterschaftsverband zu überweisen. In einem Zirkular vom 1.7.1869 nannte er die Gründe für seine Vorbehalte: Johann Baptist von Schweizer, der Präsident des Arbeiterschaftsverbandes, trete undemokratisch auf, habe Fritzsche zur Einstellung der Zigarrenarbeiterzeitung „Der Botschafter" bewegen wollen und den Berliner Zigarrenarbeiterstreik 1869 habe der Arbeiterschaftsverband auch nicht unterstützt. Außerdem sei der Arbeiterschaftsverband gegen die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften.[42] Die Quittung kam postwendend. Fritzsche wurde als stellvertretender Vorsitzender des Arbeiterschaftsverbandes abgesetzt. Im Allgemeinen Tabak- und Cigarrenarbeiterverein kam es zur Spaltung.

*39 Botschafter, 22.2., 2.5., 24.10.1868;Wilhelm Bracke am 28.11. und 21.12.1869 an Wilhelm Liebknecht. In: Wilhelm Liebknecht. Briefwechsel mit deutschen Sozialdemokraten. Bd.1, 1862–1878. Hrsg. Von Georg Eckert. Assen 1973, S. 273, 282. Bracke geriet durch den Konkurs der Zigarrenarbeiterkompanie selbst in finanzielle Schwierigkeiten.*

*40 Botschafter, 2.3.1867.*

*41 Ebd.*

*42 Botschafter, 17.7., 7.8., 4.12.1869; Albrecht: Fachverein, S, 47.*

Nur 900 Mitglieder blieben in der Organisation. Die Konkurrenzgründung, die sich Allgemeine Tabak- und Cigarrenarbeitergewerkschaft nannte, war ebenso groß, der Rest der Mitglieder war in alle Windrichtungen zerstoben und im günstigsten Fall bei einem der zahlreichen örtlichen Streik- und Unterstützungsvereine gelandet, die so zahlreich waren, dass sie zeitweise wie eine dritte Gewerkschaftsrichtung aussahen.[43]

Fritzsche rechtfertigte sich ausführlich im „Botschafter". Auf dem Höhepunkt des Konflikts mit Schweitzer, im Juli 1869, ließ er ein besonderes Flugblatt verteilen – „An die deutschen Cigarrenarbeiter". Schweitzer, so argumentierte Fritzsche, habe der "Cigarrenarbeiterkompanie" in Berlin finanzielle Unterstützung zugesagt, sein Versprechen aber nie gehalten. Schweitzer habe Fritzsche bestechen wollen und ihm ein jährliches Gehalt von 200 Talern in Aussicht gestellt, wenn er nur die Zigarrenarbeiterzeitung „Der Botschafter" einstelle. Unterstützung fand Fritzsche u.a. in Braunschweig, Berlin, Mannheim, Altona, Celle und Leipzig. Langsam drehte sich das Blatt wieder. Solidaritätsadressen mit Fritzsche füllten im Juli, August und September 1869 die Spalten des „Botschafters". „Lassen wir in unserem Verein Spielraum für politische Intrigen, so wird derselbe seine Zwecke, welche doch rein sozialer Natur sind, nimmer erreichen", bekräftigten die beiden Direktoriumsmitglieder Johanning und Ochs.[44]

Eine von 500 Zigarrenarbeitern am 22.7. 1869 in Leipzig besuchte Versammlung sprach Fritzsche „ihr vollstes Vertrauen aus". Auch die Mitglieder des ADCAV aus Salzungen und Posen standen hinter Fritzsche. Fritzsche werde von Schweitzer nur deswegen als „Verräter" gebrandmarkt, argwöhnten die Zigarrenarbeiter aus Melle, weil Fritzsche einen eigenen Kopf hatte und sich Schweitzers Anordnungen nicht immer fügen wollte.[45] Besonders heftig prallten die gegensätzlichen Auffassungen in Hamburg und in Altona auseinander. In einer Hamburger Arbeiterversammlung wurde einem zeitgenössischen Bericht zufolge „Herrn Cigarrenarbeiter Fritzsche, wie er in seiner Flugblattsprache sich nennt, sein Rock von oben bis unten zerrissen und der bedauernswerte Mann ging durch die spalierbildenden Arbeiter hindurch, verschmäht und verlassen (…) Die Vereinsmitglieder nahmen den Präsidenten in die Mitte und so ging es durch die Stadt." Und

---

*43 Botschafter, 17.7., 7.8., 18.9., 31.7.1869; Albrecht: Fachverein, S. 163 ff; Ettelt/Krause: Der Kampf um eine marxistische Gewerkschaftspolitik, S. 154.*

*44 Botschafter, 17.7.1869.*

*45 Botschafter, 24.7., 31.7.1869.*

aus Altona wurde berichtet: „Die im Saale und auf den Straßen anwesenden Lassalleaner nahmen eine so drohende Haltung ein, dass er erforderlich war, Herrn Fritzsche durch 200 Arbeiter nach Hause zu geleiten. Im Versammlungslokal mussten die tätlichen Angriffe der Lassalleaner mehrmals mit Gewalt niedergehalten werden. Dem Lokalinhaber wurden die Fenster eingeworfen."[46] In den Reihen der Zigarrenarbeiter tobte ein Kampf aller gegen alle. Anhänger und Gegner Fritzsches versuchten sich gegenseitig das Wasser abzugraben.

## Eine Versammlung 1869 im Berliner „Universum"

Von all dem ließ Fritzsche sich offensichtlich nicht entmutigen. Er war felsenfest davon überzeugt, dass die Arbeiter sich selbst organisieren mussten, dass sie keine Bevormundung durch wohlwollende liberale Politiker brauchten, die ihnen in den 1860er Jahren vor allem vom Kampf gegen „das Kapital" abrieten. Ebenso felsenfest war Fritzsche aber von der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation, vom gemeinschaftlichen Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse überzeugt. Besonders unübersichtlich und schwierig waren die Verhältnisse in Berlin. Dort gab es zwar eine recht starke Organisation des ADACV, aber auch all die anderen rivalisierenden Gruppen der jungen Arbeiterbewegung waren in Berlin vertreten und die liberale Fortschrittspartei hatte insbesondere unter den Berliner Metallarbeitern einen starken Anhang. Da Fritzsche keiner Auseinandersetzung auswich, berief der ADCAV für den 24.1.1865 eine öffentliche Versammlung ins Berliner „Universum", um mit allen Gegnern und politischen Kontrahenten zu diskutieren. Von Seiten des ADCAV sollte Fritzsche reden. Von allen politischen Widersachern des ADCAV traute sich nur der liberale Berliner Politiker und Druckereibesitzer Franz Gustav Duncker, mit Franz Hirsch Begründer der liberalen, sogenannten „Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine", der Einladung des ADCAV zu folgen. Das „Universum" war von Hunderten von Arbeitern besucht, wie schon damals üblich, hatte jede Gruppe ihre Unterstützer mobilisiert. Fritzsche legte als Eröffnungsredner der Veranstaltung großen Wert auf die Feststellung, dass sich die Arbeiter selbst organisieren müssten. Der Allgemeine Deutsche Cigar-

*46 Dahms: Tabakarbeiterbewegung, S. 48.*

renarbeiterverein sei ebenfalls „keine Erfindung gelehrter Herren, sondern aus dem Arbeiterstand herausgewachsen. Schon in den Jahren 1848 bis in die Reaktionszeit hinein hätten die Cigarrenarbeiter einen ähnlichen Verein gehabt, ohne Beihilfe von Doktoren u. dgl. Leuten. In diesem Verein sei der Keim des jetzigen Vereins zu suchen und darum sei man auch nicht gewillt, sich durch die Herren Gelehrten, Doktoren etc. das mühsam aufgebaute Werk ruinieren zu lassen". Franz Duncker seinerseits warnte in drängenden Worten vor den „sozialistischen Ideen von der Staatshilfe" zur Gründung von Produktivgenossenschaften und vor allem vor „dem ganz verkehrten Bestreben, einen Kampf zu organisiren gegen das Kapital. Die Arbeit könne einmal nicht bestehen ohne Kapital. Der Ruf „Krieg dem Kapital" sei ebenso verkehrt, als etwa der Ruf: „Krieg der Luft" (…) Das Kapital ist die Lebensluft für die Arbeiter; man muss die Mittel und Wege finden, um diese Lebensluft den Arbeitern zuzuführen". Duncker plädierte für die „soziale Selbsthülfe" und die Gründung von Genossenschaften. In seiner Entgegnung auf Duncker bestand Fritzsche auf der Notwendigkeit der eigenständigen politischen Organisation der Arbeiterschaft und spottete, „dass Herr Duncker auf einmal von Liebe zu den Arbeitern überfließe", worauf ein so großer Tumult entstand, dass Fritzsche nicht mehr weiterreden konnte. Einige Maschinenbauer, Anhänger Dunckers, zückten die Messer und es entstand eine blutige Prügelei, in der aber „die Messerhelden den Kürzeren zogen", wie der „Botschafter" in seinem Bericht über die Versammlung trocken vermerkte.[47] Die Zeitschrift „Berliner Wespen" veröffentlichte ein Gedicht über diese Versammlung, das so treffend und charakterisierend ist, dass es hier im Anhang abgedruckt wird.

## Gründung einer einheitlichen Arbeiterpartei

1869 entstand in Eisenach unter Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht eine Konkurrenz zum ADAV: die Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Auch Friedrich Wilhelm Fritzsche nahm als Delegierter am Gründungskongress der neuen Partei teil. Das sah wie ein definitiver und endgültiger Bruch mit den „Lassalleanern" aus. Mitglied der Partei wurde er aber nicht. Nach Rücksprache mit seinen Kollegen im Zigarrenarbeiter-

47 *Botschafter, 30.1.1869.*

*Delegierte des Gothaer Parteitages 1875 (HKS)*

verein meinte Fritzsche, im Interesse der Zigarrenarbeitergewerkschaft und ihrer Einheit sollte er vorläufig besser nicht der neuen Partei beitreten.[48]

*48 Arno Herzig meint, Fritzsche sei 1870 zu SDAP übergetreten und sei 1874 nur deswegen wieder zum worden. Fritzsche verzichtete aus gutem Grund auf eine direkte Mitgliedschaft in der SDAP.ADAV zurückgekehrt, weil die Mehrheit der Zigarrenarbeiter dort geblieben war. Herzig: Der Allgemeine Deutscher Arbeiterverein, S. 94, Fußnote 144. Wäre Fritzsche wirklich Mitglied der SDAP geworden, hätten*

Stattdessen ging Fritzsche 1874 wieder zum ADAV zurück, nachdem Johann Baptist von Schweitzer dessen Leitung abgegeben hatte. Damit sah Fritzsche eine Chance, der Einheit der Gewerkschaften und der politischen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft wieder näherzukommen. Der „Neue Sozialdemokrat", das Organ des ADAV verzeichnete Fritzsche seit Januar 1874 wieder als Redner und Agitator des Vereins. Am 4.2.1874 z.B. hielt er einen Vortrag ein Berlin: „Über die Zweckmäßigkeit gemeinsamen Vorgehens aller Gewerkvereinigungen gegen die Verkümmerung des Koalitionsrechts."[49] 1874 konnte auch die Wiedereinigung aller gewerkschaftlich organisierten Zigarrenarbeiter im Allgemeinen Cigarren- und Tabakarbeiterverein erreicht werden.

Im Oktober 1874 steckte Fritzsche gemeinsam mit den ADAV-Führern Tölcke und Hasselmann die ersten Fühler zu Wilhelm Liebknecht aus, ob nicht eine Möglichkeit zur Vereinigung der beiden politischen Parteien der deutschen Arbeiterschaft bestünde. Ein bedeutendes Zeichen der Annäherung beider Organisationen war, dass Fritzsche als gemeinsamer Kandidat der beiden Organisationen 1874 bei den Reichstagswahlen im Wahlkreis Halberstadt kandidierte. Allerdings wurde nicht Fritzsche, sondern der Kandidat der bürgerlichen Fortschrittspartei gewählt. Dass der Einigungskongress der deutschen Sozialdemokratie schließlich am 22.-27.5.1875 in Gotha zusammentrat, ist zu einem großen Teil das Verdienst Friedrich Wilhelm Fritzsches. Der bekannte sozialdemokratische Publizist Wilhelm Blos hat den Eindruck, den Fritzsche in Gotha machte, später so festgehalten: „Am meisten fiel unter den Lassalleanern wohl Fritzsche auf. Eine hohe, stattliche Gestalt, mit einem nicht gerade schönen, aber sehr interessanten Kopf, der von langen, beinahe bis auf die Schulter niederwallenden grauen Locken umgeben war, dabei ein frisches, unternehmendes Wesen in der ganzen Erscheinung."[50]

Fritzsche gehörte der Mandatsprüfungskommission an und erstattete für die Kommission vor dem Kongress Bericht. In der Auseinandersetzung über das Programm der neuen Partei beantragte er mit den Worten „Nunmehr wird sich zeigen, welche unter uns wirklich Sozialdemokraten sind und welche nicht", namentliche Abstimmung über ein uraltes lassalleanisches

*seine Gegner im Cigarrenarbeiterverein das zu rücksichtslosen Angriffen auf Fritzsche genutzt, die junge Zigarrenarbeitergewerkschaft wäre womöglich gesprengt worden.*

*49 Neuer Sozialdemokrat, 23.1., 4.2., 8.2., 15.4.1874.*

*50 Tabakarbeiter, 26.2.1905.*

Prinzip, nämlich den Satz: „Die Befreiung der Arbeit muss das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind." Die übergroße Mehrheit der Delegierten, darunter auch Bebel, Geib, Liebknecht, Motteler und Molkenbuhr sprach sich für die Aufnahme des lassalleanischen „Glaubensbekenntnisses" in das Programm der Vereinigten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei aus.[51]

Unmittelbar vor dem Vereinigungskongress tagte ebenfalls in Gotha die erste nationale deutsche Gewerkschaftskonferenz. Fritzsche hatte diese Konferenz einberufen, er leitete sie und bestimmte weitgehend den Verlauf ihrer Verhandlungen. Aus seiner Feder stammte die Resolution über den grundlegenden Aufbau der Gewerkschaften.

## Abgeordneter im Reichstag

Parlamentarische Erfahrungen hatte Fritzsche schon im Norddeutschen Reichstag gewonnen. 1867 wurde er von Freunden unter den Zigarrenarbeitern und im ADAV aufgefordert, doch zum Norddeutschen Reichstag zu kandidieren. Fritzsche war sich unsicher und wandte sich hilfesuchend an seinen alten Bekannten Johann Philip Becker in Biel mit der Frage, „ob es nach ihrer Ansicht für den Arbeiterstand (…) von Vorteil ist, wenn Arbeiter in jenes Parlament gewählt werden."[52] Wie die Antwort Beckers ausfiel, wissen wir nicht. Wahrscheinlich riet Becker zur Kandidatur, denn Fritzsche ließ sich im Herbst 1868 im Wahlkreis Lennep-Mettmann aufstellen. Die preußische Obrigkeit bemühte sich nach Kräften, Fritzsche Schwierigkeiten zu machen. Der Bürgermeister von Hückeswagen und der Landrat von Lennep wandten sich hilfesuchend an den Berliner Polizeipräsidenten und ließen sich mit Material über Fritzsche versorgen. Im Wahlkreis wurden Plakate angeschlagen, die Fritzsche als uneheliches Kind angriffen und ihn der Gotteslästerung bezichtigten. Es half alles nichts. Fritzsche wurde in den Norddeutschen Reichstag gewählt und hielt am 17.3.1869 während der Beratung über die Gewerbeordnung seine Jungfernrede. Am 29.4.1869 sprach er sich für ein Verbot der Kinderarbeit aus. Kinder unter 14 Jahren

---

*51 Protokoll des Vereinigungskongresses der Sozialdemokraten Deutschlands, abgehalten zu Gotha, vom 22. Bis 27. Mai 1875. In: Die ersten deutschen Sozialisten-Kongresse. Urkunden aus der Jugendzeit der deutschen Sozialdemokratie (1865–1875). Frankfurt a.M. 1906, S. 68, 101, 107.*

*52 Fritzsche an Becker, Leipzig, Mai 1867. NL Becker, IISG Amsterdam.*

Volksversammlung
unter freiem Himmel.
(Zum ersten Male seit 1849.)
Sonntag, den 10. Februar vormittags 11 Uhr
auf dem Floßplatze rechts von der Connewitzer Chaussee.
Das Volk aus der Stadt und vom Lande hat sich massenhaft einzufinden.
Ludwig Würkert, der Candidat für Leipzig, J. W. Fritzsche, der Candidat für Umgegend, werden ihre Candidaten-Reden halten.

*Wahlplakat (StAL)*

hätten in einer Fabrik nichts zu suchen. Kinder gehörten in die Schule und nicht in die Fabrik. „Es ist vorzüglich die Rücksicht, die wir der Sittlichkeit schulden, die uns dazu bewogen hat, das Gesuch an den Hohen Reichstag zu stellen, dass die Kinderarbeit unter 14 Jahren in den Fabriken nicht gestattet werde", erklärte Fritzsche für die Sozialdemokraten und fügte eine persönliche Bemerkung hinzu: „Wer Fabrikarbeiter gewesen ist, wie ich, nur der kann wissen, wie nachteilig der Umgang der Erwachsenen mit den Kindern in den Fabriken auf die Sittlichkeit der Kinder einwirkt".[53] Am 2.4.1870 meldete er sich in der Debatte über das Strafgesetzbuch zu Wort und plädierte dafür, vor Gericht auch eine freiere Eidesformel als das traditionelle „Ich schwöre bei Gott" zuzulassen. Am 6.4.1870 sprach er sich für eine Reform der Gefangenenbeschäftigung aus und verwies auf die Schädigung der Zigarrenarbeiter durch Anfertigung von Zigarren in Zuchthäusern. Im neuen Deutschen Reichstag war Fritzsche zunächst nicht vertreten. Erst am 10.1.1877 wurde er im 4. Berliner Wahlkreis wieder in den Reichstag gewählt.

Wieder versuchten Obrigkeit und Staatsanwaltschaft, diesmal war es der berüchtigte Berliner Staatsanwalt Tessendorf, Fritzsche Schwierigkeiten zu machen und ihn vor die Schranken des Gerichts zu bringen. Wegen einer

*53 Verhandlungen des Reichstages des Norddeutschen Bundes, Bd. 8, 1869, S. 676. Allerdings fügte Fritzsche hinzu, dass Kinderarbeit auch auf den allgemeinen Gesundheitszustand des Volkes höchst schädliche Auswirkungen habe.*

*Friedrich Wilhelm Fritzsche mit August Bebel im Reichstag (HKS)*

Rede im Oktober 1876 wollte man ihm „Anreizung zur Gewalt" nachsagen. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis, das Gericht aber sprach Fritzsche frei.[54] November 1877 musste Fritzsche sich schon wieder vor dem Kadi verantworten. In Berlin hatte er einen Vortrag über die „Invaliden der Arbeit und ihre Rechte in der Gesellschaft" gehalten und dabei die Unterbringung von Menschen in den Altenversorgungsanstalten scharf kritisiert, insbesondere die Trennung von Ehepaaren, die nur dann noch zusammenkamen, „wenn sie in die gemeinschaftlichen Betsäle getrieben werden". Erneut musste Staatsanwalt Tessendorf erleben, wie sein Versuch, Fritzsche hinter Gitter zu bringen, vom Gericht abgewiesen wurde.[55]

---

*54 Stadtarchiv Potsdam. Pr.Br.Rep. 30 Berlin C Poliz. Präs. Tit. 94 Lit F No. 346. Der Cigarrenarbeiter Friedrich Wilhelm Fritzsche 1868-1905, Bl. 43.*

*55 Ebd., Bl. 46.*

Im Deutschen Reichstag widmete sich Fritzsche ganz der Beratung der Arbeiterschutzgesetze. Er konnte dabei auf Vorentwürfe zurückgreifen, die er schon im Dezember 1873 im „Botschafter" publiziert hatte. Danach sollte für alle männlichen Arbeiter ein Normalarbeitstag von 10 Stunden gelten, für Frauen und Jugendliche von 8 Stunden. Die Kinderarbeit sollte verboten und die Vereinsgesetzgebung liberalisiert werden, um den Gewerkschaften die Existenz zu erleichtern. Wilhelm Blos berichtet über die parlamentarische Beratung der Arbeiterschutzgesetzgebung: „Wir mussten viele Sitzungen abhalten, bis wir mit der Arbeit fertig waren. Fritzsche erwies sich dabei als ein vortrefflicher Kenner der schwierigen und umfangreichen Materie, mit der man im Allgemeinen damals noch nicht so vertraut war wie heute. Der Gesetzentwurf wurde als Antrag Fritzsche/Bebel eingebracht und Fritzsche hielt die erste große Rede zu dessen Begründung."[56] Diese Rede hielt Fritzsche gleich am 16.4.1877. Er forderte erneut, „dass in den Strafanstalten industrielle Arbeiten für Rechnung Anderer und überhaupt zum Verkauf nicht mehr gefertigt werden sollen."[57] Jedermann, der ein Gewerbe eröffne, müsse das auch der Reichsgewerbeinspektion anzeigen und seine Räumlichkeiten für die Gewerbeinspektion öffnen, was alles andere als selbstverständlich war und sich auch erst langsam durchsetzte. Alle Arbeiter müssten unter ein und dieselbe Bestimmung gestellt werden, anstatt Fabrikarbeiter, Gesellen und Gehilfen unterschiedlich zu behandeln, die Sonntagsarbeit sollte begrenzt und eine Höchstarbeitszeit eingeführt werden. Auch der Gedanke war für die 1870er Jahre revolutionär, ebenso wie Fritzsches Vorschlag, die Nachtarbeit generell zu verbieten und nur ganz bestimmte Ausnahmen zuzulassen. Wöchnerinnen sollten nicht arbeiten müssen, körperliche Strafen, die noch gang und gäbe waren, ganz verboten werden. Schließlich schnitt Fritzsche ein Thema an, das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch heute noch beschäftigt: „Jede Kennzeichnung der Zeugnisse, welche bewirkt oder bewirken soll, dass die Arbeitnehmer im Fortkommen behindert werden, ist verboten (…). Jeder Fabrikarbeiter, der dem Arbeitgeber missliebig geworden ist, geht jetzt mit Zittern und Zagen zum Arbeitgeber, dessen Arbeit er verlassen will, weil er nicht genau weiß, ob auf das dem Anschein und dem Inhalt nach ganz gute Zeugnis, das ihm der Arbeitgeber ausstellen soll, nicht irgendeine Bemerkung gesetzt werde,

56 *Tabakarbeiter, 26.2.1905; vgl. zu Fritzsches Gesetzentwurf auch Ettelt/Krause: Der Kampf um eine marxistische Gewerkschaftspolitik, S: 428f.*

57 *Verhandlungen des Reichstages, 22. Sitzung am 16. April 1877, Bd. 44, S. 513.*

welche ihn bei allen anderen Arbeitgebern verfemt. Man schreibt entweder mit einer besonderen Tinte oder man durchsticht das Zeugnis. Kurz und gut, man hat eine ganze Menge von Manipulationen in Anwendung gebracht, durch welche man den Arbeiter auf hinterlistigste Weise verfemt."[58] Die Reichstagstribüne nutzte Fritzsche, um gegen die für 1879 geplante Reform der Tabaksteuer anzukämpfen – erfolglos.

## Sozialistengesetz

1878, während der Beratungen über das Sozialistengesetz, mit dem die Sozialdemokratische Partei verboten wurde, plädierte Fritzsche ohne Erfolg für einen besonderen Schutz der Gewerkschaften vor dem Missbrauch des Gesetzes durch die Behörden. Die Tabakarbeitergewerkschaft wurde bald nach der Partei ebenfalls verboten, Fritzsche selbst am 29.11.1879 aus Berlin ausgewiesen. Von Leipzig aus versuchte er zweimal, die Tabakarbeitergewerkschaft neu zu gründen, beide Male mit Hilfe einer Zeitung. Das erste Mal noch im Jahre 1879. Der von Fritzsche herausgegebene „Wanderer" wurde aber schon nach einem halben Jahr verboten. Das zweite Mal schritten die Behörden ein, als die Abonnenten des von Fritzsche gegründeten „Gewerkschafter" zu einer zentralen Reise- und Begräbnisunterstützungskasse zusammengefasst werden sollten. Sie gestatteten aber immerhin das weitere Erscheinen von Fritzsches „Gewerkschafter", der auch anderen Berufe als Mitteilungsblatt diente.[59] Im April 1880 protestierte er im Reichstag gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes und wandte sich insbesondere gegen die Auflösung von Gewerkschaften nur deswegen, weil sich Sozialdemokraten in den Vorständen befanden.

Die illegale Sozialdemokratie brauchte dringend Geld für den Parteiapparat, für den Vertrieb der Parteizeitung, des „Sozialdemokrat", der in der Schweiz gedruckt und dann nach Deutschland geschmuggelt wurde, für den Unterhalt der zahlreichen Ausgewiesenen. So beschloss die Partei im Januar 1881, Louis Viereck und Friedrich Wilhelm Fritzsche in die USA zu schicken, um dort Spenden zu sammeln. In den USA gab es eine große Kolonie von Deutschen, meist demokratisch gesinnt, das Unternehmen schien

58 *Verhandlungen des Reichstages. 22. Sitzung am 16. April 1877, Bd. 44, S. 515.*
59 *Albrecht: Fachverein, S. 335.*

*Friedrich Wilhelm Fritzsche (HKS)*

aussichtsreich. Am 25. oder 26.1.1881 reisten Fritzsche und Viereck mit dem Dampfer „Rhein" von Southampton in die USA. Zuvor machten sie bei Marx und Engels in London Station. Noch von Southampton aus dankte Fritzsche den beiden „für die herzliche Aufnahme" im Hause Marx wie im Hause Engels.[60] Fritzsche, so berichtete die New Yorker Volkszeitung über eine seiner Versammlungen in den USA, „ist ein hübsch aussehender älterer Mann mit weißen Haaren, mit einem großen, löwenhaften, massiven Kopf und strengen, tapferen, ausdrucksvollen Gesichtszügen".[61] Mit dem stattlichen Betrag von 13.000 Mark kamen Fritzsche und Viereck aus den USA zurück.[62] Am 5,5.1881 landeten beide in Bremen, noch am selben Abend reiste Fritzsche weiter nach Berlin.

---

*60 Fritzsche an Engels, 25.1.1881. IISG, Marx-Engels Nachlass D 2106. Karl Marx hatte Friedrich Wilhelm Fritzsche in früheren Zeiten schon einmal mit seinem Lieblingsschimpfwort „Knoten" bedacht. Der „Knoten Fritzsche" sei jetzt provisorischer Präsident des ADAV, teilte er Engels am 24.6.1865 mit (Wilhelm Liebknecht: Briefwechsel, S. 78.) „Knoten" war in der Studentensprache des 19.Jh. die Bezeichnung für „Handwerksgeselle", bedeutete laut „Grimms Wörterbuch" auch „plumper Kerl" oder „grober Klotz".*

*61 Volkszeitung, 2.3.1881.*

*62 Protokoll über den Kongress der deutschen Sozialdemokratie in Kopenhagen. Abgehalten vom 29. März bis 2. April 1883. Hattingen-Zürich 1883, S. 11; vgl. auch Bebel: Aus meinem Leben, S. 619.*

## Ausreise in die USA

Knapp vier Wochen später machte Fritzsche sich erneut auf den Weg in die USA, diesmal mit seiner Familie, diesmal für immer. Um die neuerliche Abreise Fritzsches rankten sich etliche Gerüchte. Dem Berliner Polizeipräsidenten zufolge wollten „die Genossen in Leipzig, Dresden, Chemnitz, Berlin" und anderen Orten „einen Protest gegen das Ausreißen Fritzsches" veröffentlichen.[63] Gleichzeitig streuten die Agenten der Preußischen Polizei Andeutungen über das Vermögen der Tabakarbeitergewerkschaft. Zunächst war von 67.000 Reichsmark die Rede, die Fritzsche veruntreut habe, dann von 25.000 und zum Schluss nur noch von 10.000 Reichsmark. Alles war aus der Luft gegriffen. Fritzsche war nicht geflüchtet, sondern hatte sich in aller Form von seinen Kollegen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, damals das Führungsgremium der Partei, verabschiedet. Dass Fritzsche, „der sich aus verschiedenen Gründen in der alten Heimat nicht mehr wohl fühlte, auswandern wollte", schreibt August Bebel in seinen Erinnerungen, hätten alle begriffen.[64]

Die Gründe für Fritzsches Abreise waren durchaus ehrenvoller Natur. 1878, als das Sozialistengesetz erlassen wurde, war die Zigarrenarbeitergewerkschaft die größte und mitgliederstärkste deutsche Gewerkschaft. Ihre finanziellen Verhältnisse hatten sich stabilisiert. Mehr als 10.000 Reichsmark waren allerdings nicht in der Kasse, als das Sozialistengesetz verhängt wurde. Das Verbot der Gewerkschaft war absehbar. Damit würde auch ihre Kasse beschlagnahmt und in die Hände der preußischen Behörden fallen. Was tun? Im Verwaltungsrat der Tabakarbeitergewerkschaft wurde lange diskutiert. Man kam schließlich zu dem einen Schluss: Fritzsche sollte das Geld an sich nehmen und im Interesse der Tabakarbeiter verwenden. Gesagt, getan. Mit den 10.000 Mark aus der Kasse der Tabakarbeiter finanzierte Fritzsche den „Wanderer" und den „Gewerkschafter" und spendete für die Herausgabe des „Sozialdemokraten" in der Schweiz. Jetzt endlich glaubte der Berliner Staatsanwalt Tessendorf, Fritzsche in der Hand zu haben. Eine Anklage gegen Fritzsche wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung wurde vorbereitet. Nach Abschluss der Reichstagssession 1881 sollte Fritzsche vor Gericht gestellt werden. Er hatte mit Zuchthausstrafe und Verlust des bürgerlichen Ehrenrechts zu rechnen. Im Einverständnis mit der Sozi-

63 *Stadtarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 30 Berlin C Poliz. Präs. Tit 94 Liz F No. 346 Bl. 206.*
64 *August Bebel: Aus meinem Leben, S. 619.*

aldemokratischen Reichstagsfraktion beschloss Fritzsche, dann lieber in die USA zu gehen. Damit zog er gleichzeitig alle Schuld auf sich und entlastete die Mitglieder des Verwaltungsrates der Tabakarbeitergewerkschaft.[65]

In den USA angekommen, schlug die Familie Fritzsche ihre Zelte zunächst in Philadelphia auf. In der Collowhill Street betrieb Fritzsche eine kleine Bierwirtschaft, die gerade einmal 12 Personen Platz bot. An der Wand hatte er, auch zur Verhöhnung der Agenten der Preußischen Polizei, die ihn selbst hier von Zeit zu Zeit aufsuchten, sein Ausweisungsdekret aus Berlin aufgehängt. Mit anderen versuchte Fritzsche, die deutsche Gewerkschaftsbewegung in Philadelphia voranzubringen. Er wurde Organisator der „Vereinigten deutschen Gewerkschaften Philadelphia" und gab eine kleine Zeitschrift mit dem Namen „Der Hammer" heraus. Mit seinen alten Genossen blieb Fritzsche weiterhin in Verbindung. Er hatte den „Sozialdemokrat" abonniert, bestellte des Öfteren Broschüren in Zürich und sammelte unter den deutschstämmigen Arbeitern Philadelphias für die Sozialdemokratische Partei.[66]

Seine Bierwirtschaft gab er nach einigen Jahren wieder auf und zog in das Landstädtchen Hagerstown, wo er als Vorarbeiter in einer Zigarrenfabrik tätig war. Mitte der 1880er Jahre finden wir Fritzsche dann wieder in Philadelphia, als Vorsitzenden des Exekutivkomitees der vereinigten vier Sektionen der Sozialistischen Arbeiterpartei Nordamerikas (die Partei war in Sprachsektionen gegliedert). Fritzsche war auch weiterhin in der Gewerkschaftsbewegung aktiv. Die „Vereinigten deutschen Gewerkschaften" bewog er 1887, ein Bildungsheim in Philadelphia einzurichten. Ein angemietetes Haus wurde rasch zu eng, für 30.000 US-Dollar kauften die Gewerkschaften ein Haus. Selbst dort reichten die Räumlichkeiten bald nicht mehr, so dass ein Nebenhaus dazugekauft und umgebaut wurde. Anfang der 1890er Jahre zog Fritzsche nach Baltimore und half auch dort bei der Gründung eines eigenen Bildungsheims der Arbeiterbewegung. Ende der 1890er Jahre ließ er sich dann definitiv in Philadelphia nieder. Die deutschen Gewerkschaften setzten ihm eine kleine monatliche Rente von 20 Dollar aus, für die er die Bibliothek zu verwalten hatte.[67]

---

65 *Fritzsche an Bebel, 12.12.1901. IISG NL Bebel.*

66 *Stadtarchiv Potsdam, Pr. Br. Rep. 30 Berlin C Poliz. Präs. Tit, 9, Lit. F No. 346 Bl. 212 ff; Fritzsche an Motteler, 30.1., 4,.1883, IISG NL Motteler.*

67 *Fritzsche an Bebel, 12.12.1901. IISG, NL Bebel.*

## „Es drängt mich, meinen alten Kampfgenossen ein Lebenszeichen zu geben“

In Deutschland war der Politiker und Gewerkschafter Fritzsche in Vergessenheit geraten. Die Verbindung zur SPD war eingeschlafen. Nur den Arbeiterdichter Fritzsche kannte man in Deutschland noch. 1876 hatte Fritzsche unter dem Pseudonym „Dornbusch“ (dem Namen des zweiten Mannes seiner Mutter) einen Gedichtband veröffentlicht – die „Blut-Rosen“. Daraus wurden in der Folgezeit immer wieder Gedichte für die verschiedensten Anthologien entnommen. In den USA wurde sein Gedichtbändchen dann ein zweites Mal aufgelegt.[68]

Im Dezember 1901 wandte sich der 76.jährige Fritzsche noch einmal mit einem langen Brief an August Bebel: „Es drängt mich, meinen alten Kampfgenossen ein Lebenszeichen zu geben und zu versichern, dass es meinen Lebensabend erfüllt, zu sehen, wie Euer rastloses und unentwegtes Wirken das Ziel, das wir uns gesetzt, immer mehr als bald erreichbar erscheint. Wie gerne möchte ich trotz meiner nahezu 77 Jahre Schulter an Schulter noch mit Euch kämpfen (…) Meine Übersiedelung nach Amerika hat meine Tätigkeit für unsere Prinzipien nicht gehemmt. Hier ist ein großes, aber höchst schwieriges Feld für die Agitation für sozialistische Parteigenossen, und da ich dies bei meiner Rundreise durch Amerika erkannt, die ich im Auftrage der Partei mit Viereck gemacht, war meine Übersiedlung meiner agitatorischen Tätigkeit kein Hemmnis, sondern spornte mich an, grundlegend mitzuwirken. Wie ich es in Deutschland getan, versuchte ich es auch hier, durch Gründung von Gewerkschaften, dem Sozialismus den Boden zu ebnen, dieselben durch Belehrung zu Schulen und Werbebüros zu machen. Es gelang mir, eine Anzahl deutscher Arbeiter verschiedener Gewerke zu veranlassen, Gewerkschaften zu organisieren und in einem Gewerkschaftsverband zu vereinigen.“ Über sich selbst schrieb Fritzsche: „Abgesehen von meinem Augenlicht und etwas Gicht bin ich noch recht rüstig. Sehen kann ich nur durch ein großes Vergrößerungsglas mit dem rechten Auge, das Schreiben geht jedoch ohne bewaffnetes Auge, es liegt halt in der Hand.“[69]

Am 5.2.1905 starb Fritzsche in Baltimore. Franz Mehring schrieb in einem Nachruf auf Fritzsche in der „Neuen Zeit“ der wissenschaftlichen

---

*68 Friedrich Wilhelm Dornbusch (d.i. Fritzsche): Blut-Rosen. Sozialpolitische Gedichte. Zürich 1876; Friedrich Wilhelm Fritzsche: Blut-Rosen. Sozialpolitische Gedichte. Baltimore 1890.*

*69 Ebd. Eine Antwort Bebels ist nicht überliefert.*

Zeitschrift der deutschen Sozialdemokratie, für die gewerkschaftliche Organisation der deutschen Arbeiterbewegung sei Fritzsche „innerhalb der deutschen Sozialdemokratie der erste praktische Bahnbrecher gewesen (…) Fritzsches Verdienste sind in dieser Beziehung niemals genügend anerkannt worden, namentlich nicht, solange die Legende bestand (…) dass nämlich die Lassalleaner sich überhaupt gegen die Gründung von Gewerkschaften grundsätzlich ablehnend verhalten hätten. Der Lassalleanismus ist auch in dieser Beziehung besser gewesen, als der Ruf, den er allzu lange genossen hat; so nahe Lassalles Agitation die Unterschätzung der Gewerkschaften legte, so ist doch diese Gefahr von den Lassalleaner bald genug erkannt und vermieden worden; es ist sicherlich eine so bemerkenswerte wie erhebende Tatsache, dass ein Fehlschluss, den ein Mann von Lassalles genialer Begabung und kolossalem Wissen gemacht hatte, alsbald von einem Arbeiter berücksichtigt wurde, dessen geistiges Rüstzeug in einem halbjährigen Besuch der Armenschule erworben worden war.“[70]

70 *Mehring: Fritzsche.*

**Willy Buschak**

# Colosseum oder Pantheon?

## Die Geschichte Gründungsortes der SPD und der Gewerkschaft NGG in Leipzig

Das Haus, in dem die SPD 1863 gegründet wurde, stand an der Dresdner Str. Nr. 20 in Leipzig. Es war ein „Tanz- und Vergnügungsetablissement", das der Arbeiterbewegung über fast 100 Jahre als Versammlungslokal diente. Zur Dresdener Straße hin lag ein dreistöckiges Wohnhaus mit Gaststätte. Im großen Hof- und Gartengrundstück hinter dem Haus befand sich links das direkt an das Vorderhaus angebaute Saalgebäude, rechts eine Kegelbahn und im hinteren Teil als besondere Attraktion: ein Biergarten mit Palmen und Springbrunnen.

Der Leipziger Sozialdemokrat Richard Lipinski behauptete in der 1899 erschienen Ausgabe seines „Arbeiterführers für Leipzig", die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins habe gar nicht am 23.5.1863 in der Dresdner Straße 20 stattgefunden, sondern einen Tag zuvor im Restaurant Johannisthal, in der Leipziger Hospitalstraße. Am 23.5.1863 habe Lassalle in der Dresdener Straße lediglich eine öffentliche Rede gehalten. Der ausführliche Gründungsbericht in der Leipziger „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 27.5.1863 weiß es besser: „Die Versammlung zur Gründung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins fand hier am 23. Mai, nachmittags 4 – 8 Uhr, im geschmückten Saale des Colosseums statt."

Durch den Bericht in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wird auch geklärt, dass das Haus, in dem der ADAV gegründet wurde, „Colosseum" hieß. Versammlungsanzeigen in der Leipziger Presse belegen, dass der Name „Pantheon" erst ab 1869 gebraucht wurde. Ende der 1890er Jahre hieß das Haus für ein paar Jahre „Gewerbehaus", spätestens 1904 war wieder der Name „Pantheon" in Gebrauch, und dabei blieb es dann.

Das „Colosseum" bzw. „Pantheon" wäre der Erinnerungsort schlechthin für die demokratische und soziale Geschichte Deutschlands gewesen. Schließlich nahm von hier die Entwicklung der SPD und der Gewerkschaften ihren Anfang. Weihnachten 1865 wurde im „Colosseum" der Allgemeine

*Der Gründungsort „Colosseum" (HKS)*

Deutsche Zigarrenarbeiterverein gegründet, Vorläufer der ältesten deutschen Gewerkschaft, der Gewerkschaft Nahrung – Genuss - Gaststätten.

Im „Pantheon" sprachen fast alle Persönlichkeiten von Rang und Namen in der deutschen Arbeiterbewegung. 1870 lieferten sich hier der „Lassalleaner" Wilhelm Hasenclever und der „Eisenacher" August Bebel ein packendes Rededuell über Politik und Programm der beiden sozialdemokratischen Richtungen. Am 1.3.1891 sprach August Bebel im „Pantheon" über die Sozialpolitik, am 5.3.1893 Wilhelm Liebknecht über „Antisemitismus und Sozialdemokratie". Clara Zetkin sprach viermal im „Pantheon", u.a. 1893 über „Frauen und der Militarismus" und 1902 über „Berufsarbeit der Frau und Mutterschaft".

Mit dem Bau des Leipziger Volkshauses sank die Bedeutung des „Pantheons" als Versammlungsstätte. Während des Ersten Weltkrieges war das „Pantheon" Theater und Kino. Die Leipziger UT-Lichtspiele eröffneten hier am 16.8.1918 und fanden reißenden Zustrom – vor allem deswegen, weil das Kino durch die bulligen gusseisernen Öfen mollig warm war.

Die Kinoperiode war nur kurzfristig und in den 1920er Jahren begann der Niedergang des traditionsreichen Lokals.

Die neuen Eigentümer, eine Dresdner Familie, waren sich nicht im Klaren, was sie wollten und es fehlte ihnen das nötige Kapital. Saniert wurde nicht mehr. In den 1920er Jahren wurde das Haus noch gelegentlich als Versammlungsstätte genutzt, von Gewerkschaften, dem Mieterverband

oder der KPD. Die letzte Pächterin des „Pantheon“ leistete 1927 den Offenbarungseid. Nachbarn beklagten sich immer wieder bei der Baupolizei, es würden große Brocken Putz vom Saalbau in den Hof fallen, die tragenden Balken lägen bloß. Die Baupolizei drängte auf Reparaturen.

Nichts geschah, das Gebäude rottete vor sich hin und als schließlich Einsturzgefahr befand, stellten die Besitzer am 14.2.1933 den Antrag auf Abbruchgenehmigung, welchem stattgegeben wurde. Am 8.3.1933 begann der Abbruch. Eine Nachkontrolle durch die Baupolizei im Oktober 1933 ergab, dass vom Saalgebäude des „Pantheon“ nichts mehr übrig geblieben war. 1937 konnte die Zeltmission Berlin-Lichterfelde im Hof des „Pantheon“ ein größeres Missionszelt aufschlagen. Während des II. Weltkrieges wurden hier Lagerschuppen errichtet.

Zu DDR-Zeiten wurde verbreitet, das Saalgebäude sei 1933 „durch die Faschisten“ abgerissen worden. Aus den erhaltenen Bauakten ergibt sich nicht der geringste Hinweis auf eine nationalsozialistische Beeinflussung. Der Grund für den Abriss war einzig und allein die Baufälligkeit des Saalgebäudes, hervorgerufen durch jahrelange Vernachlässigung.

Das zur Dresdner Straße hin gelegene Vorderhaus des „Pantheon“ war vom Abriss des Saalgebäudes nicht betroffen. Der Schriftzug „Pantheon“ prangte weiterhin deutlich sichtbar an der Fassade des Vorderhauses, ob sich dort in den 1930er und 1940er Jahren immer noch eine Gaststätte befand, ist unklar, aber wenig wahrscheinlich. Spätestens 1938 hatte sich im Erdgeschoss die Obst- und Gemüsehandlung Andratschke etabliert – längs der Dresdner Straße gab es viele Wohngebäude, etliche Kneipen, aber nicht genügend Einkaufsmöglichkeiten.

Den Zweiten Weltkrieg und die zahlreichen Bombardements Leipzigs überstand das „Pantheon“ – freilich nicht unbeschadet. Das Dach hatte erheblich gelitten und die Fenster waren nicht mehr dicht. Immerhin diente das Haus nach 1945 der Kommissions-, Grosso- und Verlagsbuchhandlung H.G. Wallmann als Firmensitz. Auch Mieterinnen und Mieter wohnten noch im „Pantheon“, allerdings deutlich weniger als in den 1930er Jahren, eine Folge der schlechten baulichen und hygienischen Zustände. Trotz des akuten Wohnraummangels in Leipzig schleppte sich die Korrespondenz zwischen Eigentümer (der in der Zwischenzeit noch einmal gewechselt hatte), der Stadt Leipzig, der Deutschen Investitionsbank und einem Ingenieurbüro über die Instandsetzung des „Pantheon“ von 1952 bis 1957 hin. Dass man es nicht mit einem x-beliebigen Haus zu tun hatte, war offensichtlich

*Das „Pantheon" vor dem Abriss (StAL)*

keinem der Beteiligten bewusst. Erst als das Museum für Geschichte der Stadt Leipzig sich einschaltete und dafür sorgte, dass das „Pantheon" unter Denkmalschutz gestellt wurde, bekam das Haus wenigstens ein neues Dach. 1957 wurden dann Dielen und Balken erneuert. Weil Bauholz gerade knapp war, nahm man das Holz, das man kriegen konnte und verbaute selbst Bretter mit Rinde, so dass sich schon 5 Jahre später die Schädlinge im Gebälk tummelten. Die Leitungen waren Anfang der 1970er Jahre so marode, dass sich die Verlagsbuchhandlung Wallmann wiederholt beschwerte, weil Abwasser von der ersten Etage die Wände runterlief. Ein Sachverständiger attestierte starken Befall durch Bakterien und hohen Sanierungsbedarf: Dielen und tragende Balken müssten erneuert, der Innenputz bis zu einem halben Meter Bodenhöhe abgeschlagen und ebenfalls erneuert werden. Ein Konzept, das wohl vom Museum für Geschichte der Stadt Leipzig angeregt wurde und eine „Gedenkstätte Pantheon" sowie die Sanierung der Wohnungen im Haus vorsah, kam nicht zum Zuge. Es siegte der Kostendruck. Die Sanierung erschien als zu teuer.

Der letzte Akt in der Geschichte des „Pantheon" begann 1977. Auf dem Gelände zwischen Dresdener Straße und Gerichtsweg sollten Neubauten für Wohnungen errichtet und das „Pantheon" sowie seine beiden Nachbarhäuser abgerissen werden. Das Büro für Architektur- und kunstbezogene Denkmalpflege der Stadt Leipzig schlug noch vor, das „Pantheon" entweder als originale Rekonstruktion in die Neubauten einzubeziehen oder auf der gegenüberliegenden Straßenseite wieder aufzubauen. Die SED-Bezirksleitung Leipzig entschied sich am 31.5.1977 für den Abriss. Vor dem Abriss

wurde ein Fotograf damit beauftragt, die wichtigsten Bauteile des „Pantheons“ zu dokumentieren. Im Inneren des Gebäudes wurden einzelne Teile abgebaut mit dem Versprechen, sie später in einem Traditionskabinett zu zeigen, darunter die Tür, die von der Gastwirtschaft ins Saalgebäude führte. Das Traditionskabinett wurde nie eingerichtet, ob die vor dem Abriss geretteten Teile des „Pantheon“ noch irgendwo existieren, ist unklar.

Ebenso wechselhaft wie die Geschichte des „Pantheons“ ist die Geschichte seiner Denkmäler. Eine erste Gedenktafel am „Pantheon“ wurde nach kurzer Zeit wieder entfernt, weil dort fälschlicherweise stand, das Saalgebäude sei 1943 zerstört worden. Stattdessen kam ein massiver Obelisk mit der auch nicht zutreffenden Behauptung, das Saalgebäude sei 1933 von den Faschisten abgerissen worden. Der Obelisk verschwand nach der Wende. 1993, zum 140. Geburtstag hatte die SPD bei dem Künstler Stefan Thomas Wagner ein neues Denkmal in Auftrag gegeben, 2,50 m groß, begehbar, den sogenannten „Pantheon-Stein“. Der Beirat Kunst im öffentlichen Raum der Stadt Leipzig sprach sich aber gegen seine Aufstellung aus. Zur Geschichte des „Pantheon“ gehören selbstverständlich auch die Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses. An die 15 Parteien, alles Arbeiter, wohnten dort Ende des 19.Jh – aber die Forschung dazu steckt noch zu sehr in den Anfängen.

Um den Artikel nicht zu sehr aufzublähen, habe ich auf Einzelnachweise verzichtet. Meine Quellen sind vor allem die Bauakten im Stadtarchiv Leipzig.

# „…es ist jetzt aber auch nicht ein Pfennig außenstehend."

## Rede zur Cigarrenarbeiter-Compagnie im Reichstag am 11. März 1878

**Abgeordneter Fritzsche**: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter hat wieder einmal versucht, die Gelegenheit vom Zaune abzubrechen und uns einen Seitenhieb zu versetzen; es scheint mir aber, dass er heute ebenso wenig Glück damit hat als neulich, wo er behauptete, dass wir Sozialdemokraten verlangten, dass vom Staat der Konsum und die Produktion geregelt werde, und wo er einen der wichtigsten Faktoren, die Distribution, vergessen hatte, den wir in Vorschlag bringen. Ähnlich geht es ihm auch heute wieder uns gegenüber, er sagte, wir wollten nur Rechte, aber keine Pflichten. Den Vorwurf kann ich dem geehrten Herrn Redner zurückgeben, in umgekehrtem Maß aber, Seine politischen Freunde und er legen viel höhere Pflichten auf, als sie Rechte gewähren. Die Genossenschafter ziehen nur von ihrem Kapitalanteil einen Gewinn, den sie positiv in das Genossenschaftsvermögen eingezahlt haben, müssen aber mit ihrem ganzen Vermögen, für das sie keinen Gewinn aus der Genossenschaft ziehen, haftbar sein. Das ist ein gewaltiger Unterschied; es ist nicht das Recht genau abgewogen gegen die Pflicht, sondern die Pflicht bedeutend größer bemessen als das Recht, das man gewährt hat. Jetzt wird Herr Richter wohl einsehen, dass wir Rechte und Pflichten gegen einander abmessen wollen, was seine Partei nicht getan hat.

Meine Herren, dass der Herr Abgeordnete Richter persönlich geworden ist, wundert mich von dem Herrn überhaupt nicht, denn er scheint seine Force gerade darin zu besitzen, einzelne Mitglieder persönlich anzugreifen. Wenn er angedeutet hat, dass keine Rechnung abgelegt worden sei über das Geld, welches seine Zuträger meinen, so sage ich, dass er, wenn auch nicht wissentlich, so doch unwissentlich die Unwahrheit gesagt hat. Es ist bisher nicht Brauch in diesem Hause gewesen, das, was nach Hörensagen von Mund zu Mund geht, dazu zu benutzen, einzelne Parteien zu verdächtigen; die Ehre,

diesen Brauch in dieses Haus eingeführt zu haben, gebührt unstreitig dem Herrn Abgeordneten Richter.
Meine Herren, wenn ich hier nun Mitteilung über die von Herrn Abgeordneten Richter beregte Angelegenheit machen soll, wie ich es jetzt auch für meine Pflicht halte, so sollen Sie genau erfahren, wie es um die fraglichen Gelder steht.
Wir Zigarrenarbeiter hatten infolge eines Streiks, der im Jahr 1868 in Berlin stattfand, um die Arbeiter nicht müßig umherlaufen zu lassen, während des Streiks Gelder aufgebracht, um sie während der Dauer des Streiks mit Arbeit zu unterstützen. Als der Streik zu Ende war, hatten wir einen großen Vorrat von Tabak und auch Zigarren, die nicht sofort abgesetzt werden konnten. Wir waren nun tatsächlich durch diesen Umstand und auch dadurch, dass einzelne Fabrikanten, welche die ihnen während des Streiks missliebig gewordenen Arbeiter durchaus nicht wieder in Arbeit nehmen wollten, gezwungen, zu dem Mittel unsere Zuflucht zu nehmen, weiter zu produzieren, und wir haben die Gelder dazu unter uns Mitglieder des Tabakarbeitervereins aufgebracht. Es entstand aber im Lauf der Zeit eine große Arbeitseinstellung in Leipzig, provoziert durch einen Teil der Arbeitgeber, und da war es notwendig den hungernden Familien Subsistenzmittel zu verschaffen. Ich konnte zu jener Zeit nicht anders als, nachdem ich Rücksprache genommen hatte mit sämtlichen Verwaltungsmitgliedern, gegen Wechsel auf unser Geschäft Geld aufzunehmen und die Unterstützung der Leipziger Streikenden zu ermöglichen. Während dieses Strikes entstand eine politische Krise innerhalb des Arbeiterstandes und unserer Partei, und es fielen darum tausende von Zigarrenarbeitern, die Mitglieder des Tabakarbeitervereins waren von dem Verein ab. Der gesamte Verein hatte die Garantie übernommen, dass die Gelder, welche auf Rechnung der Fabrik nach Leipzig geliehen waren, auch wieder zurückgezahlt werden sollten. Die Herren traten aber, wie schon erwähnt, aus dem Verein, und nun war es dem Verein nicht möglich, die Gelder...
(Aha! und Lachen)
- bitte, meine Herren, darüber gibt es nichts zu lachen, Sie werden hören, wie die Sache liegt – die Gelder, für die er Garantie übernommen, sofort zu zahlen, und wir waren genötigt, unser Fabrikgeschäft aufzugeben und zu liquidieren. Meine Herren, es ist jetzt aber auch nicht ein Pfennig außenstehend bei den Leuten, die ihren Verbindlichkeiten nachgekommen. Wir haben innerhalb des Vereins über 1.600 Thaler Schulden bezahlt und

haben über 3.000 Thaler solcher Schuldscheine á 1 Thaler eingelöst, die wir zu jener Zeit ausgegeben haben. Ich bin der festen Überzeugung, es können höchstens noch 400 bis 500 Thaler solcher Schuldscheine ausstehen, und wir haben bereits 40.000 Mark in unserer Kasse liegen, prompt werden auch diese jedenfalls bezahlt werden, sobald sie präsentiert werden. Aber, meine Herren, die Gegner suchten daraus Kapital zu schlagen, um die Arbeiterbewegung zugrunde zu richten in Berlin, und gerade die Herren, die jener Seite des Hauses (links) sehr nahe stehen, hätten nun das Geld, das bei Gelegenheit des Streiks von unserm Verein eingezahlt war zur Unterstützung der Fabrik, gern ziehen mögen. Ich konstatiere auch hiermit, dass eine öffentliche Abrechnung über diese Gelder abgelegt worden ist, und ich werde in nächster Zeit auf den Tisch des Hauses ein Zeitungsblatt aus jener Zeit niederlegen, worin die Mitteilung davon steht, in welcher öffentlich Rechnung abgelegt ist, und in dieser Zeitung selbst ist die Abrechnung gedruckt in die Welt hinaus gegangen in so und so viel tausend Exemplaren. Und nun mögen die Herren die Stirn haben und mir nochmals vorwerfen, dass ich nicht Rechnung gelegt hätte!
Außerdem muss ich bemerken, meine Herren, dass ich mit Geldverhältnissen nichts zu tun gehabt habe. Solange ich in der Arbeiterbewegung stehe, und das ist seit meinem 20. Jahr, solange kann man mir nicht nachsagen, dass auch nur ein Titelchen von mir veruntreut worden ist. Die Art und Weise, wie der Herr es vorgebracht hat, lässt aber das Haus vermuten, dass etwas derartiges von mir geschehen sei.

Aus: Deutscher Reichstag. – 18. Sitzung am 11. März 1878, Protokoll Seite 445 f.

# „…zum Schutz der Arbeiter gegen maßlose Ausbeutung“

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, Reichstag am 7. Mai 1878.**

**Präsident**: Die zweite Beratung war gestern gekommen bis zum § 11a, den die Herren Abgeordneten Fritzsche und Genossen beantragt haben.
Der Herr Abgeordnete Fritzsche hat das Wort.
**Abgeordneter Fritzsche**: Meine Herren, es ist mir von einzelnen Seiten dieses Hauses die Frage entgegengehalten worden, ob es sich denn als notwendig erweise, die zu erlassenden Fabrikordnungen einer Behörde zur Genehmigung zu unterbreiten. Man ist der Meinung gewesen, dass es im Interesse der persönlichen Freiheit nicht dienlich sei, der Polizei immer mehr Eingriffe in das Fabrik- und Industriewesen zu gestatten. Man war ferner der Meinung, dass sich diese Fabrikordnungen ganz von selbst mit der Zeit werden den Anforderungen der Humanität anpassen müssen. Die Erfahrungen aber, die wir gemacht haben, beweisen uns, dass das nicht der Fall ist. Um Ihnen die Notwendigkeit klarzulegen, dass diese Fabrikordnungen irgend einer Behörde zur Genehmigung unterbreitet werden müssen, werde ich mir erlauben, Ihnen zunächst eine kleine Ährenlese aus bestehenden Fabrikordnungen mitzuteilen, aus denen Sie wohl erkennen werden, dass wirklich ein Bedürfnis der Art, wie es in unserem Antrag vorgesehen ist, vorliegt. Hören Sie; in der Fabrikordnung einer Chemnitzer Aktienspinnerei heißt es z.B.:
*Die regelmäßige Arbeitszeit ist 76 Stunden wöchentlich.*
Es ist hierbei nicht gesagt, dass in diesen 76 Stunden auch die Mittagspausen einbegriffen seien; wohl aber heißt es in demselben Paragraphen:
*Eine Unterbrechung der Arbeit während des Frühstücks- und Vesperzeit findet nicht statt.*
Dann heißt es in demselben Paragraphen weiter:
*Einer zeitweiligen, durch Zeitverhältnisse oder sonstige Ursachen gebotenen Vermehrung oder Verminderung der Arbeitszeit hat das Personal sich zu fügen.*

76 Stunden Arbeitszeit, weder Vesperzeit noch Frühstückszeit, nicht gesagt, dass innerhalb dieser 76 Stunden die Mittagspausen mit liegen, - meine Herren, ich meine denn doch, dass, wenn man solche Verhältnisse vor Augen gehalten bekommt, man sich auch sagen müsse, ob es denn nicht endlich Zeit sei, einmal einen Menschenschutzverein zugründen, da man doch schon Vereine zum Schutz der Tiere hat. Sie werden aber weiter aus diesen Fabrikordnungen hören, in welcher Art und Weise man mit den Menschen, die leider nur Arbeiter sind, umzugehen pflegt. Es heißt da:
Zu spät kommenden wird eine Stunde am Lohn abgezogen.
Gleichviel, ob die Leute nur zwei, drei, vier oder fünf Minuten zu spät kommen, das geringste Zuspätkommen wird mit einer ganzen Stunde Wochenlohn bestraft. Man hat, damit ein Zuspätkommen überhaupt nicht stattfinde dadurch vorgebeugt, dass man angeordnet hat, die *„Arbeiter müssen sich vor Beginn der Arbeitszeit in einem Raum ansammeln und dürfen nur auf ein gegebenes Zeichen an ihre Arbeit gehen.“*
Wenn man sich nun vorstellt, dass sich unter diesen Arbeitern Mädchen von 14 bis 16 Jahren befinden, die noch in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung begriffen sind, und nun bedenkt, dass diese Personen täglich 13 bis 14 Stunden lang beschäftigt werden, dass sie keine Frühstücks- und Vesperzeit haben, ja dass sie möglicherweise eine halbe oder dreiviertel Stunde, vielleicht gar eine ganze Stunde weit nach der Fabrik und aus der Fabrik wieder nach Hause zu gehen haben, so kommen zirka 16 Stunden zusammen, welche diese armen Geschöpfe des Tages der Arbeit widmen müssen. Welche Zeit bleibt da eigentlich für die Erholung übrig? frage ich Sie.
Es ist zwar nicht gesagt, dass die Leute auch sonntags arbeiten müssen; aber da sie sich der Anordnung des Aufsichtspersonals wegen Verlängerung der Arbeitszeit nicht widersetzen dürfen, so kommt es häufig vor, dass sie trotzdem sonntags arbeiten müssen. Jetzt werden Sie wohl begreifen, meine Herren, weshalb wir Schutz gerade zumeist für die Frauen und Kinder haben wollen und auch die männlichen Arbeiter wenigstens einigermaßen durch das Gesetz geschützt wissen wollen.
In einem anderen Paragraphen dieser Fabrikordnung heißt es:
*Die Meister und Meistergehilfen haben die Verpflichtung, die Arbeiter zur sorgfältigen Verrichtung ihrer Arbeit und gehörigen Instandhaltung der Maschinen anzuhalten und etwa zu verhängende Ordnungsstrafen, Ersatzleistungen oder Entlassungen nach Vorschrift des technischen Dirigenten der Fabrik anzuordnen.*

Meine Herren, dagegen würde nicht viel einzuwenden sein; um die Ordnung in einer großen Fabrik aufrecht zu erhalten, geben wir selbst zu, dass irgendwelche Machtvollkommnis in die Hände des Aufsichtspersonals gelegt sein muss.
Es heißt aber weiter in diesem Paragraphen:
*Es finden am Lohn zu kürzende Ordnungsstrafen im Betrag von 5 Pfennig bis zu 10 Neugroschen beziehungsweise sofortige Entlassung oder Kündigung statt:*
1. bei unehrerbietigem Betragen gegen die Vorgesetzten.
Was alles als *„unehrerbietiges Betragen gegen die Vorgesetzten"* bezeichnet werden kann, davon macht man sich kaum einen Begriff, wenn man es nicht selbst erlebt hat.
Dann heißt es weiter in Alinea 3:
*Bei mangelhafter Arbeit und Materialverwüstung;*
Das sieht nun allerdings gar nicht so schlimm aus; wenn man aber auch hier sich vergegenwärtigt, dass mitunter bei einem missliebigen Arbeiter auch der geringste Fehler schon als *„mangelhafte Arbeit"* betrachtet wird, der bei einem anderen besser angeschriebenen Arbeiter zehnmal durchläuft, so wird man finden, dass diese Bestimmung so recht geeignet ist, gerade die Arbeiter aus der Arbeit zu entlassen, welche man entgegen der Gewerbeordnung mir und dir nichts aus der Arbeit auf das Straßenpflaster setzen möchte, so wird man auch hieran wiederum erkennen, dass es wohl notwendig ist, derartige Fabrikordnungen einer Revision durch eine bestimmte Behörde zu unterziehen.
In Alinea 4 heißt es:
*Bei Störung anderer Arbeiter –*
- meine Herrn, *Störung anderer Arbeiter* ist ein Begriff, der gar nicht näher definierbar ist, denn was kann nicht alles als „*Störung anderer Arbeiter*" bezeichnet werden?
*Bei Verspätung und Versäumnissen –*
Sie hören, dass also die Arbeiter nicht nur Strafe zahlen sollen, wenn sie zu spät kommen, sondern sie können auch nach diesem Paragraphen schon bei einmaligem Zuspätkommen *„ohne jede Kündigung sofort entlassen"* werden.
Meine Herren, dann heißt es:
*Die eingehenden Ordnungsstrafen werden zum Besten der Arbeiter, und zwar „nach Anordnung des Direktoriums" zu Unterstützungen wie zur Beihilfe der Krankenkasse verwendet.*
Also nach Anordnung des Direktoriums – die Arbeiter, welche die Strafen haben zahlen müssen, haben kein Wort mit darein zureden, was aus den

Geldern werden soll, ja man wird in den meisten Fällen die Unterstützungen gerade denen zu Teil werden lassen, die es vielleicht in moralischer Beziehung am wenigsten verdienen, bloß weil sie sich recht unterwürfig zeigen.
Meine Herren, das war eine Ährenlese aus nur einer solchen Fabrikordnung; ich will Ihnen nun auch noch eine zweite ebenfalls vorführen, aus der Sie noch ganz andere Dinge hören werden. Es heißt da:
*Die Arbeiter sind gebunden, wenn unaufschiebbare Arbeiten vorliegen, auf Verlangen des Vorgesetzten auch außer der im § 7 festgesetzten Arbeitszeit zu arbeiten; volle Überstunden werden vergütet nach den den betreffenden Arbeitern verwilligten ordentlichen Lohnsätzen.*
Also nur volle Arbeitsstunden! Wenn es dem Werkmeister oder Arbeitgeber einfällt, die Arbeiter täglich auch noch ¾ Stunden vor Beginn und ¾ Stunden nach Beendigung der regelmäßigen Arbeitszeit, also 1 ½ Stunden täglich länger arbeiten zu lassen, so haben sie dennoch keinerlei Anspruch auf Vergütung für diese Arbeit, wohl aber steht der Fabrikordnung zufolge dem Prinzipal das Recht zu, dass, wenn sie auch nur ein paar Minuten zu spät kommen, ihnen eine ganze Stunde Wochenlohn abzuziehen, und dass sie noch extra dafür in Strafe genommen werden können. Dann heißt es im § 11:
*Der nächste Vorgesetzte des Arbeiters ist der Werkmeister der betreffenden Branche oder dessen Vertreter in Behinderungsfällen; der Arbeiter hat deshalb zunächst den Anordnungen des Werkmeisters in allen Fällen unweigerlich Gehorsam zu leisten.*
Ja, meine Herren, fällt Ihnen da nicht unser Militärstrafgesetzbuch ein: in allen Fällen hat er den Vorgesetzten unweigerlich Gehorsam zu leisten! Der Werkmeister kann eben befehlen, was er will, der Arbeiter muss gehorchen, oder aber er liegt im Augenblick draußen auf der Straße und weiß nicht, wo er für den anderen Tag für sich und die Seinen Brod hernehmen soll.
Ferner heißt es hier:
*Unterlässt ein Arbeiter eine Anzeige zu machen, dass etwas fehlt, so wird er mit 1 Thaler bestraft.*
Dann heißt es aber weiter:
*Ist der fehlende Gegenstand erwiesenermaßen während der Zeit, dass Arbeiter sich in den Fabriklokalitäten überhaupt aufgehalten haben, entwendet worden, und kann der Dieb nicht ermittelt werden, so haften sämtliche Arbeiter des betreffenden Fabriksaales für den Ersatz.*
Meine Herren, wiederum möchte ich fragen, ob Sie sich da nicht an den Kriegszustand erinnern, wo, wenn in einem Dorfe vielleicht jemand auf

durchziehende Truppen geschossen hat, der zehnte Mann der Einwohner füsiliert wird; hier ist es aber noch schlimmer, denn hiernach werden alle zusammen in Strafen genommen, gleichviel, ob der einzelne den Dieb gekannt oder nicht, oder ob er den Diebstahl verhindern konnte oder nicht. Nun, solches summarische Verfahren wird nicht allein angewendet, wenn es sich um entwendete Gegenstände handelt, sondern auch, wenn unglücklicherweise etwas verbrochen wurde, oder sonst wie ein Fehler vorgekommen ist. Denn es heißt wiederum, dass

*Sämtliche Arbeiter haftbar für den Schaden sind, der in einem bestimmten Saale vorgekommen ist.*

Ja, jeder Nachteil oder Schaden, welcher der Fabrik durch Fahrlässigkeit, oder Bosheit eines Arbeiters oder Werkführers zugefügt wird, ist von den Arbeitern aus eigenen Mitteln zu ersetzen, und zieht unbeschadet der gesetzlichen Folgen eine Strafe von fünfzehn Neugroschen bis zu einem Thaler nach sich. Der bezügliche Passus des betreffenden Paragraphen lautet:

*Ist der Schaden während der Zeit, dass die Arbeiter sich in den Fabriklokalitäten überhaupt aufgehalten haben, zugefügt worden, und es kann der Täter nicht ermittelt werden, so sind sämtliche Arbeiter des Saales, in welchem der Schaden bemerkt worden ist, zum Ersatz verpflichtet.*

Ja, meine Herren, ich glaube, je mehr ich in diesem famosen Büchelchen blättere und Ihnen daraus bekannt gebe, umso mehr werden Sie zu der Überzeugung kommen, dass wohl die Fabrikordnungen irgend einer Behörde zur Genehmigung unterbreitet werden müssen. § 34 der gegenwärtigen lautet zum Beispiel:

*Kein Arbeiter darf den ihm angewiesenen Platz, wo er arbeitet, verlassen, oder andere Lokale durchgehen, oder mit anderen sprechen.*

Ja, meine Herren, wenn solch eine – Ordnung – in einem Zuchthause eingeführt ist, so lässt sich das erklärlich finden, wenn man aber trotzdem im Zuchthause selbst nicht einmal immer so streng sein kann, den Sträflingen das Sprechen mit anderen vollständig zu verbieten, bei den sogenannten freien Arbeitern jedoch eine solche Zuchthausstrafmaßregel eingeführt hat, und die Leute damit bedroht, dass jeder schon entlassen werden könne, wenn er nur einmal mit einem anderen ein Wort spricht, das dem Werkmeister nicht angenehm ist, so frage ich Sie: sind das Zustände, von denen wir wünschen können, dass dieselben auf ewig bei uns konserviert werden? Ganz bestimmt nicht. Wir müssen vielmehr Maßregeln treffen, dass solche Bestimmungen in Zukunft nicht mehr in die sogenannten Fabrikord-

nungen aufgenommen werden können. – Es ist eine ganz renommierte Fabrik in Chemnitz, von Konstantin Pfaff, welche diese – Ordnung – erlassen hat, und Sie dürfen nicht denken, dass diese Fabrik in dieser Beziehung allein stehe. In der Fabrik von Richard Hartmann in Chemnitz ist ganz dasselbe Musterordnungsstatut eingeführt. Die großartigsten Etablissements also haben derartige drakonische Bestimmungen in ihren Fabrikordnungen aufgenommen, ja es sind sogar mehr als drakonische Bestimmungen, weil sie die Arbeiter zu entwürdigen im Stande sind. Nach alledem, was ich Ihnen hier vorgeführt habe, und was ich ins Unendliche vermehren könnte aus anderen Fabrikordnungen, nicht bloß Aktiengesellschaften, sondern auch aus den Statuten solcher Fabriken, wo einzelne Unternehmer Geschäftsinhaber sind, könnte ich Ihnen auch nachweisen, dass ein großer Teil der in den Fabriken geltenden Fabrikordnungen nicht nur dazu da ist, die Ordnung in der Fabrik aufrecht zu erhalten, sondern dass ein großer Teil derselben auch gleichsam den Arbeitsvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeiter darstellt. In solchen Fabrikordnungen kommen auch merkwürdige Sachen vor. Da heißt es z.B. in einer Fabrikordnung:

*Der Arbeiter kann jederzeit entlassen werden; wenn aber der Arbeiter aus der Arbeit treten will, muss er vier Wochen vorher kündigen.*

Ferner:

*Der Arbeiter, wenn er die Fabrik verlässt, darf ein Jahr lang im Umkreise von 20 Stunden nicht in Arbeit treten.*

Viele derartige Bestimmungen kommen noch vor, welche im Stande sind, einen Arbeiter vollständig zu ruinieren, eine Familie an den Rand des Verderbens zu treiben. Sollte man da nicht einsehen, dass Vorsichtsmaßregeln getroffen werden müssen, damit solche Dinge in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Meine Herren, ich erkenne allerdings an, dass es nicht immer gut ist, wenn man der Polizei das Recht gibt, sich überall hineinzumengen. Der Gemeindebehörde würde ich darum erst in zweiter Linie anvertrauen mögen, sich in dieser Weise in Fabrikeinrichtungen hineinzumischen. Wir hatten erst die Absicht, Ihnen vorzuschlagen, da, wo Gewerbegerichte existieren, es diesen zu übertragen, die Fabrikordnung zu genehmigen. In solchen Körperschaften sitzen Arbeiter und Arbeitsgeber, die zusammen wohl ein richtiges Urteil darüber sprechen können, ob die ihnen unterbreitete Fabrikordnung gerecht ist oder nicht. Man hat mir aber in der Kommission auf einen diesbezüglichen Antrag geantwortet. Die Gewerbegerichte seien nur da, um

Recht in Streitigkeiten zu sprechen, nicht aber, um Urkunden zu beglaubigen. So viel ich jedoch weiß, hat das Stadtgericht zu Berlin aber auch das Recht, Urkunden zu beglaubigen; es würde also das gar keine Kompetenzüberschreitung sein, wenigstens nach meiner unmaßgeblichen Meinung – ich bin ja nicht Jurist – meine Herren, wenn man den Gewerbegerichten es in die Hand gäbe, Fabrikordnungen zu genehmigen oder nicht; etwas muss nach meiner Ansicht in dieser Beziehung geschehen. Wir wollen den Arbeitern, zumal den Arbeiterinnen, die nicht vermögen, ihr eigenes Wohl und Wehe so genau zu erwägen, Schutz bieten, Schutz bieten durch ein Gesetz vor übermäßiger Ausbeutung. Und nichts anderes ist es, als das, was wir von Ihnen fordern, wünschen, was wir Sie bitten, in das Gesetz aufzunehmen. Wir wollen ja nicht die Fabrikordnungen obligatorisch eingeführt wissen, wir wollen nur, dass, wo das Bedürfnis nach solchen sich herausstellt, wo der Arbeitgeber eine Fabrikordnung erlassen will, diese der Behörde zur Genehmigung unterbreitet werden soll, damit nicht solche haarsträubenden Dinge in die Fabrikordnung hineinkommen. Die Form, in der wir den Antrag gestellt haben, kann ja mangelhaft sein, ich habe schon bemerkt, dass ich nicht Jurist bin und als Laie ist man nicht im Stande, Gesetzesanträge so genau zu formulieren, wie sie gefasst werden müssen. Wir waren auch der Meinung, es seien Rechtsverständige genug im Hause, die, wenn die Form der Anträge eine mangelhafte wäre, ihnen die rechte Form geben könnten. Wir haben in unserm Antrag auch einige Normativbestimmungen aufgeführt, die im Gesetz enthalten sein sollten. Wir meinen nämlich, dass es gut sei, wenn in den Fabrikordnungen zu gleicher Zeit diejenigen Bestimmungen der Gewerbeordnung aufgeführt seien, welche zum Schutz der Arbeit in der Gewerbeordnung vorgesehen sind. Wir meinen ferner, dass Anfang und Ende der Arbeitszeit angegeben werden müssen, so auch die nötigen Pausen. Wir meinen ferner, dass die Zeit und Art der Lohnzahlung angegeben sein müsse, denn, meine Herren, es kommt häufiger der Fall vor, als Sie denken, dass der Herr Arbeitgeber am Sonnabend sagt: *„heute beliebt es mir nicht, den Lohn auszuzahlen“*, oder er lässt sich überhaupt in der Fabrik am Lohntage gar nicht sehen, und es bekommen die Arbeiter erst am Montag oder Dienstag oder vielleicht gar erst nach 14 Tagen ihren fälligen verdienten Lohn ausbezahlt, und die Arbeiter haben nicht einmal Anspruch darauf, wie ich auch hier durch Fabrikordnungen nachweisen kann, dass die Zeit der Lohnzahlung eingehalten werde, weil sie nach dem Statut kein derartiges Recht haben. Wir wollten ferner, dass die Dauer der gegensei-

tigen Kündigungsfrist und die Art der Kündigung in die Fabrikordnung aufgenommen werden müsse.
Der nächste Punkt, welcher davon handelt, dass *körperliche und Freiheitsstrafen, Geldbußen, sowie alle das Ehrgefühl oder die guten Sitten verletzenden Ahndungen in die Fabrik-, Werkstatt-, beziehungsweise Werkplatzordnungen aufzunehmen* verboten sein solle, liegt uns nicht so nahe, als uns das andere liegt. Wir geben gern zu, dass es überflüssig ist, hier zu sagen, dass körperliche und Freiheitsstrafen in den Fabrikordnungen nicht angedroht werden dürfen, weil sie ja durch das Strafgesetzbuch schon verboten sind. Das kann also wegbleiben. Ich weiß auch, dass die große Mehrheit des Hauses, ja wohl alle, außer uns Sozialdemokraten, der Meinung sind, dass es ohne Geldbußen nicht abgehen könne. Wenn Ihnen also in dieser Beziehung unser Antrag nicht behagt, so können Sie ja denselben durch einen Unterantrag abändern. Das ist Ihre Sache. Wir aber meinen, dass, wenn der Arbeitgeber im Stande ist, überhaupt in seiner Fabrik zu regieren, wenn er die gehörige Autorität sich zu verschaffen weiß und wenn er mit richtigem Blick es versteht, die rechten Männer herauszufinden, die Arbeit an seiner Stelle zu leiten, Geldbußen nicht notwendig sind. In Fabriken solcher Arbeitgeber werden die Arbeiter ihre Pflicht erfüllen und zwar mit Freuden und sich nicht erst durch Bußen zwingen lassen, ihre Pflicht treu zu erfüllen in den Fabriken.
Meine Herren, das sind die Gründe, welche uns dazu bewogen haben, diesen Antrag zu stellen, und ich gebe mich der freudigen Hoffnung hin, dass, wenn er auch nicht in der Form, wie wir ihn eingebracht haben, durchgeht, dass doch aus der Initiative des Hauses eine Bestimmung in die Gewerbeordnungsnovelle aufgenommen wird, die unseren Wünschen entspricht, die zum Schutz der Arbeiter gegen maßlose Ausbeutung sein wird.

Aus: Deutscher Reichstag. 42. Sitzung am 7. Mai 1878. Protokoll Seite 1099

# „…dann ist es wirklich schlimm um das Recht in Deutschland bestellt."

## Rede zum Sozialistengesetz im Reichstag am 17. April 1880

**Abgeordneter Fritzsche**: Meine Herren, Sie werden sich ganz bestimmt noch eines Ausspruchs des Herrn Ministers Grafen Eulenburg erinnern, den er in einer der Debatten getan, als das uns heute beschäftigende Sozialistengesetz zum ersten Mal zur Beratung vorlag. Er gab damals, provoziert durch mich, das Versprechen, wenn auch nicht in milder, so doch in höchst loyaler Weise dieses Gesetz zur Ausführung bringen zu wollen. Die Erfahrungen, die ich seit der Zeit, dass das Sozialistengesetz in Wirksamkeit getreten ist, gemacht habe, haben in mir den Zweifel erregt, ob ich auch wirklich weiß, was Loyalität ist. Meine Herren, ich gebe zu, dass die Ausführung des Gesetzes nach dem Buchstaben gleichwie der blinde Gehorsam gegen ein Gesetz nicht eigentlich den Begriff der Loyalität decken, aber, es muss doch wenigstens der rechtliche Gesichtspunkt, der in den Gesetzen vorhanden ist, sowie die Absicht, welche die Gesetzgeber bei Fassung derselben geleitet, gewahrt werden, wenn man Anspruch darauf machen will, loyal in Bezug auf diese Gesetze gehandelt zu haben. Ob das nun aber bei der Anwendung des in fragestehenden Gesetzes überall der Fall gewesen ist, das hier zu erörtern, habe ich mir vorgenommen.

Sie wissen, dass ich bei Gelegenheit der eingangs erwähnten Debatte hauptsächlich zu Ihnen gesprochen habe, um zu verhindern, dass eine große Anzahl humanitärer Institutionen, die wir geschaffen hatten, der Strenge des Gesetzes verfalle, wie es in der Vorlage geplant war. Sie hatten damals sogar auf meinen Wunsch hin die Freundlichkeit, das Gesetz derart abzuändern, dass die eingeschriebenen Hilfskassen nicht so behandelt werden können, als wie die freien Vereinigungen der Arbeiter zu anderen Kassenzwecken. Nun ist es notwendig, um Ihnen zu zeigen, wie man dennoch entgegen dem Geiste des Gesetzes gegen diese eingeschriebenen Hilfskassen verfahren, Ihnen auch die Entstehung dieser Vereine, ihrer Hilfskassen und deren historische Entwicklung hier einmal vorzuführen.

Meine Herren, ein großer Teil unter Ihnen wird zugeben, dass die neu geschaffene deutsche Gewerbeordnung destruktive Tendenzen enthält, und dass faktisch eine große Anzahl von den Gewerbetreibenden und Arbeitern nützlichen Institutionen, die früher im Erwerbsleben vorhanden waren, zerstört worden sind durch diese „Gewerbeordnung". Ebenso sind auch durch das Gesetz, welches den Unterstützungswohnsitz geschaffen hat, eine Menge früherer auf das Heimatsrecht basierter Institutionen zerstört worden. Es entstand nach Erlass dieser liberalen Gesetze eine viel größere Flüssigkeit der Arbeiterbevölkerung und eine nicht minder große Anzahl korporativer Einrichtungen, welche in früher Zeit den Arbeitern mannigfachen Schutz gewährten, wurden durch die Einführung der Gewerbeordnung vollständig illusorisch. Wir sagten uns schon vor dieser Zeit, dass die Zustände in der Form, wie sie früher bestanden hatten, nicht fortbestehen konnten. Das Kapital hatte eine so große Übermacht über die Erwerbstätigkeit und über die Arbeit überhaupt gewonnen, dass diese Institutionen auf die Dauer unmöglich aufrecht zu erhalten waren, und wir waren nun von vornherein bestrebt, diesen zerstörenden Tendenzen der Gewerbeordnung und all der neueren durch die Kapitalherrschaft herbeigeführten Gesetze dadurch einen Damm entgegenzusetzen, dass wir versuchten, die Arbeiter zu einigen zu dem Zwecke, sich nun selber zu schützen gegen das, was die unausbleibliche Folge dieser Gesetzgebung sein musste und was von seiten der Arbeitgeber versucht werden würde. Ja, meine Herren, die Freizügigkeit, die Aufhebung des Heimatsrechts, die Konzentration der Industrie usw. machten es notwendig, dass die bestehenden Hilfskassen der Arbeiter in andere Formen übergeleitet wurden. Es war nicht mehr möglich, dass die Arbeiter bei solchen Hilfskassen, die nur örtlich eingerichtet waren, auf die Dauer und allerorts Schutz und Hülfe finden konnten, es war notwendig, diese Kassen zu zentralisieren, über ganz Deutschland einheitlich zu verbreiten, damit mit der Freizügigkeit der Person zugleich die Freizügigkeit der Hilfe herbeigeführt würde. Durch Auflösung der Innungen, der Zünfte, waren die Reiseunterstützungen, die früher von den Arbeitgebern und einzelnen Gesellenverbänden an reisende Handwerksburschen gegeben wurden, beseitigt worden. Die Arbeiter waren also dem Bettel verfallen, weil sie auf Unterstützung nicht mehr rechnen konnten. Alle diese Umstände veranlassten uns nun, zunächst der Unterstützung wegen solche Gewerkvereine zu gründen. Beiläufig will ich bemerken, dass dies schon im Jahre 1865, also jahrelang vor Einführung der Gewerbeordnung von den Buchdruckern und Tabaksarbeitern geschehen

ist. Wir sahen jedoch ein, dass nicht allein zu solchem Zwecke Vereinigungen gegründet werden müssten, sondern dass man zugleich auch Rücksicht nehmen müsse darauf, dass, wenn durch Einführung der Gewerbefreiheit ein größerer Druck auf die Arbeitsbedingungen und gesellschaftliche Stellung der Arbeiter geübt würde, die Arbeiter durch Koalitionsverbände dem entgegenwirken könnten, und wir suchten nun in den Bereich der Tätigkeit der Gewerbevereine die Unterstützung in Zeiten der Arbeitseinstellung mit hineinzuziehen. Die Gewerbeordnung kam so, wie wir sie vorausgesehen, und wir bekamen auch das Koalitionsrecht und haben dieses Recht auch ausgeübt. Natürlicher Weise mussten diejenigen, die dadurch litten, dass wir die Streiks unterstützten, die Großfabrikanten sowie auch die kleinen Arbeitgeber, gegen uns und die liberalen Gesetze erbittert und darum reaktionär werden. Ihr Bestreben ging von dieser Zeit an dahin, das Koalitionsrecht, was wir kaum erst erhalten hatten, entweder ganz zu beseitigen oder auf andere Weise dafür zu sorgen, dass wir das Recht nicht so ausnützen konnten, als wir es durch unsere fest organisierten Vereine im Stande waren. Meine Herren, die Gewerbeordnung abzuändern, das Koalitionsrecht uns direkt zu nehmen, dazu hatten weder diese Herren Arbeitgeber selbst Muth genug, noch ist es ihnen bis jetzt wenigstens möglich geworden, auf den Reichstag derart einzuwirken, dass auf dem Wege der Gesetzgebung das Koalitionsrecht den Arbeitern direkt wieder genommen wurde. Aber, meine Herren, man hat es auf einem Umwege nun doch möglich gemacht, den Arbeitern das Koalitionsrecht illusorisch zu machen, man hat durch anhaltendes Geschrei über die *„maßlosen Ausschreitungen"* der Sozialdemokratie das Sozialistengesetz herbeigeführt, durch welches alle Arbeiterverbindungen, welche zu dem Zwecke gegründet waren, den Arbeitern ihr Recht gegenüber den Arbeitsgebern zu wahren, mitbeseitigt werden konnten. Meine Herren, ein großer Teil der Arbeiter ist der festen Überzeugung, dass wir hauptsächlich diesem Geschrei das Sozialistengesetz zu verdanken haben, denn die größten Schreier gegen die sozialistischen Bestrebungen sind hauptsächlich diejenigen gewesen, die irgend einmal von einem Strike betroffen wurden, und diese Herren haben leider auch auf andere, selbst liberale Kreise durch ihr Geschrei einen so großen Einfluss auszuüben vermocht, dass das Gesetz nun abermals zu Stande kommen wird, welches es den Arbeitern unmöglich macht, ihre Rechte gegenüber den Arbeitgebern zu wahren. Also, meine Herren, dass das Koalitionsrecht uns einmal beschnitten werden würde in irgend welcher Form, das wussten wir ja schon,

das hatten wir vorausgesehen, aber dass man so weit gehen würde, auch die Krankenkassen zu zerstören, dass man selbst die Kassen zerstören würde, welche dazu gegründet und bestimmt waren, die Arbeiter während ihrer Arbeitslosigkeit, und wenn sie auf der Reise sind, zu unterstützen, das hatten wir nicht geglaubt. Wir hegten wenigstens damals noch die Hoffnung, dass man dem allgemeinen Gefühle der Menschlichkeit Rechnung tragen würde und diejenigen Kassen, die humane Zwecke verfolgen, mit diesem Gesetze verschonen würde, Es ist das nicht der Fall gewesen, man hat im Gegenteil gerade diese Kassen zunächst ins Auge gefasst, weil man geglaubt hat, dass wir Sozialdemokraten, die innerhalb dieser Kassen vielleicht irgend welches Amt hatten, damit eine Stellung gewönnen, die uns auch ferneren Einfluss auf die Arbeiter gestattete. Meine Herren, wenn das Verbrechen der aufgehobenen Kassen und verbotenen Vereine lediglich darin besteht, dass z.B. in der einen Kasse Fritzsche, in der anderen Kasse ein anderer sozialdemokratischer Agitator an der Spitze gestanden hat, dann ist es wirklich schlimm um das Recht in Deutschland bestellt. Vornehmlich ist dieses Motiv bei Auflösung verschiedener Vereine und Hilfskassen geltend gemacht worden. Es hat einfach geheißen, ja, dass die anderen Tausende von Arbeitern mitgetroffen worden sind, ihre Rechte verloren haben, dass sie in Zukunft nicht mehr eine Unterstützung empfangen können, haben sie dem zu verdanken, dass der und das an der Spitze steht. Es hat dies auch ausdrücklich in den Motiven gestanden, - was ich Ihnen auch beweisen kann – welches das Oberverwaltungsgericht in Berlin zur Begründung der Schließung der Zentralkranken- und Sterbekasse des deutschen Tabakarbeiter-Vereins gegeben hat. Meine Herren, wie sehr und schwer die Interessen der Arbeiter geschädigt worden sind durch die Auflösung solcher Vereine, das werde ich Ihnen nachher vorführen. Zunächst will ich Ihnen noch folgendes aus der Geschichte dieser Vereinigung mitteilen.

Im Jahre 1869 versuchte der damalige Präsident des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Herr von Schweitzer, diese Gewerkvereine und ihre Unterstützungskassen zu einem Anhängsel der sozial-politischen Arbeiterpartei zu machen. Ein Teil der Vorstände widerstrebte dem, und unter denen war auch ich. Wir mussten uns die allergrößten Vorwürfe machen lassen seitens eines Teils der Arbeiter; wir wurden sogar zu Verrätern gestempelt dafür, dass wir versuchten, die Kassen der Arbeiter politischem Einflusse fern zu halten. Die Polizei von Berlin kannte jene Kämpfe ganz genau; man wusste, in welcher Weise wir gerade deshalb angegriffen worden waren, ja

dass wir selbst aus der Partei resp. dem damaligen allgemeinen deutschen Arbeiterverein herausgeworfen worden sind, weil wir die Gewerkvereine nicht wollten politischen Zwecken dienstbar machen lassen.

Weiter, meine Herren. Im Jahre 1878, als schon das Sozialistengesetz am Horizonte schwebte, hat einer meiner sehr verehrten Parteigenossen, der leider zu früh uns durch den Tod entrissen worden ist, das ehemalige Reichstagsmitglied August Geib in den Organen der Sozialdemokratie geschrieben, es sei doch notwendig, dass die Gewerkvereine erhalten würden, damit die Verbindung unter den Sozialdemokraten nach Verbot der politischen Vereine dennoch erhalten werde. Ja, meine Herren, da waren wir es wieder, die Gewerkschafter, die dagegen aufgetreten sind und uns dagegen gewehrt haben, dass man die Gewerkschaften und deren Hilfskassen zu solchen Zwecken brauchen wolle. Heute bereue ich es, dass ich in dieser Weise aufgetreten bin; denn ich sehe ein, dass uns alles Fernhalten dieser Verbindungen von politischen Tendenzen nichts genützt hat. Es hat uns nicht genützt, trotzdem die unwiderleglichsten Beweise davon, dass wir der Verquickung der Gewerkschaften mit politischen Bestrebungen entgegen getreten sind, den Behörden vorgelegt haben. In der Verhandlung des Oberverwaltungsgerichts gegen die Zentral-Kranken- und Sterbekasse des deutschen Tabakarbeitervereins ist ein von mir verfasster Artikel, worin ich den Vorständen unseres Vereins mitgeteilt habe, dass durchaus keine Politik in den Vereinen getrieben werden dürfe, dass alle diejenigen, welche Politik in den Vereinen trieben, die Interessen des Vereins schädigten und als solche gewärtig sein müssten, vom Verein ausgeschieden zu werden, aus den Polizeiakten zur Vorlesung gebracht worden. Nichtsdestoweniger aber musste die Kasse aufgelöst werden! Was hat man nun weiter außer dem schon angeführten Grunde als Motiv für die Auflösung herbeigezogen? Dass ich im Jahre 1876, also vor vier Jahren, in einer Versammlung einmal einen Ausspruch gethan haben soll, der, wenn ich ihn so getan hätte, wie ich ihn nach dem Bericht des überwachenden Beamten getan haben soll, heute von mir nicht anerkannt werden könnte, weil er so wirklich Blödsinn enthält. Ist das nicht originell, nach drei Jahren wird aus den Akten der Polizei ein Ausspruch, den ich in einer Versammlung gethan haben soll, als ein Motiv zur Auflösung dieser Kasse herbeigeführt, die erst nach dieser Zeit errichtet worden ist, und, meine Herren, verstehen Sie wohl, nicht etwa in einer Versammlung der Mitglieder dieser Kasse oder des Vereins, zudem sie gehört, sondern in einer öffentlichen Zigarrenarbeiterversammlung, die

von Nichtmitgliedern einberufen war. Ja, meine Herren, haarsträubend ist es, wenn man die Motive liest, welche angeblich zu solchen Auflösungen geführt haben. Da kommt einem doch wohl mit Recht das Bedenken, ob die Handlungsweise der Behörden eine loyale gewesen sei oder nicht. So ist z.B. einmal von einem Arbeiter, der dem Tabaksarbeiterverein angehört hat, in Wandsbek bei Gelegenheit eines Stiftungsfestes das Wort ausgesprochen worden:

Der Altmeister, der Sozialdemokratie, Johann Jacobi, sagte schon, die Gründung eines Arbeitervereins werde einmal als eine größere Tat von der Menschheit betrachtet werden, als der erfolgreichste Sieg in einer Schlacht.

Meine Herren, das ist natürlicherweise wiederum als ein Beweis dafür erachtet worden, dass innerhalb der Krankenkasse Politik getrieben worden sei. Diese Logik ist doch wahrlich wunderbar! Eine ganze Anzahl derartiger Fälle könnte ich Ihnen vorführen, Sie würden erstaunen – nein, meine Herren, Sie würden nicht erstaunen, denn ich weiß, Sie wissen ebenso gut wie wir, dass bei unseren Polizeibehörden ebenso alles möglich ist, wie bei Gott, wie man zu sagen pflegt.

Weil innerhalb einer freien Versammlung der Arbeiter, also nicht Vereinsversammlung, oder bei einem Feste, von Politik gesprochen worden ist, sollen auch die Vereine politisch gewesen sein! Aber es kommt als verschärfend noch hinzu, dass, während den Arbeitern ihre Verbindungen, in denen keinerlei Politik getrieben worden ist, als widerrechtlich Politik treibender Verein verboten worden sind, die Herren Arbeitgeber recht sehr Politik treiben dürfen. Der Verband der deutschen Tabakindustriellen, treibt der etwa keine Politik, wenn er gegen die Pläne des Reichskanzlers, das Tabakgeschäft zu monopolisieren, ankämpft? Treiben die Herren, welche das Haftpflichtgesetz nicht ausgedehnt wissen wollen auf die Maurer und Zimmerleute usw. und deshalb an den Reichstag petitionieren, keine Politik in ihren Vereinen? Treiben denn die keine Politik, die wie die Vereinigungen der Spinner und dergleichen mehr, eine Erhöhung der Zölle herbeführen wollen? Ganz bestimmt und in eminenter Weise treiben dieselben alle Politik, aber daran schert sich keine Polizei, die können machen, was sie wollen. Wenn aber die Arbeiter dasselbe tun, dann heißt´s: ja, Bauer, das ist ganz was anders, geschwind her mit Euch, Euer Verein wird aufgelöst. Womöglich werden die armen Teufel, die sich vergessen haben und wirklich eine politische Frage einmal in einer Vereinsversammlung zur Sprache gebracht, noch extra bestraft. So hat einmal in einem Tabaksarbeiterverein an einem

Orte ein Einzelner die Frage angeregt, ob die Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken nicht beseitigt werden könne. Das ist als eine sozialistische und höchst politische Frage von der Polizei erklärt worden, natürlicherweise erfolgte darauf Anklage und auch Bestrafung. Zweierlei Maß im Rechtsprechen, zweierlei Maß in der Ausübung der Gesetze – ist das loyal? Ich meine, das könne niemals loyal sein, wenn man nach dem Gesetz die einen bestraft, die anderen aber trotz dieses Gesetzes unbehelligt lässt. Das Rechtsbewusstsein des Volkes kann durch nichts mehr beeinträchtigt werden, als gerade dadurch, dass das Gesetz nicht gleichmäßig und ohne Unterschied der Person angewendet wird.

Nun, meine Herren, vorhin hatte ich Ihnen gesagt, ich wollte Ihnen zeigen, wie sehr diejenigen Einrichtungen der Arbeiter, welche dieselben fördern, von Seiten der Behörden auf Grund dieses Gesetzes geschädigt worden sind. Die Tabaksarbeiter z.B. haben in der Zeit des Bestehens ihres Vereins nahe an ½ Millionen Mark Unterstützungen an ihre Mitarbeiter gezahlt, es sind jährlich 6-8.000 Mark an Unterstützungen für auf der Reise befindliche Zigarrenarbeiter gezahlt worden. Andere Vereine haben in gleicher Weise gehandelt, der Buchdruckerverband aber hat noch bedeutend mehr geleistet, als die Zigarrenarbeiter zu leisten vermochten. Die 50.000 Mitglieder zählenden Gewerkschaften, die zu dem Zwecke zusammengetreten waren, ihre Mitarbeiter zu unterstützen in Not und Elend, die sind aufgelöst worden, und die Hungerpest ist unter den armen Handwerksburschen ausgebrochen. Die Gefängnisse sind überfüllt worden von „Landstreichern", weil man uns nicht gestattet hat, die arbeitslosen auf die Landstraße getriebenen Arbeiter zu unterstützen. Das sind die „positiven Maßregeln", die ergriffen worden sind, seitdem das Sozialistengesetz eingeführt worden ist, das ist die loyale Handlungsweise der höchsten Behörden im deutschen Reiche! –

Die Arbeiter, welche einer Gewerkschaft angehörten, konnten darauf rechnen, wenn sie außer Arbeit kamen und am Orte keine Arbeit mehr fanden, dass dann ihr Verein für sie eintrat und womöglich sie samt der Familie an denjenigen Ort schaffte, wo Arbeit vorhanden war. Das ist heute nicht mehr möglich. Wenn heut der Arbeiter aus der Arbeit geschickt wird, bekommt er kein Reisegeld, wenn er in die Fremde gehen muss. Erkrankte ein Gewerkschaftsmitglied auf der Reise, so bekam er seine Unterstützung, er konnte krank darniederliegen, wo es auch immer sein mochte. Das hat alles aufgehört. Das ist der Segen des Sozialistengesetzes. Meine Herren, waren

denn das alles gemeingefährliche Bestrebungen der Sozialdemokratie, die nach Ihren Beschlüssen durch das Gesetz getroffen werden sollen? Ich meine nein! Und wenn das nicht der Fall, wenn das keine gemeingefährlichen Bestrebungen waren, so meine ich, ist es auch nicht loyal gewesen, die Gesetze gegen die Vereinigungen in Anwendung zu bringen.

Wir möchten nun vor allen Dingen, dass Sie darauf hinwirkten, dass der Paragraph, nach welchem die Gewerkschaftsvereine und Hilfskassen aufgelöst werden können, gestrichen werde, denn Sie können ihn verklausulieren, wie Sie wollen, Sie können die Beschränkungen der polizeilichen Machtbefugnis, welche Sie für nötig erachten, noch so genau stipulieren, das alles wird gar nichts nutzen, die Polizei wird trotz alledem nach wie vor machen, was sie will, und sie wird dabei sogar durch die höchsten Reichsbehörden wie bisher unterstützt werden.

Sie wissen, meine Herren, welche Entscheidungen das oberste Reichsgericht getroffen hat, dass es sich nicht für kompetent erachtet, darüber zu entscheiden, ob das Gesetz, soweit es nicht direkt die richterliche Entscheidung selbst vorschreibt, richtig angewendet sei oder nicht, es sei das Gesetz eben ein Polizeigesetz, und wenn die Polizei auf Grund desselben Anordnungen treffe und Strafen diktiere, so gehöre das nicht in den Bereich der ordentlichen Gerichte. Da hört nach meinen Rechtsbegriffen doch alles Recht auf. Das Rechtsbewusstsein im Volke wird untergraben, wenn es sieht, dass ein Gesetz, das schon Willkürlichkeiten genug gestattet, nun auch von der höchsten richterlichen Behörde als ein solches erklärt wird, auf Grund dessen man freilich nur gegen die Verbindungen der sozialistisch gesinnten Arbeiter verfahren könne, wie man wolle.

Wenn nun alle diese Einschränkungen, die Sie vielleicht machen könnten, voraussichtlich nichts nützen, so werden Sie doch zugestehen müssen, dass der ganze Paragraph den Zielen, die Sie selbst mit dem Gesetze verfolgen, nur nachteilig sein kann.

Die Erbitterung, die innerhalb der Arbeiterkreise dadurch hervorgerufen wird, dass ihnen die Möglichkeit genommen worden ist, sich gegenseitig zu unterstützen, tritt immer mehr zu Tage. Tausende von Arbeitern wandern jetzt aus, und es sind leider die besten Arbeitskräfte, die auswandern. Wer treibt sie hinaus? Nichts als unsere fehlerhaften gesellschaftlichen Einrichtungen, und wenn wir nun kommen und Vorschläge machen und positiv Maßregeln ergreifen wollen, um den traurigen Verhältnissen der Arbeiter entgegenzuarbeiten, dann kommt der Herr Minister oder der Herr Polizei-

präsident von Berlin, was ziemlich dasselbe ist, denn wenn man von dem einen auf den anderen rekurriert, so nützt es nichts, - und verbietet derartige Bestrebungen. Die guten Kräfte, die da hinübergehen nach Amerika, die tragen alle durch ihre Auswanderung dazu bei, dass unser Volk immer mehr verarmt. Tausende und Abertausende sind aufgewendet worden, um diese tüchtigen Arbeitskräfte heranzubilden, und nun sie erwerbsfähig geworden und dem Vaterlande nützen könnten, treibt man sie aus demselben dadurch hinaus, dass man ihnen begreiflich macht, es sei kein Recht mehr im Lande vorhanden. Wo das Recht durchbrochen ist, dadurch, dass man einem ganzen großen Teile der Gesellschaft die wichtigsten Rechte genommen hat, in einem solchen Lande kann sich kein rechtlicher Mensch mehr glücklich fühlen. Kein gewissenhafter Mensch kann im solchen Lande seine Kinder erziehen wollen, denn er muss einsehen, dass, wo das gleiche Recht verschwunden ist, an wahre Sittlichkeit und Wohlergehen in Zukunft nicht zu denken ist. Was soll ich dem noch hinzufügen? Ich will nicht das, was ich vorzubringen habe, breit treten, wie von anderen gesagt worden ist, dass das die Absicht meiner Parteigenossen sei; ich meine, es ist vollständig genügend in dem, was ich mitgeteilt habe, zu ihrer Information vorhanden. Nur einige Zahlen sind es, die ich noch anführen muss, weil ich dazu beauftragt bin.

Es hatte z.B. der Sennefelder Bund in 24 Ortschaften 880 Mitglieder und hat allein in Leipzig an durchreisende Mitglieder 208 Mark Reiseunterstützung bezahlt; er hatte eine Invalidenkasse mit 10.000 Mark Kassenbestand. Die Auflösung ist gekommen, der Sennefelder Bund ist verschwunden, die Mitglieder haben keine Rechte mehr an denselben, sie haben keinen Anspruch auf Unterstützung; es ist damit erreicht, was man gewollt hat, die Verbindung dieser Arbeiter ist vernichtet. Der Verein der Buchbinder in Leipzig hatte zuletzt ein Vermögen von einigen hundert Mark, dabei noch eine Bibliothek, die 400 Mark kostete. Bei Auflösung dieser Genossenschaft ist die Bibliothek, die die Leute sich zu ihrer Ausbildung gegründet hatten, weggenommen worden, man hat nichts mehr zurückbekommen und nichts über den Verbleib erfahren, trotzdem man sich erkundigt hatte, was daraus geworden sei. In dieser Bibliothek war nicht ein einziges Buch, das verboten gewesen ist, es waren lauter Schriften, welche zur Bildung der Arbeiter dienten; man hat sie trotzdem genommen und hat auf solche Weise das Eigentum Anderer – respektiert. Leute, die den Grundsatz aufrecht erhalten wollen, heilig ist das Eigentum, springen mit dem Eigentum Anderer um,

dass man zu dem Ergebnis kommen muss, die Heiligkeit des Eigentums im heutigen Staate ist nicht allzu weit her, die Eigentumsverhältnisse werden erst besser werden, wenn wir, die Sozialdemokraten, einmal am Ruder sind. Ich will hier nur noch hinzufügen, dass auch eine Krankenkasse unter den nichtigsten Vorwänden aufgelöst wurde, welche jährlich 10.000 Kranken Unterstützung gegeben hat und zwar, weil in dem Protokoll, das man geführt, gestanden hat, es wären 50 Mark für besondere Zwecke ausgegeben worden, und sich herausgestellt hat, dass dies zu Zwecken der Agitation gewesen ist.

Wenn die Herren von der Polizei das Wort Agitation hören, so stellen sie sich darunter immer vor, dass damit „sozialdemokratische Brandreden" verbunden sein müssen; sie wissen nicht, dass es auch eine Agitation gibt zum Zwecke der Ausbreitung solcher Krankenkassen, sie wissen nicht, dass es notwendig ist, in die Städte zu reisen, um die Arbeiter dazu zu vermögen, in den Verband einzutreten und sich der Krankenkasse anzuschließen. Jede große Versicherungsgesellschaft hat ja gleichfalls ihre Agenten, und die Gelder, die sie an die Agenten ausgibt, sind eben auch Agitationsgelder. Für solche Agitation nun hat die fragliche Krankenkasse 50 Mark ausgegeben, und da heißt es, das kann nur für agitatorische Zwecke gewesen sein, andere agitatorische Zwecke aber als die zur Ausbreitung der Sozialdemokratie kann sich die Polizei gar nicht denken, ergo muss die Kasse aufgelöst werden. Das sind Gründe, die Kassen der Arbeiter aufzulösen, das ist der Erfolg der Bestrebungen zum Wohle der Arbeiter, die seitens der Regierung seit Erlass des Sozialistengesetzes sich kundgegeben haben, das sind die positiven Maßregeln, die ergriffen wurden, seit das Sozialistengesetz eingeführt ist. Ich habe mich doch wohl versehen, es ist doch wohl etwas Positives geschehen. Durch die Wilhelmsspende ist ja eine der verheißenen Institutionen hervorgerufen worden. Aber wenn das das Ganze ist, was für die Arbeiter geschehen soll, dann steht es um die Zukunft derselben sehr traurig. Nach der Magdeburger Zeitung z.B. ist denjenigen, welche in diese Versicherungskasse eintreten, die durch die Wilhelmsspende geschaffen ist, ein Vorteil durchaus nicht geboten. Es ist behauptet worden, dass die Anlage des Geldes in der ersten besten Sparkasse, wenn es Zins auf Zins niedergelegt wird, bedeutend größere Vorteile für die Einleger bringt, als wenn es in der durch die Wilhelmsspende geschaffenen Kasse angelegt wird. Die Magdeburger Zeitung behauptet ferner, dass diese Kasse wohl für Beamte, für Geistliche, Schullehrer, Kleinbürger u. dgl., aber, mit Ausnahme eines ganz

geringen Bruchteils, nicht für Arbeiter vorteilhaft sei. Meine Herren, wenn das die positiven Maßregeln sind, die haben ergriffen werden sollen, dann – wie gesagt – sieht es traurig aus oder Sie müssten dann annehmen, dass die Steuern, die man jetzt auf Getreide, Butter und alle Lebensmittel gelegt hat, die *„positiven Maßregeln"* sind, welche die Arbeiter beglücken sollen. Meine Herren, wenn Sie so fortfahren, wenn Sie in der Weise, wie Sie es bisher getan haben, Ihre Liebe den Arbeitern erzeigen, dann sind wir der Überzeugung, dass die Sozialdemokratie durch Sie nicht beseitigt werden kann, sondern dass sie recht gedeihlich wachsen wird, und dass die Bestrebungen der Sozialdemokratie endlich doch einmal so weit führen werden, dass eine vernünftige Ordnung in der Gesellschaft hergestellt wird.

Aus: Deutscher Reichstag – 32. Sitzung am 17. April 1880, Protokoll Seite 773

# „…dass wir aus eigenen Mitteln uns helfen können.“

## Genossenschaftsfabrik als Invaliden-Institut

Wieder einmal ein Projekt, aus dem nichts wird! so hören wir schon im Geiste, unsere Leser gleich bei Anblick der Überschrift dieses Artikels ausrufen, und nachdem sie ihn bis zu Ende gelesen, wie wird alsdann das Urteil lauten? günstig oder ungünstig? Wir wünschen uns natürlich ein zustimmendes Urteil und werden suchen, es zu verdienen; ist dann immerhin das Resultat unserer Bemühung ein anderes, so hoffen wir dennoch eine Anregung gegeben zu haben der zufolge Andere bessre praktische Vorschläge machen, durch die wir uns, wenigstens einigermaßen, vor den Übelständen, die das Alter dem Arbeiter bei den dermaligen staatlichen Gesellschaftseinrichtungen in Aussicht stellt, schützen können.

Zuvörderst aber haben wir die Verpflichtung, unsern Parteigenossen, den Sozialisten, darzutun, dass wir dennoch dem Prinzip nicht untreu werden, wenn wir hier den Beweis liefern, dass wir aus eigenen Mitteln uns helfen können. Die Arbeiten auf industriellem Gebiete sind der mannigfachsten Art und die meisten davon bedürfen, um nur Wenige beschäftigen zu können, ein Anlage-Kapital, das oft 10-, ja 20fach dasjenige übersteigt, welches zur Begründung einer Zigarren-Manufaktur nötig ist. Wenn im Zigarrengeschäft ein halbjähriges Kreditieren häufig ist, so dehnt in andern Branchen der Borg sich oft ein Jahr und noch länger aus; der Umsatz des Kapitals ist bei uns ein öfterer als in den meisten andern Geschäften; alles dies sind so günstige Momente, die wir vor fast allen andern Geschäftsbranchen voraus haben, dass wir, und vielleicht wir Zigarrenarbeiter allein, einer Unterstützung der Gesamtheit durch ihr Organ, den Staat, notgedrungen entbehren können. Damit wollen wir aber keineswegs sagen, dass wir eine solche Unterstützung zurückweisen würden, wenn sie uns geboten würde, wir würden ja mit dieser Unterstützung früher und besser zum Ziele gelangen; aber wird sie uns geboten werden? Bald gewiss nicht! Sollten wir vielleicht sagen: Weil wir prinzipiell für die Selbsthilfe durch die Staatsgesamtheit sind, wollen wir die Selbsthilfe durch einen Teil dieser Gesamtheit, den wir selbst bil-

den, unterlassen? Das wäre unsinnige Prinzipienreiterei! Wir sind Anhänger des Sozialismus, wie ihn F. Lassalle uns gelehrt; aber gerade dieser gefeierte Lehrer gibt zu, dass solche Institute für kleinere Kreise der Gesellschaft von Nutzen sein können. Freilich dürfen wir über unserm Eigeninteresse nicht das große Ganze vergessen, sondern müssen mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften dahin wirken, dass denen, die durch eigene Mittel sich zu assoziieren nicht im Stande sind, der Staat, wenn nicht freiwillig, dann notgedrungen durch die Macht des Massenbewusstseins und der Intelligenz durch seine Vermittlung und Kredit die gleichen Vorteile des genossenschaftlichen Betriebs ihres Geschäfts ermögliche, wie sie uns durch die eigentümlich günstigen Verhältnisse innerhalb unserer Geschäftsbranche geboten sind. Doch nun zur Sache selbst.

Wenn die Arbeiter bisher Kassen gründeten, so war es ihr erster Gedanke: Wie legen wir das sich sammelnde Kapital nutzbar an? Und da kannten sie nur zwei Wege: Staatspapiere und Hypotheken; in neuerer Zeit auch noch Prioritäten. Indem sie nun das Geld ihrer Kranken-, Sterbe- und anderer Kassen auf solche Weise anlegten, schmiedeten sie Waffen für ihre größten Feinde, sie vermehrten dadurch das sie ausbeutende Großkapital direkt sowohl als indirekt, denn indem sie dem Staate das Geld liehen, machten sie es demselben möglich, die bevorzugten, begüterten Klassen der Gesellschaft noch mehr zu unterstützen, als es sonst hätte der Fall sein können, durch Staatsbanken, Unterstützungen von Eisenbahngesellschaften etc.. Welch unberechenbaren Segen hätten diese Gelder bringen können, wenn sie zu genossenschaftlichem Geschäftsbetrieb verwendet worden wären! Man schlage die Summen ja nicht zu gering an; z.B. in Leipzig in der städtischen Sparkasse bilden die Einlagen, welche größtenteils von Dienstboten, Handwerkern und Fabrikarbeitern gemacht werden, ein so enormes Kapital, dass es ausreicht, die Versatzanstalt zu befriedigen, und der Gewinnst aus dieser Versatzanstalt wird, wie neuerdings, statt den Einlegern höhere Interessen auszuzahlen, dazu benutzt, den Theater-Neubau, bei welchem sich der weise Stadtrat um die Bagatelle von 100,000 Thlrn. verrechnet hat, zu vollenden. Es ist wirklich nicht zu hoch gegriffen, wenn man nur in Leipzig die dem Arbeiterstande zugehörenden Kassengelder auf 3 – 400,000 Thlr. veranschlagt. Wie Johannes Huß rief, als er ein Bäuerlein ein Scheit Holz zu dem für ihn bestimmten Scheiterhaufen hinzutragen sah, so möchten auch wir rufen: „O sancta simplicitas!“, wenn wir unsere Mitarbeiter ihre Mittel in so törichter, ihnen selbst nachteiliger Weise verwenden sehen.

Diese Betrachtungen veranlassten uns zu ernstem Nachdenken, und dieses führte uns zu dem Project, das wir in Kürze unsern geehrten Geschäftsgenossen vorlegen, wozu wir noch bemerken, dass es kein definitiver Antrag sein soll.

1) Die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Cigarrenarbeiter-Vereins steuern wöchentlich 1 Sgr. zu einer Invalidenkasse.

2) Jeder Beisteuernde muss mindestens 10 Jahre der Kasse angehört haben, bevor er Unterstützung erhalten kann.

3) Die Alters-Unterstützung wird nur nach vollendetem 50. Lebensjahr ausgezahlt.

4) Der zu Unterstützende hat nachzuweisen, dass er nicht im Stande ist, so viel zu erwerben, als die Unterstützung erträgt.

5) Die Unterstützung beträgt wöchentlich 2 Thlr.

6) Die Gesellschaft kann dem Invaliden eine seinen Kräften angemessene Arbeit überweisen, die ihm aber mindestens einen halben Thaler pro Woche mehr einbringen muss, als die Unterstützung beträgt.

7) Zwei Jahre hindurch wird das Kapital, das durch die Steuer entsteht, in einem Bankinstitut verzinslich angelegt. Nach Ablauf dieser Zeit wird dasselbe Grundkapital zu einer Genossenschafts-Zigarrenmanufaktur benutzt; jedoch nur, wenn die Konjunktur (die Zusammenhänge in der Handelswelt) dem Geschäfte günstig ist. Ist dies nicht der Fall, so ist bis zu günstigerer Zeit das Kapital in der Bank zu belassen.

8) Sämtliche Steuern der Mitglieder der Invaliden-Kasse werden nach Ablauf der im vorigen § angeführten 2 Jahre zur Vermehrung des Betriebskapitals an die Genossenschafts-Manufaktur abgeführt.

9) Die Manufaktur hat, wenn der Ertrag es gestattet, die Gelder mit 5 % zu verzinsen, welche bis nach Ablauf der ersten 10 Jahre von Gründung der Kasse an gerechnet, zum Kapital geschlagen werden.

10) Was über 5 % erworben wird, ist als Überschuss zu betrachten und zu zwei Dritteilen an die Arbeiter der Genossenschafts-Manufaktur im Verhältnis ihrer Leistungen als Dividende zu verteilen. Ein Dritteil des Überschusses wird als Reservefonds angelegt.

11) Nach Ablauf der 10 Jahre dienen die 5 % Zinsen und die eingehenden Steuern zur Auszahlung des Invaliden-Geldes.

12) Die von dieser Zeit an sich ergebende Mehreinnahme wird ebenfalls zur Vermehrung des genossenschaftlichen Betriebskapitals verwendet.

13) Die Invaliden-Kasse wird von der Kasse des Allgem. deutschen

Cigarrenarb.-Vereins getrennt verwaltet und steht zur Genossenschafts-Manufaktur im Verhältnis des Gläubigers zum Schuldner.

14) Erwirbt die Genossenschafts-Fabrik Baulichkeiten, so tut sie es mit dem Reservekapital, das sie der Invaliden-Kasse als Hypothek zuschreiben lässt.

15) Die Invaliden-Kasse, sowie die Genossenschafts-Manufaktur haben dort ihren Hauptsitz, wo ihnen die Gesetze die Erlangung der Korporationsrechte gewähren.

16) Die Ortsobrigkeit hat die administrative Aufsicht.

Das Vorstehende wären ungefähr die Grundzüge dessen, was wir meinen, Die innere Organisation zu besprechen, ist vorläufig noch nicht an der Zeit, nur möchten wir hierüber unsere Meinung dahin aussprechen, dass für solches Geschäft ein tüchtiger Buchhalter, gelernter Kaufmann, und ebenso ein oder mehrere Reisende, die in dieser Branche schon gemacht und Routine haben, nötig sind, wenn es prosperieren soll. Die technische Leitung wird einem ersten Geschäftsführer übergeben, welchem die verschiedenen anderen Geschäftsführer, sogenannte Werkmeister, jeder einzeln untergeordnet sind. Bei streitigen Punkten bilden sie ein Plenum, zu dem eine gleiche Anzahl Arbeiter hinzugezogen werden und in dem der erste Geschäftsführer den Vorsitz führt. Im Plenum entscheidet die absolute Majorität, bei Gleichheit der Stimmen der Vorsitzende.

Sehen wir nun aber auch, ob das Projekt ausführbar ist, und welche Vorteile es uns gewährt! Wir setzen allerdings eine starke Beteiligung voraus; aber bei so geringer Steuer ist auf eine große Beteiligung auch einigermaßen mit Bestimmtheit zu rechnen. Nehmen wir an, 12.000 Mann beteiligten sich, so gäbe das eine jährliche Einnahme von 20.800 Thlr. oder eine runde Summe von 20.000 Thlr., weil 800 Thlr. für Porto und Verwaltung aufgehen würden. Nach zwei Jahren könnte das Genossenschaftsgeschäft mit 40.000 Thlr. bar entriert werden, jedoch nur, wenn, wie bemerkt, die Handelsverhältnisse günstig sind; denn unsere Assoziationen sind bisher hauptsächlich an zu geringem Betriebskapital und an der ungünstigen Zeit, in der man sie begründete, gescheitert. Stets besannen sich die Arbeiter nur in politisch bewegten Zeiten, dass auch ihre Arbeitskraft in der Sklaverei des Großkapitals lag und unbesonnen verschritt man sofort dazu, durch Assoziationen sich vom Zwingherrn zu befreien. Wie töricht, in Zeiten, wo alte, gut fundierte, mit durch Erfahrung gewonnener Kenntnis geleitete Firmen fallieren mit unzureichenden Mitteln, ohne genaue Kenntnis der Handelsbeziehungen ein

Geschäft gründen zu wollen, dass außerdem noch gegen eine selbstsüchtige Zoterie bemittelter Fabrikanten anzukämpfen hat, die ihm durch Pression auf die Rohproduktenhändler den Bezug aus erster Hand verkümmern und gegen welches sich selbst das Vorurteil der Käufer richtet. Darum nochmals, nur dann das Geschäft eröffnet, wenn die Zigarrenfabrikation in Flor ist.

Nachdem ein Dezennium (10 Jahre) verflossen sind, stehen dem Geschäft 250.000 Thlr., sage „Eine Viertelmillion" bar zu Gebote und jährlich noch Zuschuss. Wie viel Arbeiter können wir dann beschäftigen! Den Invaliden können wir in unsern Fabriken, so lange sie noch fort können; die Beaufsichtigung über die Ausripper, die Reinhaltung der Lokalitäten und was sonst leichtere Arbeiten sind, übertragen, wodurch die Invalidenkasse geschont wird.

Die Zinsen betragen schon nach 10 Jahren 12.500 Thlr. das ist für 125 Invaliden wöchentlich á 2 Thlr., und da von da ab das Kapital immerfort steigt (nehmen wir an, dass 225 Invaliden also fast 2 % zu unterstützen wären, so würde es immer noch um ca. 10.000 Thlr. steigen) also auch immer mehr Interessen gewonnen werden, so kann sich die Anzahl der Invaliden noch 15 Jahre lang jährlich um mehr als 10 vermehren, ohne dass nur die Steuer absorbiert würde, so dass wir, die in den Fabriken beschäftigten Invaliden eingerechnet, nach 25 Jahren 400 Invaliden mit wöchentlich 2 Thlrn. unterstützen könnten, d.i. auf 30 Arbeitsfähige ein Erwerbsunfähiger.

Einen kaum hoch genug anzuschlagenden Nutzen würde aber die Zigarrenmanufaktur selbst für die Korporation bilden. Wir würden den Markt in Deutschland beherrschen, indem Niemand im Stande wäre, mit uns zu konkurrieren; natürlich müssten wir ebenso niedrige Arbeitslöhne zahlen, als die andern Fabrikanten, um sie aus dem Felde zu schlagen und wir könnten dies, weil unsern Arbeitern die Dividende zugutekommt, die immerhin einen beträchtlichen Lohnzuschlag geben würde. Wir würden die besten Arbeiter beschäftigen, denn es wäre ja in ihrem eigenen Interesse, ihre Kräfte nur der Korporation zu widmen, indem dadurch der Wert ihrer Arbeit immer höher steigt. Wir könnten das Umlernen neuer Kräfte regeln, so dass der Arbeitsmarkt durch massenhaftes Angebot nicht überschwemmt und dadurch die Löhne herabgedrückt würden. Und nun noch eins: wer bürgt uns dafür, dass mit der Zeit das Problem der Erfindung einer Zigarrendeckmaschine nicht gelöst wird? Würde dieser Fall eintreten, und wir wären nicht soweit gerüstet, uns solche Maschinen selbst anschaffen und ausnutzen zu können, würden wir nicht mit den Parias der modernen Ge-

sellschaft, unsern armen Brüdern, die sich durch Weben das elende Dasein fristen müssen, in gleiche Linie gedrängt werden? Hofft nicht, dass Euch die gebratenen Tauben in den Mund fliegen, sondern: „Säet, so werdet ihr ernten!“ Es bedarf freilich der Anstrengung, bevor die Frucht sich aus dem Keime entwickelt und längerer Zeit bedarf sie zur Reife, darum glaubt nicht: Heute säen, morgen ernten!

Aus: *Der Botschafter* 1867, Nr. 11 Seite 41ff.

## „Mit dem Geiste der Zeit im Bunde“

### Die Furcht vor den Arbeitern.

Die Arbeitseinstellungen, welche jetzt allerwärts und in fast allen Geschäftszweigen auftreten, haben die Furcht vor den Arbeitern in den Kreisen der Arbeitgeber so gesteigert, dass dieselben wie von einem politischen Delirium befallen, abermals Bassermann´sche Gestalten mit dem roten Gespenst im Hintergrunde sehen und sobald sie einen Arbeiter zu Gesicht bekommen, möchten sie polizeilich feststellen lassen, ob der Schreckliche nicht etwa eine Art Guillotine in der Westentasche verborgen habe, und Petitionen an den deutschen Reichstag werden fabriziert, um eine heilsame Beschränkung der Koalitionsfreiheit von ihm zu erbetteln. Wir fragen uns heute nicht, ob diese Gesellschaft, die mit Ausschluss des Sozialisten Bebel aus lauter Vertretern der Besitzenden besteht, auf dieses reaktionäre Bestreben eingehen werde; wir haben uns vielmehr vorgenommen, in dem heutigen Artikel die Frage zu beantworten: *„Ist diese unsinnige Furcht vor den Arbeitern begründet oder nicht?“*

Unsinnig nennen wir diese Furcht, weil die Geschichte zeigt, dass noch immer die Träger neuer Ideen im Klassenkampfe zur Verwirklichung derselben menschlicher verfuhren, als die Vertheidiger des auf alten Ideen basierten Bestehenden zu sein pflegten, zumal wenn die Aufstrebenden wieder unterworfen waren. Beispiele hierfür liefern uns der große deutsche Bauernkrieg (1525). Zimmermann in seiner Geschichte liefert für unsere diesbe-

zügliche Behauptung den schlagendsten Beweis; ebenso Johannes Scherr in seiner Schilderung der ersten großen glorreichen französischen Revolution. Auch die Geschichte der neuesten Zeit, die ein großer Teil von uns mitterlebt und durchgemacht, bestätigt unsere Behauptung. Man wäge die Thaten der Junikämpfer von 1848 gegenüber der Gräueltaten eines Bonaparte und seiner Sippe in und nach den Dezembertagen von 1851; man vergleiche das Benehmen der Pariser Kommune mit den blutigen Orgien der Versailler Mörderbanden!

Wenn auch die Geschichte, die doch nur von Gegnern der Arbeiterklasse geschrieben ist, nicht in so eklatanter Weise zu Gunsten der Arbeiterklasse spräche, so würde doch schon die natürliche Betrachtung der Dinge dasselbe lehren.

„*Der Mensch ist ein Gewohnheitstier*"; dass ist eine Redensart, die man so manchmal als Entschuldigungsgrund zu hören bekommt und es ist auch so, denn nur selten werden die Menschen durch neue große Ideen aus ihrem Gewohnheitsdusel herausgerissen und zur gründlichen Beseitigung und Neugestaltung bestehender Einrichtungen aufgestachelt. Diese Erscheinung hat ihren Grund in dem Gesetze der Trägheit, die der Materie anhängt. In diesem Gesetze ist die Ursache der Denkfaulheit nicht nur der sogenannten niederen Klasse der Gesellschaft zu suchen, sondern auch die sogenannten gebildeten Stände verschließen aus dieser Ursache ihr Ohr vor Lehren, welche prinzipielle und ideelle Neuerungen bezwecken. Jede neue große Idee wird von den maßgebenden Kreisen der Gesellschaft wie die Pest gefürchtet und allerhand Vorbeugungsmittel und Schutzmittel angewendet, um die epidemische Ausbreitung derselben zu verhindern. Deshalb ist es zur Realisierung einer solchen Idee erforderlich, dass sie im Prinzip gerecht und wahr, mit einem Worte unleugbar vernünftig und zugleich eine soziale Notwendigkeit ist, denn nicht nur mit der Geburts- und Geldaristokratie, sondern auch mit der Aristokratie der Wissenschaft hat sie den Kampf aufzunehmen, die bornierte Katheder-Weisheit der Stubengelehrten und die Sophisterei der um ihre Stellung und ihre Autorität in der Wissenschaft bangenden professionellen Gelehrten, zur Bekennung besserer Überzeugung zu zwingen; sie muss das Resultat der materiellen und intellektuellen Entwickelung sein und dadurch die Wahrheitsliebe und den Gerechtigkeitssinn, diese schönsten Blüten des menschlichen Gemüts, die auch in der Brust der Gegner nicht gänzlich erloschen sind, für sich anrufen und gewinnen können.

Das Menschengeschlecht macht unausgesetzt Fortschritte in seinem Bestreben nach höchster sittlicher Vollkommenheit, das Perpetuum mobile, welches dasselbe in seinem Entwicklungsgang auf geistig-sittlichem Gebiete vorwärtstreibt, ist das Bedürfnis nach geistigem und leiblichem Wohlergehen. Dieses Bedürfnis artet in schädlichen Egoismus aus und dadurch verfällt die Menschheit in Extreme, deren verderbliche Folgen sich in die gesellschaftlichen Einrichtungen fortpflanzen und rächen. Es ist nichts natürlicher, als dass dieses Verlaufen in Extreme entgegengesetzte Extreme als Heilversuche hervortreibt, denen es ebenso ergeht. *„Durch Schaden wird man klug"* und so durch Erfahrung erlangte Klugheit lehrt neue, vermittelnde Wege aufsuchen und finden, auf welchen zugleich das Gute an den älteren Kulturstufen konservirt und mit dem praktisch Durchführbaren der neuen Ideen zu einer höheren Kulturstufe verschmolzen wird.

Wenn also die arbeitende Klasse, der vierte Stand, bestrebt ist, die Herrschaft durch ihre Stimmenmehrheit zu erringen, so wird sie das nur können, wenn und weil sie mit dem Geiste der Zeit im Bunde ist, wenn und weil sie im Dienste einer großen Idee steht und die Bedürfnisse unserer Generation, die Gerechtigkeit, die sozial-ökonomische Notwendigkeit auf ihrer Seite hat. Warum erregte die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins durch F. Lassalle, die Stiftung der Internationalen, die Errichtung von Gewerksvereinen, die Arbeiterbewegung überhaupt so große Aufmerksamkeit? – Weil alles auf ihre Entstehung hingedrängt hat, weil sie ein notwendiges Ereignis der Zeit ist. Hätte sie keine ideelle, prinzipielle Berechtigung, so würde Niemand sich die Mühe geben, sie ernstlich zu bekämpfen. Wäre sie nicht ein neues Evangelium, so würden die Bourgeois-Pharisäer, die Hohepriester und Schriftgelehrten, das europäische Mandarinentum nicht gegen sie zu Felde ziehen und ihre Anhänger nicht als Ketzer verfolgen.

Die Gegner haben es daher völlig in ihrer Macht, den Übergang aus der bestehenden veralteten, den Ansprüchen höherer sittlicher Erkenntnis nicht mehr genügenden Gesellschaftsform, deren Grundlage die kapitalistische Produktion ist, in eine solche, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unmöglich macht, zu einem friedlichen zu machen. Wir verhehlen uns nicht, dass der politische Horizont mit Elementen geschwängert ist, welche ein fürchterliches Unwetter für die Menschheit herbeiführen können, aber wir wissen auch, dass es möglich, eine friedliche Ausgleichung herbeizuführen. Ja gewiss, je bereitwilliger die Gegner der Arbeiterbewegung der aufstrebenden Klasse den Pfad ebnen, je mehr sie derselben ihre

volle Gleichberechtigung zugestehen, die neue Gesellschaftslehre einem ernsten Studium unterziehen und der Wahrheit die Ehre gebend, die Resultate ihrer Forschung zu allgemeiner Kenntniß bringen, desto weniger Grund zur Furcht vor den Arbeitern wird vorhanden sein, das rothe Gespenst mit dem blutigen Streif um den Hals wird sich als ein bloßes Schemen erweisen und das Hochgefühl treuer Pflichterfüllung und froher Zuversicht werden die Herzen der Zaghaften statt der bleichen Furcht erfüllen. Je mehr man sich aber stemmt, desto gewaltiger werden die aufgestauten Fluthen im reißenden Strome Alles hinwegspülen, was ihnen ein Hemmniß war.

Die arbeitenden Klassen der Völker machen ungern Revolution, schon weil sie keine Zeit im Drange der Arbeit, um das tägliche Brod dazu haben; dann aber auch, weil sie nur bei friedlicher Entwickelung der Dinge sich dauernd wenigstens einigermaßen wohl befinden können, und endlich, weil auf Niemandem die Opfer, welche Revolutionen von fast Jedem fordern, so schwer lasten als gerade auf ihnen. Wer wie wir, fast ein ganzes Lebensalter hindurch danach erstrebt hat, seine Mitarbeiter zur Erkenntniß ihrer Klassenlage zu bringen, der weiß auch, wie schwer es ist, die Masse des arbeitenden Volks ohne genügende Bildungsmittel zum ernsten Erwägen ihrer Lage und die Notwendigkeit, dass sie selbsttätig in die sozial-politische Entwickelung eingreifen müssen, zu bringen. Wenn aber die wachsende Not der Zeit in ihnen das Gefühl erlittenen Unrechts wachgerufen hat, und wenn sie einsehen gelernt haben, dass sie sich selbst helfen müssen, nachdem man ihnen spottend so oft zugerufen: *„Bist Du Gottes Sohn, so hilf Dir selber"*, und das Vollgefühl ihrer Kraft ihnen zugerufen: *„Wolle nur und Du kannst!"*, dann ist ihr Sieg blos noch eine Frage der Zeit; und je höhnischer man sie bekämpft, je mehr sie durch Gewalt niedergehalten, je länger sie hingehalten werden: umso unwiderstehlicher durchbricht am Ende der verschüttete Vulkan die dünne Decke zur gewaltigsten Eruption.

F. W. Fritzsche.

Aus: *Der Botschafter* 1871, Nr. 29, Seite 1 ff.

# Das Proletariat.

**Vorgetragen bei der Totenfeier Lassalle´s in Braunschweig.**

Hohläugig, gramdurchfurcht die Wangen,
Die Blöße kaum noch halb verhüllt,
kommt schleichend es daher gegangen,
Und wer es sieht, des Herz erfüllt
Ein furchtbar namenloses Bangen.
Wer, grausiges Phantom, bist du?
Dein Odem schnürt die Brust mir zu.
Steh´ Rede! was ist dein Verlangen? –
Da hält es ein auf seinem Pfad:
„Ich bin das Proletariat."

So dumpf und hohl mit leisem Stöhnen
Ächzt es als Antwort; doch es schwillt
Allmächtig, wie des Donners Dröhnen,
Der Ruf des grässlichen Gebild.
Mit Millionen Stimmen tönen
Die Worte, dass das Herz erbebt.
Und wieder es die Stimm´ erhebt
Und heult: Von meinen eignen Söhnen
Ward ich verraten früh und spat:
„Ich bin das Proletariat."

Mich hat der Überfluss geboren,
Ich bin das Stiefkind der Natur,
Nichts auf der Welt hab´ ich verloren,
Treu blieb das Elend meiner Spur.
Als Wiegenlied tönt´ meinen Ohren
Der Armut bitt´rer Schmerzenslaut,
Die bleiche Not war meine Braut,
Es hat sich gegen mich verschworen
Macht und Gewalt in Volk und Staat:
„Ich bin das Proletariat."

Ich duldete, ich war gebrochen,
Zerschlagen war mein ganzes Sein.
Du sollst, hat da ein Mann gesprochen,
Der Fels der Zukunftskirche sein.
Da bebt das Mark mir in den Knochen,
Ich raff´ die letzten Kräfte auf,
Beginne langsam meinen Lauf,
An jedem Hause anzupochen:
Macht auf, ihr Schläfer! auf zur That!
„Ich bin das Proletariat."

An die Paläste, an die Hütten
Klopf´ mahnend überall ich an.
Vorbei ist Jammern, Fleh´n und Bitten,
Vorüber ist der falsche Wahn. –
Als sei die Not, die ich gelitten,
Bestimmung, - die Gott auferlegt,
Damit Barmherzigkeit man pflegt.
D´rum zum Verzweiflungskampf geschritten!
Sieg oder Tod! – das ist mein Rat:
„Ich bin das Proletariat."
Und weiter zieht´s. Zum Weiterschreiten,
Wie ein vom Sturm gepeitschter Strom,
Dehnt es sich aus nach allen Seiten,
Es überragt den höchsten Dom,
Besiegt mit Macht die ehr´nen Zeiten
Der Sklaverei, - der Arbeit Not,
Und in der Freiheit Morgenroth
Erglänzt in Flammenschrift: Das Leiden
Des Volk´s, ward nach Lassalle´s Rath
Besiegt vom Proletariat.

F. W. Fritzsche.

Aus: *Der Botschafter* 1864, Seite 214

# „Keinerlei Kontrakt mit den Agenten der amerikanischen Fabrikanten“

**An die Cigarrenarbeiter!**

Seit acht Wochen sind die Zigarrenarbeiter in New York im Streik begriffen, weil ihnen ungerechtfertigte Lohnabzüge gemacht werden sollten und ist der Zusammenhalt ein so großer, dass sämtliche Fabriken, die durch die Arbeitseinstellung betroffen sind, leer stehen. In Folge dessen sind die Herren Fabrikanten, fast lauter deutsche Firmen, dahin übereingekommen, aus Deutschland billige Hände zu importieren.

Der Präsident der Cigarmakers-Union Nr. 90, Herr Ruhm in New York, Chathamstr. 220, hat sich an mich gewendet, dahin zu wirken, dass die deutschen Kollegen nicht auf die Leimrute der New-Yorker Aussauger gehen, und verspricht im Namen der New Yorker, sowohl deutschen als englischen Cigarrenarbeiter-Vereine den nach Amerika auswandernden Kollegen, wenn sie sich in New York an ihn wenden, für Arbeit zu sorgen oder sie sonst mit Rat und Tat zu unterstützen. Auch können dieselben sofort unentgeltlich in die Mitgliedschaft des betreffenden Vereins eintreten.

Im Interesse aller Derer, die auswandern wollen, füge ich noch hinzu, ja keinerlei Kontrakt mit den Agenten der amerikanischen Fabrikanten einzugehen, weil Sklaverei und Verachtung ihr unabwendbares Los sein würde.

Berlin, den 8. Mai 1870

F. W. Fritzsche,
Präsident des Allgemeinen Tabak- und Cigarrenarbeiter-Vereins.

Aus: *Der Botschafter* 1870, Nr. 19 Seite 79

# „Das scheußlichste aller sozialen Übel: der Krieg“

**An die Mitglieder.**

Schon seit langer Zeit kämpfen wir, trotz der Zersplitterung im eigenen Lager, gegen die Übermacht des Kapitals immer noch mit einigem Erfolge. Segensreich war unser Wirken für die bedrängten Brüder in vielen Fällen und der Verein kräftigte sich tatsächlich von neuem, so dass wir erwarten durften, ihn bald wieder auf seinem früheren Glanzpunkt angelangt zu sehen. Wir waren zu dieser Hoffnung umso mehr berechtigt, als sowohl bei uns, wie in den Reihen der von uns ausgeschiedenen Kollegen der Wunsch nach Wiedervereinigung immer größere Ausdehnung erhielt. Da bricht das scheußlichste aller sozialen Übel: der Krieg, angezettelt von dem blutgierigsten Barbaren des neunzehnten Jahrhunderts, mit seinen Schrecknissen über uns herein; Hunger, Not und Elend fletschen uns die gefräßigen Zähne entgegen, und aus dem Blute und den Wunden der Menschenhekatomben, die dem Despotismus auf Befehl eines korsischen Banditen zum Opfer gebracht werden, grinst uns die Fratze verheerender Epidemie entgegen, und fast scheint es, als sollte das Werk zertrümmert werden, das wir gegründet zur Erlösung der Arbeit aus der Sklavenfessel des Kapitals, damit die Bruderliebe die Herrschaft über das Menschengeschlecht erhalte und der Egoismus, welcher die Verwandtschaft des Menschen mit dem Vieh bekundet, immer mehr ausgerottet werde.

Die sittliche Kraft, welche uns die hohe Idee, der wir dienen, verleiht, wird die Zertrümmerung unsres Vereins verhindern, und wie schon so manches Mal wird er, gleich dem Phönix, zu neuem kräftigeren Leben sich erheben und schützend seine Fittiche ausbreiten über diejenigen unsrer Brüder, welche im Dienste dieser zivilisatorischen Idee den Kampf aufnehmen gegen die Herrschaft des Kapitals.

Eine neue Ära muss nach dem jetzigen Kriege, der gegen den Mörder der französischen Sozialisten, unsre gefallenen Heldenbrüder, geführt wird, für uns anbrechen. Darum Mut und Ausdauer bewahrt.

Doch mit welchem Recht darf ich Euch also ermahnen? Ihr habt ja in jeder Not und Gefahr bewiesen, dass Ihr fest und unerschütterlich das Banner hochhaltet, das Ihr Euch selbst geschaffen.

Die Idee, welche den Verein belebt, ist Euer geistiges Eigentum, die Organisation desselben ist gleichsam der Körper, durch den diese Idee sich betätigt. Lange würde es dauern, bevor diese wieder so befruchtend wirken könnte, dass sie Gestalt annähme.

Wie würden unsre Widersacher jubeln, mit welchem Hohn und Spott uns die begeifern, welche, gestützt auf unsre Verbrüderung, den Kampf bisher gegen sie geführt! Nein, unser Verein wird nicht untergehen; ich schwöre es bei der Bruderliebe, die wir als den geistgebornen Messias erhoffen, der die Menschheit läutern und sie zur Erringung ihres höchsten Zieles: der wirtschaftlichen und politischen Gleichheit, führen wird. Und darum rufen wir mit unserm Dichter:

„Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr."

W. Fritzsche

Aus: *Der Botschafter* 1870, Nr. 32 Seite 129f.

## „Ja ein Frühling ist im Lande, wie die Welt noch keinen sah."

**An die Mitglieder unsers Vereins.**

Unser Verein hat außer seinem Hauptzweck, die Organisation der Arbeit vorzubereiten, auch den nebensächlichen Zweck soweit es die wirtschaftlichen Grundformen der heutigen Gesellschaft gestatten, auf die Lohnverhältnisse der Cigarrenarbeiter-Korporation zu Gunsten der Arbeiter einzuwirken.

Die Frage, ob eine Besserstellung der Arbeiter dadurch herbeigeführt sei, dass die Löhne in die Höhe getrieben werden, könnten wir füglich unberührt lassen, weil wir die Notgedrungenheit als Motiv unserer Tätigkeit in dieser Richtung anführen könnten; denn, wie der [Offenbacher] Aufruf ganz richtig dartut, die Steigerung der Löhne in allen anderen Gewerken verteuert die Mittel zur Befriedigung unserer Bedürfnisse derart, dass wir

ohne Lohnerhöhung trotz 14–16stündiger Arbeit dennoch immer tiefer in unserer Lebenshaltung herabgedrückt werden. Alte Gewohnheit jedoch, sowie die Stellung, die wir zur Arbeiterfrage überhaupt nehmen, macht es uns zur Pflicht, nachzuweisen, dass unser Wirken für Lohnerhöhung mit dem Prinzip für dessen Verwirklichung wir politisch tätig sind, nicht in Widerspruch steht.

Das Folgende soll dies klar machen.

„Der Arbeitslohn richtet sich, bei der heutigen Produktionsweise, nach Angebot und Nachfrage."

Mit diesem Fundamental-Gesetze unserer heutigen gesellschaftlichen Zustände leitet das Offenbacher Komitee seinen Aufruf ein. Auch wir wollen es zum Ausgangspunkte unserer Beweisführung nehmen.

Durch den Krieg des Jahres 1870 und die Okkupation Frankreichs sind der Produktion gegen 5 bis 600.000 der tüchtigsten Arbeitskräfte entzogen, während die Konsumtion (der Verbrauch) nicht nur sich nicht vermindert, sondern in manchen Artikeln sich bedeutend gesteigert hat. Die natürliche Folge davon musste sich auf dem Arbeitsmarkte äußert fühlbar machen. Die brachgelegten 600.000 Arbeitskräfte fehlten demselben, das Angebot verminderte sich so sehr, dass es gegenüber der Nachfrage, zumal in einzelnen Geschäftszweigen, gleich Null stand und derzeit noch steht.

Nach dem obigen Grundgesetz müsste also eine Steigerung des Lohnes ganz von selbst eingetreten sein und dennoch ist das, wenigstens bei uns Zigarrenarbeitern, nicht der Fall.

Die Ursache davon? Nun, wir werden sie gleich erfahren

Die geringe Erkenntnis dessen, was ihr Vorteil erheischt, trägt die Schuld davon, dass, nachdem schon lange eine erhöhte Steigerung in der Nachfrage nach einem Artikel eingetreten ist, der Lohn der Arbeiter nicht entsprechend den gesteigerten Preisen der Waare gestiegen ist.

Während bei ungünstiger Konjunktur der Fabrikant sofort seinem Arbeitspersonal durch alle möglichen Mittel fühlen lässt, dass das Geschäft einen schlechten Gang geht, weiß er den Arbeitern den günstigen Geschäftsgang längere Zeit zu verheimlichen. Es wird eine Zeit lang Alles vollauf beschäftigt und wenn trotzdem die vorhandenen Arbeitskräfte nicht ausreichen, so sucht man das, was an der Zahl der Arbeiterhände mangelt, dadurch zu ersetzen, dass man die Arbeitsdauer dieser Hände verlängert, d. h. man verlängert die Arbeitszeit über den üblichen Feierabend hinaus. Obwohl nun nicht das ganz gleiche Resultat in Bezug auf die Menge der ange-

fertigten Waren dadurch erzielt wird, wie es der Fall sein würde, wenn man die Arbeiterhände, anstatt die Arbeitszeit vermehrte, so wird doch durch die Verlängerung der Arbeitszeit ermöglicht, dass der Fabrikant die Arbeit nicht teurer zu bezahlen braucht, als bei schlechtem Geschäftsgange, sein Gewinn aus dem Geschäft also ein sehr großer wird. Dass diese Art der Produktion dem sogenannten Raubbau der Pächter von Domänen und Rittergütern gleichkommt, kümmert den gewissenlosen Arbeitgeber nicht, er weiß recht gut, dass die ohnehin kurze Lebensdauer seiner Arbeiter durch dieses längere Arbeiten noch bedeutend verkürzt wird, dass er also ein Verbrechen an dem Leben seiner Arbeiter begeht, aber der Vorteil des Geschäfts verlangt es, und dann, der Arbeiter hat ja die freie Verfügung über seine Arbeitskraft, auf die verlängerte Arbeitszeit, und sollte wirklich die Lebensdauer der Arbeiter durch die Überanstrengung ihrer Kräfte gekürzt werden, so erhalten doch die Kinder derselben jetzt durch den bei längerer Arbeitszeit vermehrten, wenn auch nicht erhöhten Lohn eine bessere Ernährung und ersetzen später die Arbeitskräfte ihrer Väter vollständig. Das ungefähr ist das Räsonnement, womit die modernen Raubritter der Industrie ihr eben nicht sehr zartes Gewissen totschlagen.

Die Arbeiter aber sind in der Regel so wenig in der Volkswirtschaft, Statistik und Gesundheitslehre bewandert, dass sie die räuberische Ausnutzung ihrer Arbeitskraft womöglich noch für eine ihnen erzeigte Wohltat dankbar hinnehmen; ja dass sie sich gegen den Fabrikanten empören, wenn er die Arbeitszeit auf das normale Maß zurückführen will, wozu er nicht aus Humanität, sondern durch flauen Geschäftsgang getrieben wird.

Aus dem Angeführten ersehen wir, dass es den Arbeitgebern auf Grund der Unkenntniß der Arbeiter gelingt, die Nachfrage nach Arbeitskraft künstlich zu vermindern. Dadurch entsteht eine wirkliche Gefahr für die Lebenshaltung, den Bildungsgrad und die Sittlichkeit der Arbeiter.

Langandauernde Geschäftskrisen zwingen die Arbeiter, einige oder mehrere ihrer gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse unbefriedigt zulassen, und wenn es den Kunstgriffen, der Schlauheit und Gewissenlosigkeit der Ausbeuter gelingt, bei günstigem Geschäftsgange die Arbeitslöhne auf ihrem niedrigen Standpunkte zu erhalten, so gewöhnen sich die Arbeiter an die Entbehrung geistiger Genüsse, durch welche Bildung des Geistes und Herzens unter den Arbeitern verbreitet werden, und an die Entbehrung der wenigen Annehmlichkeiten des Lebens, die sie sich durch Jahrelanges Rin-

gen in der Arena des Kriegs Aller gegen Alle, auf den Kampfgebiete der Industrie, erobert haben.

Der englische National-Ökonom John Stuart Mill, der von unsern sozial-politischen Gegnern als Autorität anerkannt wird, sagt: *„Es ist leider anzunehmen, dass von den beiden Arten, wie die Sachen sich gestalten, die letztere – nämlich, dass das Lebensminimum der Arbeiter nach unten gedrückt wird – bei weitem die häufigere ist, oder jedenfalls doch hinlänglich oft vorkommt, um allen Sätzen, die jedem Unglück, welches die arbeitende Klasse trifft, eine selbstheilende Kraft zuschreiben, jede praktische Bedeutung zu nehmen. Es liegen gewichtige Nachweise vor, dass die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter aus England mehr als einmal im Laufe der Geschichte große und dauernde Verschlimmerung erfahren hat, aus Ursachen, die durch Verminderung der Nachfrage nach Arbeit wirkte und die nur einen vorübergehenden Einfluss hätte äußern können, wenn die Bevölkerung ihre Macht, Selbstregulierung, (d. h. die Regulierung ihrer Zahl durch Verheiratung vermehrte Sterblichkeit etc.) in Gemäßheit des früheren Maßstabes der Lebensannehmlichkeit ausgeübt hätte. Unglücklicherweise hat die Armut, worin die arbeitende Klasse während einer Reihe von Jahren versunken war, diesen früheren Maßstab verloren gehen lassen, und die nächste Generation, die aufwächst, ohne die früheren Lebensannehmlichkeiten besessen zu haben, vermehrt sich nun ihrerseits, ohne dahin zu streben, sich dieselbe wieder zu verschaffen.“*

Nun, in die gleiche Lage der englischen ländlichen Arbeiter würden auch wir geraten, wenn wir nicht dahin arbeiteten, in unserem Lohne so viel zu erhalten als zur Befriedigung unserer gewohnheitsmäßigen Bedürfnisse notwendig ist. Eine direkte Lohnminderung ist bei uns zwar nicht eingetreten, aber eine indirekte. Das stetige Steigen der Preise der unentbehrlichen Lebensmittel bedingt ein Steigen des Arbeitslohnes oder aber wir müssen auf die wenigen Annehmlichkeiten, die uns das Leben bietet, für immer verzichtet. Hat dies nicht schon ein großer Teil der Cigarrenarbeiter getan? Gewiss, denn die Zeit, die ihnen nach Feierabend, zur Ausbildung ihres Geistes und Herzens vergönnt war, opfern sie der feilen Gewinnsucht ihrer Arbeitgeber. Die Zeit, die sie der Erziehung ihrer Kinder widmen könnten, das einzige Erbtheil das sie für dieselben zusammen zu sparen im Stande sind, verschlingt der gefräßige Götze Egoismus! Kommt Ihr noch nicht zur Einsicht? Hört Ihr nicht das bleiche Gespenst der Schwindsucht vor Eurer Thüre keuchen, um Euren Kindern den Ernährer zu rauben? Sind Euch die 31 Jahre, die Ihr im Durchschnitt zu leben habt, zu viel, dass Ihr sie mut-

willig, ja gewissenlos vergeuden könnt? Seht Eure Weiber, Eure Kinder an und dann fragt Euch selbst, ob es nicht ein Verbrachen ist, dass Ihr einige Jahre Eurer Lebenszeit dahin gebt, indem Ihr täglich einige Stunden länger arbeitet? Und ist dies nicht umso verwerflicher, als Ihr durch kürzere Arbeitszeit den Lohn so weit treiben könntet, dass er von selbst die normale Höhe erreicht? Doch was tut nicht ein freundlicher Blick des gestrengen Fabrikherrn! Gern wird dafür ein Stück Lunge geopfert! –

Man verzeihe uns die Bitterkeit, denn wem sollte wohl nicht die Galle überlaufen, wenn er sieht, wie sich der Arbeiter sein eigenes Grab und das seiner Lieben selbst gräbt? Wacht auf! Noch ist es Zeit! Noch habt Ihr so viel Intelligenz, Kraft und Muth, dem Unglück entgegenzutreten; die Zeit ist günstig. Vorläufig ist die Erklärung: nicht über Feierabend arbeiten zu wollen, das Erste, was gethan werden muss!

In nächster Nummer d. Bl. werden wir das Kapitel über Arbeitseinstellung, Lohnerhöhung etc. in einem eigenen Artikel besprechen.

Lasst die Aufforderung unserer Offenbacher Kollegen nicht umsonst an Euch ergangen sein. Haltet Versammlungen ab und sendet die Berichte schleunigst an das Präsidium des Vereins, damit die allgemeine Stimmung der Vereinsmitglieder erkannt und die Mittel zur Durchführung der Ansicht der Majorität zum Vorschlag gebracht werden können. Mit eigenen Vorschlägen halten wir zurück, bis wir die Ansicht der Mitglieder und unserer übrigen Collegen gehört haben.

Nun, wohlauf zum frohen Singen,
Denn vergangen ist die Nacht,
Überall herrscht lautes Klingen,
Denn die Morgenröte lacht.
Ja ein Frühling ist im Lande,
Wie die Welt noch keinen sah;
Es zerspringen alle Bande,
Denn die Freiheit, sie ist nah.
Lasst es endlich zur Wahrheit werden!

Aus: *Der Botschafter* 1871, Nr. 10 Seite 1 ff.

# „…mit dem sozialdemokratischen Prinzip vereinbar…“

## Über die Lohnerhöhung.

In der Ansprache an die Mitglieder unseres Vereins, welche wir dem Offenbacher Aufruf als Geleitsbrief auf den Weg in die Herzen unserer Vereinsgenossen beigegeben, versprachen wir, das Kapitel über Arbeitseinstellung und Lohnerhöhung in einem besonderen Artikel besprechen zu wollen und sind entschlossen, unser gegebenes Wort einzulösen. Ob es uns gelingen wird, dieses Kapitel erschöpfend zu besprechen, bezweifeln wir, dass jedoch diese Besprechung unsern Lesern die Möglichkeit bieten wird, sich ein sicheres Urteil darüber zu bilden, ob und welchen Wert die Koalition zum Zweck der Lohnerhöhung auf die Lebenshaltung der Arbeiter hat, dessen sind wir versichert.

Schon in der Ansprache in No. 10 d. Bl. erwähnten wir, dass die Steigerung der Löhne in anderen Gewerken eine Erhöhung auch unsers Lohnes bedingt, und es ist ganz zweifelsohne, dass dieser Bedingung eine Ursache zu Grunde liegen muss, und auch diese Ursache ist in jenem Artikel angedeutet. Sie drückt sich vollständig in dem Satze aus: „Der Arbeitslohn regelt sich nach den in einem Volke gewohnheitsmäßigen Bedürfnissen.“ Da stände denn nun mit einem Male der so oft von den Bourgeois geleugnete und doch unwiderlegbare Streitsatz. Betrachten wir uns denselben etwas genauer, weil er das Ferment (den Gährungsstoff) bildet, welches die Umwandlung unserer sozialpolitischen Zustände mit innerer Notwendigkeit herbeiführt.

Auf den ersten Blick hin erscheint es, als ob zwischen dem hier angeführten Satze und dem, welchen wir in der Ansprache als „Fundamental-Gesetz unserer heutigen gesellschaftlichen Zustände“ bezeichneten, ein Widerspruch vorhanden sei. Aber auch nur auf den ersten oberflächlichen Blick hin erscheint es so. Wer tiefer zu blicken versteht, wird den innigen Zusammenhang dieser beiden Sätze sofort erkennen, er wird sehen, dass beide einander ergänzen. Der Satz: „Der Arbeitslohn regelt sich nach Angebot und Nachfrage“ ist der sich augenscheinlich darstellende Prozess, während der Satz: „Der Arbeitslohn regelt sich nach den in einem Volke gewohnheitsmäßigen Bedürfnissen“ den sich nicht augenscheinlich darstellenden Lauf des ehernen Regulators des Arbeitslohnes versinnlicht.

Wenn durch Missernten in Brasilien, in Java, auf Kuba etc. die Tabakspreise steigen und gleichzeitig durch irgendwelche Krise die Konsumfähigkeit des Volkes in Deutschland eine geringere wird, so sehen wir, dass viele Zigarrenarbeiter ihre Beschäftigung verlieren und diese Beschäftigungslosen sind nun gezwungen, ihre Arbeitskraft zu einem wohlfeileren Preise auf dem Arbeitsmarkt feilzubieten oder, wenn wir in der uns allen gleichverständlichen Sprache sprechen wollen, „sich bei dem Fabrikanten oder Meister anzubetteln"; die Arbeitgeber, durch die Konkurrenz im Handel dazu genötigt, auch wenn sie es vielleicht nicht möchten, benutzen diese „Anbettelei", um von ihren noch in Tätigkeit befindlichen Arbeitern eine Materialersparnis zu erzielen, die an das Unmögliche grenzt, und Lohnabzüge und Arbeits-Beschränkungen treten ein. Ja in den meisten Fällen braucht der Meister gar nicht einmal zu sagen: „Es muss mehr aus dem Deckblatt gemacht werden", wenn eine solche Krise eingetreten ist – die Arbeiter schneiden sich ohnedem alsdann die Fingerspitzen ab, weil keiner der Schlechteste, d. h. derjenige, welcher das meiste braucht, sein will, um nicht an die Luft gesetzt zu werden! – Ganz dieselben Folgen treten ein, wenn eine sogenannte Überproduktion stattgefunden hat.

Mit „Überproduktion" bezeichnen die Bourgeois-Ökonomen den Zustand in unsern wirtschaftlichen Verhältnissen, der eintritt, wenn durch Spekulation der Kapitalisten oder durch Erfindung neuer Maschinen, welche die Herstellung der Waren zu einem viel billigeren als dem seitherigen Preise ermöglichen, mehr erzeugt worden ist, als das Volk zu verbrauchen im Stand ist. Dass dieser abnorme Zustand ein krankhafter, der in unserer heutigen, den Gesetzen der Gerechtigkeit widerstreitenden Produktionsweise begründet ist und nicht auf Naturgesetzen beruht, also zu beseitigen ist, werden wir später nachweisen.

Wenn die Überproduktion stattgefunden, entsteht, gleichfalls wie in dem vorher angeführten Falle, Arbeitsmangel; das Angebot von Arbeitskraft übersteigt die Nachfrage nach diesem Artikel, und wenn die Arbeitskraft auf der Börse ge- und verkauft würde, könnten wir vielleicht in solcher Periode in einem Börsenberichte lesen: „Handarbeit ord. flau, Handarbeit fein desgleichen, Schneider für Herren ohne Nachfrage, Schuhmacher (Flickarbeiter) wegen eingetretener schlechter Witterung mehr begehrt, Zigarrenarbeiter, selbst bessere Sorte, fiel von 50 auf 38 unter Pari und trotzdem zeigte sich keine Kauflust, es ist eben eine gewiss noch lange andauernde Baisse, und nur nach Schleppern für Bauernfänger und ausgedienten, gut

gedrillten Unteroffizieren als Aufseher in Zigarrenfabriken ist starke Nachfrage." Wenn dieser Artikel erst einmal auf der Börse in den Handel kommt, dann werden wir auch bald die Börsensteuer bekommen, die allerdings der Verkäufer der Arbeitskraft wird zahlen müssen. Doch zurück zu unserem Thema.

Nur in einzelnen Artikeln kann eine Zuvielproduktion, also wirkliche Überproduktion stattfinden, und diese Artikel sind stets solche, die man im gewöhnlichen Leben Luxusartikel nennt. Wir sagen, sie kann stattfinden, denn bis zum heutigen Tage hat wohl eine Überproduktion kaum noch stattgefunden. Der Begehr ist immer noch bisher größer gewesen, als die Produktion. Die Überproduktion ist also nur scheinbar eine Zuvielerzeugung von Gebrauchsgegenständen und nur in Bezug auf den Tauschwert dieser Gebrauchsgegenstände kann von einer Überproduktion die Rede sein.

Wie oft haben wir nicht gehört, „auf der Leipziger und Frankfurter Messe sind die Leinenwaren tief im Preise gesunken, die Zufuhr war zu groß und der Begehr ein geringer", und wenn wir in die Wohnungen der Arbeiter gehen, da hören wir die Frau klagen: „Ich muss alle Wochen am Waschfasse stehen und die Hemden und Taschentücher, Schürzen etc. waschen, wir können uns bei der schlechten Zeit keine Leinen kaufen, damit wir mehr Wäsche bekämen!" Der Begehr ist also millionenfach vorhanden und doch erscheint er nicht auf der Leipziger Messe! Wie geht das zu? Die Frau des Arbeiters hat schon den Grund angegeben, sie nennt ihn „schlechte Zeit"! Wir nennen ihn, um gleich im Namen selbst eine Erklärung zu geben, „verminderten Tauschwert der Ware Arbeitskraft." Auch in dieser Ware findet zeitweise eine sogenannte Überproduktion statt. Durch diese Überproduktion sinkt der Preis dieses Artikels unter die Produktionskosten, weil schließlich das Angebot der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkte ein größeres ist, als der Begehr, und diese niedrigen Preise bedingen nun naturgemäß eine verminderte Produktion von Arbeitskraft, bis der Preis durch erhöhte Nachfrage nach dieser Ware so hoch wird, dass nicht nur die Produktionskosten gedeckt, sondern auch ein Überschuss aus der Ware erzielt wird, der zu vermehrter und endlich wieder zur Über-Produktion führt. Erklären wir das mit anderen Worten und etwas ausführlicher.

Nehmen wir als den Zeitpunkt, von dem ausgehend wir die Darstellung dieses Prozesses beginnen, eine Geschäftsperiode an, in der Angebot und Nachfrage nach Arbeit sich die Waage halten, nachdem vorher das Angebot von Arbeitskraft die Nachfrage überstiegen hatte.

In der kapitalistischen Produktionsweise, d. i. die Art und Weise, wie die heutige Gesellschaft produziert (nicht auf Bestellung, wie die vorhergehende handwerkmäßig vorherrschend tat, sondern auf Spekulation), wird, so lange der Begehr im Steigen begriffen ist, weit über den Begehr hinaus produziert. Je mehr nun produziert wird oder werden soll, umso größer ist die Nachfrage nach Arbeitskraft, und diese steigt, wie jede Ware, die stark begehrt wird, immer mehr im Preise, das heißt: die Arbeiter erhalten einen höheren Arbeitslohn. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist dadurch um ein Bedeutendes gestiegen, wodurch die Lebensdauer eine längere wird. Die Statistik weist nach, dass die wohlhabenden Klassen der Gesellschaft eine doppelt so hohe Lebensdauer haben als die ärmeren. Nichts ist auch natürlicher; der wohlgenährte Körper hat eine größere Widerstandkraft gegenüber den schädlichen Einflüssen der Witterung; er erträgt länger körperliche und geistige Anstrengung, die ihn befallenden Krankheiten nehmen einen schnelleren und günstigeren Verlauf als dies bei einem Ausgehungerten der Fall ist. Die wohlhabendere Klasse kann sich durch öfteren Wechsel der Leibwäsche, durch entsprechende Kleidung und Wohnung, durch jederzeit zu Gebote stehenden ärztlichen Rat gegen Krankheiten, und somit früheren Tod schützen. Eine bessere Lebenshaltung der Arbeiter, durch erhöhten Lohn herbeigeführt, gewährt denselben verhältnismäßig ähnliche Widerstandskraft. Die Arbeiter erlangen in solchen Perioden eine längere Lebensdauer und ihre Kinder sterben dann seltener, weil sie von kräftigeren Eltern abstammen und besser genährt sind als die Kinder, die in schlechten Perioden geboren und erzogen wurden. Mit der Zeit nimmt durch verminderte Sterblichkeit und vermehrte Geburten die arbeitende Bevölkerung in so bedeutendem Maße zu, dass das Angebot von Arbeitskraft die Nachfrage wieder übersteigt, und sobald dieser Höhepunkt erreicht ist, tritt die Reaktion ein, die Löhne werden geringer und die Lebenshaltung eine schlechtere, die Sterblichkeit wird wieder größer, bis die Nachfrage nach Arbeitskraft das Angebot übersteigt. Wenn die fallende Bewegung des Arbeitslohnes eintritt, kommen ihr Masern, Scharlach, Typhus, Cholera usw. zu Hilfe und beschleunigen den Lauf auf der schiefen Ebene; das In-die-Höheklettern auf ihr geht viel langsamer von statten.

Gegen diese Aufstellung ließe sich einwenden, dass, wenn die Bevölkerung im schnellen Wachstum begriffen ist, so müsste durch den durch die Vermehrung entstehenden größeren Bedarf an Produktion auch die Konsumtion gleichen Schritt halten und demzufolge auch die Nachfrage nach

Arbeitskraft. Das ist aber nicht der Fall, weil die Nahrungsmittel sich nicht in demselben Verhältnis vermehren können, wie die Bevölkerung. (Dieser Satz hat jedoch nur so lange Gültigkeit, als die jetzige wirtschaftliche Gesellschaftseinrichtung besteht.) Es muss unwiderruflich der Zeitpunkt eintreten, wo in Folge der Verteuerung der Lebensmittel die Kaufkraft für die Mittel, welche die Annehmlichkeit des Lebens befördern, abnimmt, wodurch eine Stockung in den Gewerben eintritt, welche diese Mittel produzieren; ist nun eine solche Stockung in einigen Gewerben eingetreten, sogenannte Überproduktion vorhanden, so drücken die in diesen Gewerben beschäftigungslos gewordenen Arbeiter auf den Lohn der Arbeiter in anderen Geschäftszweigen. Durch verminderten Lohn wird nun die Kaufkraft der Arbeiter immer geringer, vermehrte Sterblichkeit und verminderte Kindererzeugung ist die Folge. Äußerlich ist das Herabsinken der Lebenshaltung des Arbeiterstandes nicht sogleich sichtbar, denn fast durchgängig darbt sich die Bevölkerung eher an den notwendigen Lebensmitteln ab, ehe sie an eine Verminderung ihrer gewöhnlichen Bedürfnisse denkt, und die äußere Repräsentation ist ihr nicht nur ein gewohnheitsmäßiges Bedürfnis geworden, sondern sie ist ihr sogar eine sittliche Notwendigkeit, und hiermit haben wir zugleich die genügende Erklärung, warum sich der Arbeitslohn nach den in einem Volke gewohnheitsmäßigen Bedürfnissen regelt. In Frankreich und England tritt die vermehrte Sterblichkeit schon ein, ehe die Bevölkerung in der Befriedigung ihrer Bedürfnisse auf das Maß beschränkt ist, welches mehr als ausreicht, die schlesischen Weber und die Arbeiterbevölkerung des sächsischen Erzgebirges zu erhalten.

Wenn wir nun das Gesetz erkannt haben, wonach sich der Arbeitslohn regelt, so können wir auch an die Frage herantreten: „Ist es möglich, durch künstliche Mittel (Gewerksverbindungen, Arbeitseinstellungen, Lehrzwang, Zunft- und Innungswesen) die Löhne relativ zu erhöhen?“

Durch die Beantwortung dieser Frage findet zugleich auch die Frage ihre Lösung, ob sich die Agitation zur Erringung höherer Löhne mit unserer sozialpolitischen Stellung vereinbaren lässt.

Wir hatten gezeigt, dass der Arbeitslohn, so lange die wirtschaftliche Grundlage der Gesellschaft die kapitalistische Produktionsweise ist, sich nach einem Gesetz regelt, das abzuändern nicht in der Macht der Menschen liegt. Alle Mittel, auch die Arbeitseinstellungen im großartigsten Maßstabe sind ohnmächtig gegen dieses sich mit eiserner Notwendigkeit vollziehende Gesetz. Die Liebe zum Leben, selbst wenn dieses Leben nur durch

den Untergang der Mitmenschen erkauft werden kann, treibt den Arbeiter zur Konkurrenz auf den Arbeitsmarkt. Gleiche Ursachen bringen immer und ewig auch die gleichen Wirkungen hervor. Man muss also die Ursache, das ist die kapitalistische Produktionsweise, aufheben und die gesamte Lohnarbeit wird fallen; an ihre Stelle wird alsdann jedes Individuum den vollen Ertrag seiner Arbeit erhalten, eine Lohnerhöhung nicht mehr erforderlich sein. Das ist die logische Schlussfolgerung, die sich für uns aus der Betrachtung des ehernen ökonomischen Lohngesetzes ergibt, und dennoch: die Gewerkvereine habe einen praktischen Nutzen für die Arbeiter! Aber welchen denn?

Manche unserer Leser werden uns zürnen, wenn wir ihn ohne Rückhalt hier aussprechen, weil sie der Meinung sind, dass wir uns diejenigen, welche zunächst dadurch geschädigt werden, zu unversöhnlichen Feinden machen. Mag das Aufdecken der Wahrheit uns auch vorläufig schaden, für die Dauer ist es immer ein Segen für die Menschheit gewesen, wenn die Wahrheit nackt und unverhüllt für Jedermann zur Schau gestellt wurde; darum zaudern wir auch nicht, diese Wahrheit so darzustellen, wie sie sich aus der Erfahrung und dem Nachdenken in uns gebildet hat.

Gleich zu Anfang unserer Auseinandersetzungen hatten wir gesagt, dass die Lohnerhöhungen in anderen Gewerken uns nicht nur berechtigten, sondern uns sogar dazu zwängen, auch in unserer Geschäftsbranche eine Lohnerhöhung anzustreben, weil wir jetzt in Folge der Lohnerhöhung in diesen Gewerken für die Befriedigungsmittel unserer Bedürfnisse höhere Preise zu zahlen genötigt seien als früher. Es vollzieht sich also, indem auch wir vielleicht einen höheren als den seither gebräuchlichen Lohn erhalten, nur ein Ausgleich, und wenn wir das Ding um und um besehen, so ist die nächste Folge dieser Lohnerhöhungen, wenn sie den Kreislauf durch alle Zweige der Arbeit durchlaufen hat, eine Erhöhung der Preise aller Lebensbedürfnisse, und wir erhalten in dem angeblich erhöhten Arbeitslohne doch immer nur wieder so viel, als zur Befriedigung unserer gewohnheitsmäßigen Lebensbedürfnisse unbedingt notwendig ist, damit die Klasse der Plackesel nicht ausstirbt; und dennoch haben die Lohnerhöhungen eine Wirkung, die uns dem Zeitpunkte, wo die Umwälzung der wirtschaftlichen Grundsätze stattfinden muss, mit beschleunigten Schritten entgegen treibt.

Nicht nur wir Arbeiter, sondern auch die sogenannten Arbeitgeber (die eigentlichen Arbeit-Nehmer) müssen in Zukunft ihre Genussmittel teurer bezahlen, oder richtiger ausgedrückt, höhere Preise dafür geben. Auch sie

müssen also eine größere Summe auf ihre Bedürfnisse verwenden und suchen diese durch Erhöhung der Preise ihrer eigenen Ware zu gewinnen, die Verkäufer der Rohprodukte, der Halbfabrikate gleichfalls, und so kommt schließlich eine Erhöhung des Arbeitslohnes um 25 % einer Erhöhung des Preises aller Bedürfnisbefriedigungsmittel um gleichfalls 25 Prozent gleich. Die Gebäude, die Maschinen etc. werden also ebenfalls 25 % teurer, oder auch das flüssige Kapital, das Geld, verliert an Kaufkraft, es wird um obige Prozent entwertet. Daraus entspringt für den Arbeitgeber die Notwendigkeit, ein nominell größeres Kapital in seinem Geschäft zu verwenden: z. B. der Fabrikant X hatte früher 10.000 Thaler im Geschäft, so wird er, nachdem der Rundgang der Lohnerhöhung zu einem vorläufigen Abschlusse gekommen ist,[1] 12.500 Thaler als Vertriebsfonds notwendig haben, wenn er das Geschäft in gleichem Maße als früher betreiben und die gleiche Lebensweise wie vordem führen will. Kann sich X die nötigen 2.500 Thaler mehr nicht beschaffen, so entsteht in seinem Geschäft ein Rückgang, indem das Geschäft nicht mehr so viel abwirft, wie er gewohnheitsmäßig braucht; gleichzeitig tritt auch eine Zinsenerhöhung ein, denn das Kapital wird gesuchter, mehr begehrt und es müssen darum auch mehr Prozente gezahlt werden. Die Zinssteigerung wird sich aber nicht wie 5 zu 4, sondern wie 5 ½ oder 6 zu 4 verhalten. X wird jetzt, wenn er die 2.500 Thaler auftreiben kann, demnach nicht für diese Summe 100 Thaler, wie früher, sondern 137 ½ oder gar 150 Thaler Interessen[2] geben müssen. Außer diesem wird auch der Stand insofern ein ungünstiger, als sich nun die Passivas gegenüber den Aktivas um einen bestimmten Prozentsatz gesteigert haben. Mit einem Worte sein Geschäft hat einen empfindlichen Stoß erlitten.

So wie dem X ergeht es Tausenden, und viele dieser Tausende werden, weil sie diesen Stoß nicht zu parieren vermögen, in das Proletariat hinabgeschleudert! Das Proletariat und die Großkapitalistenklasse nehmen zu. Der Nationalreichtum konzentriert sich immer mehr in den Händen Einzelner, und je schneller diese Entwickelung vor sich geht, desto schneller kommt die dermalige Geschichts-Periode zum Abschluss, desto schneller gelangen wir zum Ziele. Die kleinen Meister und Fabrikanten haben es wohl begriffen, dass in dieser Bewegung ihr Untergang beschleunigt wird, und wahrhaft komisch ist es daher, wenn Herr Schulze-Delitzsch sich als Anwalt der

1 *Es wird dies in Wirklichkeit nie der Fall sein, weil das Bedürfnis nach Mehrverdienst immer von neuem hervortreten wird.*

2 *Zinsen*

Genossenschaften im Schweiße seines Angesichtes bemüht, durch Kredit- und Rohstoff-Vereine den Mittelstand zu konservieren, während sein Jünger Dr. Max Hirsch als Anwalt der Gewerkschaften, freilich unbewusst, das Gegenteil erstrebt, indem er die Gewerkschaftsvereine, die doch gleichfalls auf Lohnerhöhung hinarbeiten, auszubreiten versucht. Die kleinen Handwerksmeister haben, trotz der gegenteiligen Behauptungen des Herrn Dr. Max Hirsch, dennoch Recht, wenn sie ihn für einen verkappten Sozialisten halten. Wir Sozialisten, die wir es mit Bewusstsein sind, und uns dies zur höchsten Ehre anrechnen, müssten dem Herrn Anwalt der Gewerkschaften eigentlich höchst dankbar dafür sein, dass er eine große Masse von Arbeitern, die wir doch nie in dieses Fahrwasser gebracht hätten, weil die Presse dafür gesorgt hat, unsere Bestrebungen zu verdächtigen, zu einem bedeutenden Hebel für den Sozialismus gemacht, die alte Welt aus ihren Angeln zu heben.

Dass unser Bestreben, die Löhne zu erhöhen, ein gerechtes und notwendiges ist, und dass es mit dem sozialdemokratischen Prinzip vereinbar ist, haben wir nun wohl zur Genüge nachgewiesen. Ob es durchführbar ist? Wir glauben ja! Doch wollen wir dem Kongress nicht vorgreifen, und bescheiden uns, seine Meinung zu hören.

F.

Aus: *Der Botschafter* 1971, Nr. 12 Seite 1 f. und Nr. 14 Seite 2 f.

## „Helft! wenn Ihr Euch noch als Menschen fühlt.“ Geschäftsgenossen!

Die Streikenden in Waldheim und Offenbach haben die Arbeit wieder aufnehmen müssen, weil der Hunger sie dazu getrieben! –

Hanau, das nach Beschluss des Kongresses vorläufig allein zur Arbeitseinstellung verpflichtet und dem allein die Unterstützung zugesagt war, steht noch fest. Einhundertfünfundsiebenzig, meist verheiratete Kollegen, sind dort ausgewandert und die an Ort und Stelle verbleiben, sind fest entschlossen, lieber unterzugehen, als zu Kreuze zu kriechen.

Mit Bewunderung muss uns der Mut der Hanauer erfüllen! Was sind dagegen die Heldentaten der Sieger in Frankreich. Sie waren durch jahrelanges Drillen und Unterdrücken jedes eigenen Willens daran gewöhnt, den Befehlen ihrer Befehlshaber blindlings zu gehorchen und in den Tod zu

gehen; ihnen gellte nicht der Schrei der Not ihrer lieben Angehörigen in´s Ohr; sie sahen nicht das vom Hunger gebleichte Antlitz ihrer lieben Kleinen; sie hörten nicht den Jammer der stillenden Mutter, dass ihr der Born des Lebens ihres Säuglings versiege! „*Sieg oder Untergang*" ist ihr Losungswort. Freiwillig erleiden sie eine grässliche Tortur.

Wem solcher Mut, solche Ausdauer nicht zu Opfern, selbst über seine Kräfte hinaus, zu Opfern, die ihn selbst in Not und Hunger stürzen können, begeistern kann, ist allen menschlichen Gefühls bar, hat ein Herz im Leibe, das keinen Deut besser ist, als das unserer Industrie-Vampire.

Helft! wenn Ihr Euch noch als Menschen fühlt. Helft! weil es Eure Pflicht ist.

Helft! damit sich die Sünde der Väter nicht an Euren Kindern und Kindeskindern rächt. Helft! weil es noch Zeit ist.

Berlin, den 8. August 1871.
*F. W. Fritzsche.*

Aus: *Der Botschafter* 1871, Nr. 23 Seite 1

## „…dass Arbeit die einzige Quelle alles Reichtums ist"

**Was ist Nationalreichtum?**

Man sollte nicht glauben, dass diese Frage jemals habe Streit verursachen können; noch viel weniger, dass sie in so verschiedener Weise von jeher habe beantwortet werden können. Denn die Sache ist für einen gesunden Menschenverstand leicht begreiflich.

Es ist lange geglaubt worden, dass Gold und Silber den Reichtum, sowohl bei Einzelnen als bei Völkern begründe, weil man für diese Edelmetalle Alles kaufen könne. Deshalb strebten im vorigen Jahrhundert die Regierungen darnach, soviel als möglich Gold und Silber im Lande zu behalten, soviel als möglich davon für Landeserzeugnisse ein, und so wenig als möglich davon für ausländische Produkte auszuführen. Und dieser Irrtum besteht noch immer. Die amerikanischen Staatsmänner bedauern nichts so sehr, als dass sie alle Jahre soviel Edelmetall nach Europa schicken müssen, um ihre Mehreinfuhr zu bezahlen.

Gesetzt es gäbe gar kein Gold und Silber in der Welt: würden die Menschen nicht ebenso gut bestehen können? Würden die Felder keine Ernten mehr hergeben, das Schlachtvieh nicht länger sich vermehren, keine Steine, Hölzer und kein Kalk mehr zum Bau von Wohnungen, kein Flachs, keine Wolle, Baumwolle und Seide mehr zur Kleidung vorhanden sein? – Gewiss das Gegenteil! – Wenn aber auf einmal kein Eisen oder Kupfer mehr in der Welt wäre, so stände die Sache viel schlimmer; solange man noch nicht diese beiden Metalle zu verarbeiten wusste, stand die Menschheit auf der allerniedrigsten Stufe und war sehr arm.

In China und Ostindien dagegen hat man von jeher Gold und Silber angebetet; das Letztere allein durfte als Geld umlaufen; man führte und führt noch möglichst wenig ausländische Erzeugnisse ein, dagegen aber möglichst viel Silber, so das dort vielleicht sieben Achtel alles vorhandenen Silbers besessen wird. Und doch gibt es keine ärmeren Länder in der Welt wie diese beiden, von der Natur so ungemein reich bedachten und dichtbevölkerten Reiche. Nirgends mehr Hungersnot, mehr Armut und Elend, mehr politische Ohnmacht, mehr Aberglauben und Laster. So schwach ist China, dass eine europäische Armee von 10.000 Mann es fast ohne Widerstand erobern, plündern, knechten und alles vorhandene Silber durch Brandschatzung herausholen könnte. Und Ostindien ist bereits durch die Weise behandelt worden.

Ein Geizhals ist nicht reich, wenn er auch noch so viele Millionen Goldes oder Silbers in seine Gewölbe einschließt; denn er kann sich damit keinen Lebensgenuss kaufen und keine genügende Sicherheit für seinen Besitz. Diese Metalle werden erst dadurch wertvoll, dass man sie weggibt, um Lebensbedürfnisse dafür einzutauschen. Die Mongolen (Tartaren), welche Russland 250 Jahre lang beherrschten und knechteten, zogen aus demselben nach und nach alles Gold und Silber in Gestalt von Tribut heraus. Dennoch bleiben die Mongolen arm und ohne allen Lebensgenuss – Halbwilde – indessen die Russen trotz aller Ausplünderung durch ihre Arbeit fortbestanden und viel menschlicher lebten als ihre Berauber. Unter Philip II. war Spanien, welchem ungeheure Schätze an Gold und Silber aus den amerikanischen Bergwerken zuströmten, das reichste Land, und er selbst der reichste König der Welt, und doch starb er so arm, dass er kurz vor seinem Tode von den Kanzeln herab für sich kollektieren lassen musste. und hinterließ Spanien verarmt, entvölkert, aufs Tiefste in leibliches und geistiges Elend versunken.

Hieraus ergibt sich zur Genüge, dass Arbeit die einzige Quelle alles Reichtums ist und zugleich die einzige Sicherheit für den erworbenen Reichtum. Es muss aber eine Arbeit sein, welche nützlich verwandt, zur Erzeugung von möglichst viel wirklichen Werten benutzt wird, d.h. von solchen Werten, welche das menschliche Leben zu erhalten, zu veredeln und beglücken im Stande sind. Jede andere Arbeit verdient auch diesen Namen nicht, sondern wird Spiel genannt.

Die alten Nürnberger hatten in ihrer Mitte Künstler, welche auf einen Kirschkern 365 Totenköpfe einzuschnitzeln verstanden, und ein ganzes Menschenleben ging über einer solchen Arbeit drauf. Das war trotz aller Anstrengung doch nichts weiter als ein Spiel, denn es wurde dadurch nichts Nützliches geschaffen. Und die alten jüdischen Gelehrten hatten unter anderen angestrengten Geistesarbeiten diese verrichtet: Sie hatten alle Buchstaben ihrer Bibel gezählt, damit ja keiner davon verloren gehen könne, und wussten genau, welcher davon der mittelste war. Das wird ebenfalls heutzutage niemand anders als Spielerei benennen. Die Welt ist eben vernünftiger geworden und weiß ihre Zeit besser anzuwenden. Alle Arbeit muss heutzutage wenigstens in letzter Hinsicht der Erhaltung, Veredelung und Beglückung des Menschengeschlechts dienen.

Durch Umtausch der verschiedensten Erzeugnisse der Arbeit gegen einander, also durch das Weggeben derselben, um andere dafür zu bekommen, verwirklicht sich erst der Reichtum. Es wird erst dann von jedem mehr gearbeitet, als zur unmittelbaren Lebensnotdurft gehört, wenn er den Überschuss seiner Erzeugnisse durch Umtausch gegen andere, weniger dringende Bedürfnisse verwerten kann.

Erst dann häuft sich die Frucht vergangener Arbeit in den Händen des Fleißigen, Sparsamen und Umsichtigen auf, und es ist Reichtum vorhanden, welcher ihm und seinen Nachkommen erlaubt, mit einem verminderten Maße von Arbeit leichter und angenehmer zu bestehen.

Das Geld ist ein Tauschmittel allgemeiner Art, in welches man alle Tauschwerte umsetzen, und für welches man alle wieder erlangen kann. Die Menschen alle würden also glücklich sein können, wenn sie jederzeit den vollen Wert ihrer Arbeitserzeugnisse gegen Geld umsetzen und für das empfangene Geld den vollen Wert, den es repräsentiert, an anderen Arbeitserzeugnissen eintauschen könnten. Dann wäre der höchste mögliche Volksreichtum vorhanden.

Wie ist es nun möglich, den vollen Arbeitswert zu verwirklichen beim Produkten-Umsatze? – Die kürzeste Antwort lautet: Vorausgesetzt, dass Jedermann nur Nützliches, wirklichen Tauschwert erzeugt, nach welchem Nachfrage im Markte herrscht, so wird immer der volle Arbeitswert in Gelde vergütet werden, wenn für den Austausch selber nichts bezahlt zu werden braucht. Unsere heutige Gesellschaft aber hat sich das Übel des Zwischenhandels aufgebürdet. Dem Zwischenhändler muss der Produzierende Zinsen geben für das Geld, womit er sich die Produktionsmittel verschafft, oder, was auf dasselbe hinauskommt, er muss einen großen Teil seiner Arbeitszeit unvergütet dafür hingeben, dass ihm der Andere die Möglichkeit der Arbeit und ihrer Verwertung schafft. Ferner muss der Produzierende einen Teil des für seine Arbeit empfangenen Geldes beim Zwischenhändler dafür hingeben, dass er ihm überhaupt die Möglichkeit gewähre, etwas zu kaufen.

Dieser Übelstand wäre beseitigt, wenn die Produzenten alle geradezu ohne Zwischenhändler mit einander ihre Arbeitserzeugnisse austauschten; dann bekäme dieser keinen Zins für sein Tauschmittel, das Geld, und keinen Aufschlag auf die Produkte für seinen Vertrieb derselben.

Die Kooperation ist nun die Verwirklichung dieses allgemeinen direkten Austausches ohne Zwischenhändler, die Abschaffung des Zinses und Handelsprofits, die Beseitigung aller Vermittler, welche den Großteil des Arbeitsertrages Aller ohne sonderliche eigene Arbeit an sich ziehen. Sie ist allgemein aber bloß dann möglich, wenn alle Produzierenden einige unter sich gegenüber den geldmächtigen Zwischenhändlern und so gebildet als möglich sind, oder wenigstens klar genug denken, um den Grund aller ihrer Leiden einzusehen und die rechten Mittel zur Kooperation anzuwenden.

Dann können sie das Geld der Zwischenhändler entbehren und Gold und Silber als Geld ganz abschaffen. Sie können ihr Geld sich selbst verfertigen mit höchst geringen Kosten, bei ihrem Produktenaustausche ein jeder wohlhabend werden und die höchsten und edelsten Lebensgenüsse, welche nur in allseitiger Ausbildung des Geistes und Leibes gefunden werden, alle fast ganz gleichmäßig genießen.

Der Nationalreichtum hat also zur einzigen Quelle die Arbeit, welche durch den freiesten und direktesten Produkten-Austausch befruchtet und voll belohnt wird. Der wahre National-Reichtum, im Gegensatze zum scheinbaren, vergänglichen, besteht also in der möglichst gleichen Verteilung der Arbeiten und Genüsse, der Bildung und Freiheit, und ist unvergänglich.
Aus: *Der Botschafter* 1971, Nr. 23 Seite 1f

# Das Börsengeschäft und Börsenspiel.

**P. Was Schein- oder Repräsentativ-Werte sind, haben unsere Leser kennen gelernt. Sie werden nun leicht in einige Geheimnisse der Börse eindringen können.**

Wenn eine Anzahl Unternehmer aus gemeinsamen Mitteln eine Eisenbahn gebaut haben, so ist ihr Kapital, welches dazu verbraucht wurde, nicht mehr als solches vorhanden, sondern hat die Gestalt eines Grundeigentums mit Betriebsgeräten etc. angenommen. Allein dadurch, dass sie einander Aktien ausgestellt haben, auf welche aus dem Bahn-Reinertrage Zinsen bezahlt werden, wird es möglich, diese Aktien an der Börse zu verkaufen, als wären sie Bargeld. Das ursprüngliche Kapital ist also sofort wieder als solches vorhanden, es ist jetzt doppelt vorhanden, einmal als Eisenbahn, einmal als Aktie. Man sieht deutlich, dass in unserer Börsenwelt das Wunder möglich gemacht wird, welches dem gemeinen Menschenverstand so schwer begreiflich wird: den Kuchen zu essen und ihn dennoch zu haben.

In Wirklichkeit nämlich ist das Kapital nur einmal vorhanden – als Eisenbahn; das andre Mal ist es Schein- oder Repräsentativ-Wert. Als solcher verliert es allen Wert, sobald die Eisenbahn zerstört wird. Allein nichtsdestoweniger trägt dieser Scheinwert unter Umständen ebenso gut Zinsen wie der wirkliche Wert, die Eisenbahn. Wenn man ihn mit Vorteil an Andere verkaufen kann, welche eine solche Anlage für ihr Geld suchen; oder wenn man ihn als Unterpfand in einer Bank niederlegen und darauf zu billigen Zinsen Geld aufnehmen und damit höhere Zinsen gewinnen kann; oder wenn man gegen die Eisenbahnaktien eine andre Sorte Scheinwerte eintauschen kann, welche auf einer andern Börse höher stehen, oder welche die Aussicht bieten, bald durch gesteigerte Nachfrage im Preise zu steigen: so tragen die Aktien, oder ihre Repräsentanten, noch weitere Zinsen in der Hand des ursprünglichen Besitzers.

Soweit ist das Börsengeschäft legitim und ehrlich. Das heißt nach heutigen Rechtsbegriffen legitim und ehrlich. Man kann dem einzelnen Aktionär, der aus seinem Aktienbesitz noch weitere Zinsen herausschlägt, nicht zum Verbrechen machen, was Allen gesetzlich erlaubt ist, und was in der allgemeinen sittlichen Anschauung nicht als schlecht verurteilt ist. Allein wo die Grenze zwischen dem ehrlichen Börsengeschäft und dem Börsenspiel, dieser Gaunerei, zu ziehen sei, ist kaum zu sagen.

Die Aktien haben ihren Kurs, d.h. einen schwankenden Wert. Derselbe schwankt nicht blos deshalb, weil die Eisenbahnen bald mehr, bald weniger Dividenden abwerfen, sondern weit mehr, und mitunter fast täglich, deswegen, weil entweder Kriegsgefahr das Land bedroht, welche jeden Besitz, besonders aber Scheinwerte zu vernichten oder zu entwerten im Stande ist; oder weil bald viel, bald wenig Scheinwerte von einer oder von hundert verschiedenen Arten im Markte sind; oder weil die Eisenbahn in unehrliche Hände kommt, welche deren Wert und Ertrag zu vermindern drohen; oder weil blos falsche Gerüchte dieses Sinnes in Umlauf gebracht werden; oder weil eine finanzielle Krisis, irgendwie veranlasst, z.B. durch viele Bankrotte, schlechte Ernten, riesige Staatsanleihen, usw., den Preis aller Scheinwerte drückt; oder weil das Geld rar ist, oder endlich aus anderen Ursachen (Konjunkturen). Wer nun zur rechten Zeit Aktien kauft, also wenn sie niedrig sind, und bald darauf theuer wieder verkaufen kann; oder wer seine Aktien verkauft, wenn sie eben den höchsten Kurs haben, und in der Voraussicht, eines baldigen knappen Geldmarktes das gelöste Geld aufspeichert, bis er es zu den höchsten Wucherzinsen verborgen, oder Wertlos gewordene Scheinwerte aufkaufen kann, welche in Kürze wieder steigen müssen: wer das oder Ähnliches mit Geschick oder Glück tut, der kann auf den Trümmern des Vermögens von Tausenden ungeheure Reichtümer aufhäufen. Und auch dieses Alles nennt die Welt noch immer legitimes, ehrliches Geschäft.

Aber es kommt weit schlimmer. Wer sich mit Ministern verschwört oder mit anderen einflussreichen Personen, welche gewisse Staatshandlungen früher wissen können, als andere Leute, oder sie geradezu herbeiführen können, und auf dieses Vorauswissen hin mit Scheinwerten gewinnreichen Handel treibt; oder wer seine eigenen Aktien im Markte erst entwerten hilft, indem er falsche Nachrichten darüber verbreitet, oder das Aktien-Kapital wässert (so nennt man die betrügerische Ausgabe falscher Aktien), oder die Eisenbahn absichtlich durch betrügerische Verwaltung eine Zeitlang Wertlos macht, um dann die im Kurs gesunknen Aktien zu Spottpreisen aufzukaufen; worauf er durch ähnliche Schwindeloperationen sie wieder emportreibt; oder endlich, wer Scheinkäufe und Scheinverkäufe von Schein macht (sogenannte Zeitkäufe, wie sie am häufigsten bei uns mit dem Golde vorfallen): der ist ein Schurke, und die Welt lässt ihn dennoch gewähren und brandmarkt sein Verfahren nicht. Auf diese oder mehrere dieser Weisen haben die Bonaparte und Genossen, die Peabody und Genossen, die Rothschilde der zweiten und dritten Generation und viele An-

dere auf dem Ruine von Millionen ihrer Riesenvermögen aufgebaut. Und das geschieht außer mit Eisenbahn-Aktien auch noch mit zahllosen anderen Scheinwerten, als da sind: Dampfschiff-, Transportgeschäft-, Minen-, Spekulations-Kompagnie-Aktien, mit Staats- und Gemeindeschuldscheinen, Bankanteilen usw..

Wenn also der amerik. Kongress wiederum, wie schon seit Jahren mit der Geburt eines Gesetzes schwanger geht, welches den Goldschwindel strafbar machen und einschränken soll, so ist dies ein Wasserschöpfen mit dem Siebe. Die Wahrheit ist, dass jeder Handel mit Repräsentiv-Werten unmoralisch und schwindelhaft ist; dass keine vernünftige Grenze sich aufstellen lässt, wieweit das ehrliche Börsengeschäft gehe, und wo der Schwindel beginne; dass also kein Gesetz dieser Art die mindeste Wirkung haben kann, außer der, den Schwindel noch abgefeimter und gewissenloser zu machen.

Nur wirkliche Werte sind rechtmäßige Gegenstände des Handels. Neben ihnen lässt sich noch eine einzige Art Schein- oder Repräsentativ-Wert so einrichten, dass einerseits der Handel erleichtert, andererseits aller Schwindel unmöglich gemacht wird: - das ist ein Staatspapiergeld als einziges Tauschmittel allgemeiner und gesetzlicher Art. Darüber haben wir ausführlich das Nötige gesagt.

Bis dahin, dass man zu diesem Mittel greifen wird, muß der Börsenschwindel durch sein Wachstum und die grenzenlosen Übel, die er heraufbeschwört, Propaganda für das neue Geldsystem machen.

Aus: *Der Botschafter* 1871, Nr. 29, Seite 2 ff.

## Die Schlacht im Universum

Einen Höhepunkt fanden die Auseinandersetzungen zwischen den Lassalleanern und den Anhängern von Schulze-Delitzsch in einer Berliner Zigarrenarbeiterversammlung, zu der für den 24. Januar 1869, 11 Uhr, in den Saal des „Universum“ eingeladen worden war. Als Redner waren neben dem Tabakarbeiterpräsidenten Friedrich Wilhelm Fritzsche, dem Präsidenten des sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Dr. Johann Baptist von Schweitzer auch die liberalen Politiker Hermann Schulze-

Delitzsch, Franz Duncker und Dr. Max Hirsch geladen. Die von mehreren Tausend Menschen besuchte Veranstaltung endete mit einer Massenschlägerei, über die das folgendes Gedicht aus dem Botschafter überliefert ist:[3]

**„Disputation**

Im Berliner Universum
Ist man fertig mit dem Rüsten
Der Arena, zum Turnei
Der Berliner Sozialisten.

Heute wollen Sie enthüllen
Täuschung, Wahrheit und Geflunker,
Eingeladen wurden höflich
Schulze-Delitzsch, Hirsch und Duncker.

Heute woll'n den Lassalleanern
Klar die Schulze'schen bekunden,
Dass von ihnen endlich ward der
Stein des Weisen aufgefunden.

Heute soll'n die Schulzeaner
Von den Lassallen'schen tücht'ge
Worte hören, die beweisen,
Welche Theorie die richt'ge.

Auf des Geisteskampfes Bühne
Steht Franz Duncker. Wie verwegen
Schwingt er gegen seine Gegner
Seiner Rede spitzen Degen!

Ihm entgegen tritt Herr Fritzsche,
Die Lassalle'sche Wundersäule,
Furchtbar führt er seine Zunge,
Seines Geistes wucht'ge Keule.

Jener schwört: „Wir sind die Einz'gen,
Uns gehört der Herrschaft Spitze!"

*3 Botschafter, 1869, Nr. 6, S. 31; ein ausführlicher Versammlungsbericht findet sich im Botschafter, 1869, Nr. 5, S. 17 ff.*

Dieser wettert: „Wir alleine
Sind die Männer von der Spritze,

Sind die Männer von der Spritze,
Und mit dieser Spritze können
Wir die Fragen alle löschen,
Die uns auf den Nägeln brennen.

„Um es deutlich Euch zu zeigen,
Welche Kraft und welche Stärke
Sich in uns vereinigt, - Leute,
Auf, beweist's durch Werke!"

Und im nächsten Augenblicke
Tobt der Kampf in jeder Ecke,
Stuhlbein wird zum Hinterlader,
Chassepots werden Bleiknopfstöcke.

Das Geländer einer Treppe,
Auch der Schlittschuh wird erhoben
Zum Geschoss, die Messer blitzen
Leuchtend durch des Kampfes Toben.

Köpfe bluten, Zähne wackeln,
Unter der Getroffenen Heulen,
Aus geriss'nen Kleidern schauen
Traurig himmelblaue Beulen.

Selbsthilflich gezog'ne Fäuste
Dreschen mitten im Getöse,
Über's blut'ge Schlachtfeld brauset
Audorf's Marseille-Lassallaise.

Endlich ruht die Schlacht, die Opfer
Dieser Art zu disputieren,
Fallen schließlich in die Pflege
Von Chirurgen und Barbieren.

Ja, die Lassalleaner siegten,
Bückt Euch tief, besiegte Toren!
Noch ein solcher Sieg und dieses
Universum ist verloren!"

Willy Buschak

***Friedrich Wilhelm Fritzsche***
*aus Leipzig war Barrikadenkämpfer in der 48er Revolution, Mitbegründer der heutigen SPD und des Allgemeinen Deutschen Cigarrenarbeiter-Verbandes als Vorläufer der ältesten deutschen Gewerkschaft, der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten. Als Präsident der Zigarrenarbeiter führte er die damals größte und kampfkräftigste deutsche Gewerkschaft an und als Redakteur des Verbandsblattes „Der Botschafter" gab er maßgebliche Impulse für die theoretische Gewerkschaftsdebatte und die Gründung von Produktivgenossenschaften.*

***„Helft! Wenn Ihr Euch noch als Menschen fühlt."***

9 783738 641257